

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 1,10 Mark pro Monat.
Einzelhefte: 3 Pf.
Wochenblätter: 2 Pf.
Sonntagsblätter: 1 Pf.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekanntmachung für die Verleger des Vorwärts
Preis für die Zeilen: 1 Pf.
Preis für die Spalten: 3 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telephon: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telephon: Amt IV, Nr. 1984.

Karl Marx.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“
11. These Marx' über Feuerbach.

Vor zwanzig Jahren hat Marx seinen gewaltigen Kopf zur Ruhe gelegt, und trotzdem wir erst vor wenigen Jahren das erlebt haben, was man in der Sprache der deutschen Professoren „die Krise des Marxismus“ genannt hat, so genügt ein Blick auf die Massen, die heute dem Socialismus allein in Deutschland folgen, auf seine Bedeutung im öffentlichen Leben aller sogenannten Kulturländer, um das Werk des Marx'schen Gedankens in seiner Riesenhaftigkeit zu fassen.

Käme es darauf an, dasjenige, was Marx für die heutige Arbeiterbewegung getan, in wenigen Worten zu formulieren, so könnte man sagen: Marx hat die moderne Arbeiterklasse als historische Kategorie, d. h. als eine Klasse mit bestimmten geschichtlichen Daseinsbedingungen und Bewegungsgesetzen sozusagen entdeckt. Vor Marx existierten wohl in den kapitalistischen Ländern eine Masse von Lohnarbeitern, die, durch die Gleichartigkeit ihres sozialen Daseins innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zur Solidarität geführt, tastend nach einem Ausweg aus ihrer Lage und teilweise nach einer Brücke ins gelobte Land des Socialismus suchten. Marx hat sie erst zur Klasse erhoben, indem er sie durch die besondere historische Aufgabe verband: durch die Aufgabe der Eroberung der politischen Macht zur sozialistischen Umwälzung.

Die Brücke, die Marx zwischen der proletarischen Bewegung, wie sie elementar aus dem Boden der heutigen Gesellschaft emporwächst, und dem Socialismus errichtet hat, war also: Klassenkampf um die politische Macht.

Die Bourgeoisie zeigte seit jeher einen sicheren Instinkt, wenn sie besonders die politischen Bestrebungen des Proletariats mit Haß und Furcht verfolgte. Schon im Jahre 1831, als Casimir Périer im November in der französischen Deputiertenkammer über die Frage der Arbeiterklasse auf dem Kontinent, über die Revolte der Seidenweber in Lyon, berichtete, sagte er: „Meine Herren, wir können ruhig sein! In der Bewegung der Arbeiter von Lyon ist nichts von Politik zum Vorschein gekommen.“ Jede politische Bewegung des Proletariats, war nämlich für die herrschenden Klassen ein Vorzeichen der herannahenden Emanzipation der Arbeiter von ihrer politischen Bevormundung durch die Bourgeoisie.

Aber erst Marx ist es gelungen, die Politik der Arbeiterklasse auf den Boden des bewußten Klassenkampfes zu stellen und so zur tödlichen Waffe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu schmieden. Die Basis der heutigen socialdemokratischen Arbeiterpolitik, das ist nämlich die materialistische Geschichtsauffassung im allgemeinen und die Marx'sche Theorie der kapitalistischen Entwicklung im besonderen. Nur für wen das Wesen der socialdemokratischen Politik und das Wesen des Marxismus gleichermachen ein Geheimnis ist, kann sich die Socialdemokratie, überhaupt Klassenbewußte Arbeiterpolitik außerhalb der Marx'schen Lehre denken.

Friedrich Engels hat in seinem „Feuerbach“ das Wesen der Philosophie als die ewige Frage nach dem Verhältnis von Denken und Sein, von menschlichem Bewußtsein in der objektiven materiellen Welt formuliert. Übertragen wir die Begriffe von Sein und Denken aus der abstrakten Naturwelt und der individuellen Spekulation, worin die Berufsphilosophen mit der Stange herumfahren, auf das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, so läßt sich in gewissem Sinne daselbe vom Socialismus sagen. Er war seit jeher das Denken, das Suchen nach Mitteln und Wegen, um das Sein mit dem Denken, nämlich die geschichtlichen Daseinsformen mit dem gesellschaftlichen Bewußtsein in Einklang zu bringen.

Es war Marx und seinem Freunde Engels vorbehalten, die Lösung der Aufgabe zu finden, an der sich Jahrhunderte gemüht haben. Durch die Entdeckung, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften in letzter Linie die Geschichte ihrer Produktions- und Austauschverhältnisse ist und daß die Entwicklung dieser sich unter der Herrschaft des Privateigentums in die politischen und sozialen Einrichtungen als Klassenkampf durchsetzt, durch diese Entdeckung hat Marx die wichtigste Triebfeder der Geschichte bloßgelegt. Damit war erst eine Erklärung für das notwendige Verhältnis zwischen dem Bewußtsein und dem Sein, zwischen dem menschlichen Willen und dem sozialen Thun, zwischen den Absichten und den Resultaten in den bisherigen Gesellschaftsformen gewonnen.

Durch den Marx'schen Gedanken ist also die Menschheit zuerst hinter das Geheimnis ihres eignen gesellschaftlichen Prozesses gekommen. Durch die Aufdeckung der Gesetze der kapitalistischen Entwicklung war aber ferner auch der Weg gezeigt, den die Gesellschaft aus ihrem naturwüchsigen, unbewußten Stadium, worin sie ihre Geschichte machte, wie die Vögel ihre Nistzellen bilden, in das Stadium der bewußten, gewollten, wahrhaft menschlichen Geschichte geht, worin der Wille der Gesellschaft und ihr Thun zum erstenmale in Einklang miteinander kommen, worin der sociale Mensch zum erstenmale seit Jahrtausenden das thut wird, was er will.

Dieser, um mit Engels zu sprechen, endgültige „Sprung aus dem Tierreich in die menschliche Freiheit“, den für die gesamte Gesellschaft erst die sozialistische Umwälzung verwirklichen wird, vollzieht

sich schon innerhalb der heutigen Ordnung — in der socialdemokratischen Politik. Mit dem Ariadnefaden der Marx'schen Lehre in der Hand ist die Arbeiterpartei heute die einzige, die vom historischen Standpunkt weiß, was sie thut, und deshalb thut, was sie will. Darin liegt das ganze Geheimnis der socialdemokratischen Macht.

Die bürgerliche Welt stugt seit langem vor der erstaunlichen Unverwundlichkeit und dem stetigen Fortschritt der Socialdemokratie. Von Zeit zu Zeit finden sich einzelne greisenhafte Köpfe, die, durch besondere moralische Erfolge unserer Politik geblendet, der Bourgeoisie raten, sich an uns „ein Beispiel“ zu nehmen, von der geheimnisvollen Weisheit und dem Idealismus der Socialdemokratie zu trinken. Sie begreifen nicht, daß was für die Politik der aufstrebenden Arbeiterklasse Lebensquell und Jungbrunnen der Kraft, für die bürgerlichen Parteien ein tödlich Gift ist.

Denn was ist es in der That, das uns vor allem die innere stützende Kraft giebt, die größten Unterdrückungen, wie ein Jahrtausend des Socialistengeißes, mit diesem schadenhaften Mut zu ertragen und abzuschütteln? Ist es etwa die Zähigkeit der Entertoten in der Verfolgung einer kleinen materiellen Verbesserung ihrer Lage? Das moderne Proletariat ist nicht der Philister, nicht der Kleinbürger, um um der Alltagsbequemlichkeit willen zum Veldem zu werden. Wie wenig die bloße Aussicht auf geringe materielle Vorteile in der Arbeiterklasse einen sittlichen Flug in die Höhe zu erzeugen vermag, zeigt die platte, müßterne Engbrüstigkeit der englischen Trades-Unionen.

Ist es, wie bei Aristippen, der asketische Stoicismus einer Sekte, der in geradem Verhältnis zu den Verfolgungen immer listerloser aufblüht? Der moderne Proletarier als Erbe und Jünger der bürgerlichen Gesellschaft ist viel zu sehr geborener Materialist, zu sehr gesund-sinniger Fleischmensch, um der Sklavenmoral entsprechend aus den Martern allein Liebe und Kraft für seine Idee zu schöpfen.

Ist es endlich die „Gerechtigkeit“ der Sache, die wir führen, was uns so unbezwingbar macht? Die Sache der Christen und Weisungsianer, die Sache der utopistisch-socialistischen Schulen war nicht minder „gerecht“ und doch erlagen sie alleamt gar bald den Widerständen der bestehenden Gesellschaft.

Wenn die heutige Arbeiterbewegung allen Gewaltstreichen der gegnerischen Welt trotzend, siegreich die Mähen schüttelt, so ist es vor allem die ruhige Einsicht in die Gesetzmäßigkeit der objektiven historischen Entwicklung, die Einsicht in die Thatfache, daß „die kapitalistische Produktion mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation — nämlich die Expropriation der Expropriateure, die sozialistische Umwälzung — erzeugt“, diese Einsicht ist es, in der sie die feste Würzburg des schließlichen Sieges erblickt und aus der sie nicht nur den Instigant, sondern auch die Geduld, die Kraft zur That und den Mut zur Ausdauer schöpft.

Die erste Bedingung einer erfolgreichen Kampfpolitik ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners. Was giebt uns aber den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Politik bis in ihre kleinsten Verzweigungen, bis in die Verschlingungen der Tagespolitik, ein Verständnis, das uns gleichermachen vor Ueberraschungen wie vor Illusionen bewahrt? Nichts anderes als die Erkenntnis, daß man alle Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, also auch die bürgerliche Politik in ihrer inneren Zerrissenheit aus den Klassen- und Gruppeninteressen, aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, und in letzter Instanz „aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“ erklären müsse.

Und was giebt uns auch die Fähigkeit, unsere Politik neuen Erscheinungen des politischen Lebens, wie z. B. der Weltpolitik anzupassen und sie vor allem, auch ohne besonderes Talent und Ansehen, mit einer Tiefe des Urteils einzuschätzen, die den Kern selbst der Erscheinung trifft, während die talentvollsten Kritiker der Bourgeoisie nur an ihrer Oberfläche lasten oder sich bei jedem Blick in die Tiefe in ausweglose Widersprüche verwickeln? Wiederrum nichts anderes, als der Ueberblick über den historischen Entwicklungsgang an der Hand des Gesetzes, daß es „die Produktionsweise des materiellen Lebens“ ist, die „den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß bedingt“.

Vor allem aber, was giebt uns einen Maßstab bei der Wahl der einzelnen Mittel und Wege im Kampfe, zur Vermeidung des planlosen Experimentierens und kraftvergebender utopischer Seitenstränge? Die einmal erkannte Richtung des ökonomischen und politischen Prozesses in der heutigen Gesellschaft ist es, an der wir nicht nur unseren Feldzugsplan in seinen großen Zügen, sondern auch jedes Detail unseres politischen Strebens messen können. Dank diesem Zeitfaden ist es der Arbeiterklasse zum erstenmal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheideminze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltages zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben. Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik und es gab revolutionären Socialismus. Es giebt erst seit Marx und durch Marx socialistische Arbeiterpolitik, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte revolutionäre Realpolitik ist.

Wenn wir nämlich als Realpolitik eine Politik erkennen, die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß, so unterscheidet sich die proletarische Klassenpolitik im Marx'schen Geiste darin von der bürgerlichen Politik, daß die bürgerliche Politik vom Standpunkte der materiellen Tageserfolge real, während die sozialistische Politik es vom Standpunkte der geschichtlichen Entwicklungstendenz ist. Es ist genau derselbe Unterschied wie zwischen einer vulgäroökonomischen Werttheorie, die den Wert als eine dingliche Erscheinung vom Standpunkte des Marktstandes, und der Marx'schen Theorie, die ihn als gesellschaftliches Verhältnis einer bestimmten historischen Epoche auffaßt.

Die proletarische Realpolitik ist aber auch revolutionär, indem sie durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet, hinausgeht, indem sie sich bewußt nur als das Vorstadium des Alles betrachtet, der sie zur Politik des herrschenden und unumwandelbaren Proletariats machen wird.

Auf diese Weise ist alles: die sittliche Kraft, mit der wir die Färsen überwinden, unsere Politik im Kampfe bis in die Einzelheiten, die Kritik, die wir an den Gegnern üben, unsere tägliche Agitation, die uns die Massen gewinnt, unser gesamtes Thun bis in die Fingerspitzen, durchdrungen und durchleuchtet von der Lehre, die Marx geschaffen. Und wenn wir uns hier und da der Illusion hingeben, unsere heutige Politik mit all ihrer inneren Macht wäre unabhängig von der Marx'schen Theorie, so zeigt das nur, daß wir in unserer Praxis Marx reden, wie der Moskauer Bourgeois Prosa redete, auch wo wir es nicht wissen.

Es genügt sich die Leistung Marxens vor die Augen zu führen, um zu verstehen, daß Marx sich durch die von ihm im Socialismus wie in der Arbeiterpolitik herbeigeführte Umwälzung die bürgerliche Gesellschaft zum Todfeind machen mußte. Für die herrschenden Klassen ward es klar: die moderne Arbeiterbewegung überwinden heißt: Marx überwinden. Die 20 Jahre seit Marx' Tode sind eine ununterbrochene Reihe von Versuchen, den Marx'schen Geist in der Arbeiterbewegung theoretisch und praktisch zu vernichten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung von Anfang an ringt sich hindurch zwischen dem revolutionär-socialistischen Utopismus und der bürgerlichen Realpolitik. Den historischen Boden der ersteren bildete die ganz oder halb-absolutistische, vorbürgerliche Gesellschaft. Der revolutionär-utopistische Abschnitt des Socialismus in Westeuropa fällt in die großen und ganzen mit der, obwohl wir einzelne Ausfälle bis in die neueste Zeit beobachten, Entfaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft ab. Die andre Gefahr — das Versinken in der Färdarbeit der bürgerlichen Realpolitik, kommt erst mit der Erstarkung der Arbeiterbewegung auf dem Boden des Parlamentarismus auf.

Aus dem bürgerlichen Parlamentarismus sollten auch die Waffen zur praktischen Ueberwindung der revolutionären Politik des Proletariats entnommen werden, der demokratische Zusammenschluß der Klassen und der sociale Frieden der Reform sollten den Klassenkampf erlegen.

Und was hat man erreicht? Die Illusion mochte hier und da eine Weile dauern, die Untauglichkeit der bürgerlichen Methoden der Realpolitik für die Arbeiterklasse hat sich sofort erwiesen. Das Glas des Ministerialismus in Frankreich, der Verrat des Liberalismus in Belgien, der Zusammenbruch des Parlamentarismus in Deutschland — Schlag auf Schlag ging der kurze Traum der „ruhigen Entwicklung“ in Stücke. Das Marx'sche Gesetz der tendenziellen Zuspitzung der socialen Gegensätze, als Grundlage des Klassenkampfes, brach sich siegreich Bahn, und jeder Tag bringt neue Zeichen und Wunder. In Holland haben 24 Stunden des Eisenbahner-Streiks wie ein Erdbeben über Nacht einen gähnenden Spalt mitten in der Gesellschaft aufgethan, der Klassenkampf loderte aus ihm empor, und Holland steht in Flammen.

So drückt in einem Lande nach dem andern unter dem „Massentritt der Arbeiterbataillone“ der Boden der bürgerlichen Demokratie, der bürgerlichen Gesetzmäßigkeit, wie eine dünne Eisddecke, um der Arbeiterklasse immer von neuem zum Bewußtsein zu bringen, daß ihre Endbestrebungen nicht auf diesem Boden ausgeführt werden können. Dies das Resultat der vielen Versuche, Marx „praktisch“ zu überwinden.

Die theoretische Ueberwindung des Marxismus haben hunderte strebsamer Apologeten der Bourgeoisie zu ihrer Lebensaufgabe gemacht, zum Sprungbrett ihrer Laufbahn. Was haben sie erreicht? Sie haben es fertig gebracht, in den Kreisen der gläubigen Intelligenz die Ueberzeugung von den „Einsichtigkeiten“ und „Uebertreibungen“ Marxens hervorzuheben. Aber selbst crüftere unter den bürgerlichen Ideologen, wie Stammler, haben eingesehen, daß „gegenüber einer so tief angelegten Lehre“, mit „jenen Halbheiten, mit „etwas mehr oder weniger“ nichts erreicht werden könne. Allein, was vermag die bürgerliche Wissenschaft der Marx'schen Lehre als Ganzes entgegenzustellen.

Seit Marx auf dem Gebiete der Philosophie, der Geschichte und der Ökonomie den historischen Standpunkt der Arbeiterklasse zur Geltung gebracht hat, ist der bürgerlichen Forschung auf diesen Gebieten der Boden abgeschnitten. Die Naturphilosophie im klassischen Sinne ist zu Ende. Die bürgerliche Geschichtsphilosophie ist zu

Ende. Die wissenschaftliche Nationalökonomie ist zu Ende. In der Geschichtsforschung hat, wo nicht unbewußter oder unkonsequenter Materialismus herrscht, die Stelle jeder einseitigen Theorie ein in allen Farben schillernder Eklektizismus, also Verzicht auf einseitige Erklärung des Geschichtsprozesses, d. h. auf Geschichtsphilosophie überhaupt eingenommen. Die Ökonomie schwankt zwischen zwei Schulen, der „historischen“ und der „subjektiven“, von denen die eine ein Protest gegen die andre, beide ein Protest gegen Marx sind, wobei die eine, um Marx zu negieren, die ökonomische Theorie, d. h. die Erkenntnis auf diesem Gebiete, principieell negiert, die andre aber die einzige — objektive — Forschungsmethode negiert, die die Nationalökonomie erst zur Wissenschaft gemacht hat.

Freilich bringt noch die socialwissenschaftliche Büchermesse nach wie vor jeden Monat ganze Berge von Erzeugnissen bürgerlichen Fleißes und von strebsamen modernen Professoren, werden die didaktischsten Bände mit eckig großkapitalistischer, maschinenmäßiger Geschwindigkeit auf den Markt geworfen. Aber es sind entweder fleißige Monographien, wo sich die Forschung wie der Vogel Strauch mit dem Kopfe in den Sand der kleinen Spalterscheitungen vergräbt, um seine größeren Zusammenhänge sehen zu müssen und nur für den Tagesbedarf zu arbeiten oder, wo Gedanken und „Socialtheorien“ simuliert werden, da ist es im letzten Schluß immer nur ein Reflex des Marx'schen Gedankens, unter überladenen Aftterverzierungen im Geismad der „modernen“ Bazare verstreut. Ein selbständiger Gedankenflug, ein Mäher Wind ins Weite, eine lebende Deduktion ist nirgends zu finden.

Und wenn der sociale Fortschritt wieder eine Reihe neuer wissenschaftlicher Probleme aufgestellt hat, die ihrer Lösung noch harren, so ist es wiederum nur die Marx'sche Methode, die eine Handhabe zu ihrer Lösung bietet.

Es ist also odenhaltend nur Theorielosigkeit, was die bürgerliche sociale Wissenschaft der Marx'schen Theorie, Erkenntnistheorie, was sie der Marx'schen Erkenntnis entgegenstellen vermag. Die Marx'sche Lehre ist ein Kind der bürgerlichen Wissenschaft, aber die Geburt dieses Kindes hat der Mutter das Leben gekostet.

Somit hat in der Theorie wie in der Praxis gerade der Aufschwung der Arbeiterbewegung der bürgerlichen Gesellschaft diejenigen Waffen aus der Hand geschlagen, womit sie gegen den Marx'schen Socialismus zu Felde ziehen wollte. Und heute, 20 Jahre nach Marx' Tode, ist sie um so ohnmächtiger ihm gegenüber, Marx aber lebendiger als je.

Freilich bleibt der heutigen Gesellschaft ein Trost übrig. Während sie sich vergeblich abmüht, um ein Mittel der Ueberwindung der Marx'schen Lehre zu finden, bemerkt sie nicht, daß das einzige wirkliche Mittel hierfür — in dieser Lehre selbst verborgen ist. Durch und durch historisch, beansprucht sie nur eine zeitlich beschränkte Gültigkeit. Durch und durch dialectisch, trägt sie in sich selbst den sicheren Keim ihres Unterganges.

Die Marx'sche Lehre in allgemeinsten Umriß besteht, wenn wir von ihrem untergeordneten Teil, nämlich von der historischen Forschungsmethode absehen, in der Erkenntnis des historischen Weges, der aus der letzten „antagonistischen“ auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaftsform in die auf Interessensolidarität aller Mitglieder aufgebaute kommunistische Gesellschaft führt.

Sie ist vor allem, wie die früheren klassischen Theorien der Nationalökonomie auch, der geistige Reflex einer bestimmten Periode der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, nämlich des Ueberganges aus der kapitalistischen in die socialistische Phase der Geschichte. Aber sie ist mehr als nur Reflex. Der von Marx erkannte historische Uebergang kann nämlich gar nicht vollzogen werden, ohne daß die Marx'sche Erkenntnis zur gesellschaftlichen, zur Erkenntnis einer bestimmten Gesellschaftsform — des modernen Proletariats geworden ist. Die von der Marx'schen Theorie formulierte historische Umwälzung hat zur Voraussetzung, daß die Theorie von Marx zur Bewußtseinsform der Arbeiterklasse und als solche zum Element der Geschichte selbst wird.

So behauptet sich die Marx'sche Lehre fortwährend mit jedem neuen Proletariat, der zum Träger des Klassenkampfes wird. Die Marx'sche Lehre ist also zugleich ein Teil des geschichtlichen Prozesses, also auch selbst ein Prozeß, und die sociale Revolution wird das Schlussspiel des kommunistischen Manifestes sein.

Die Marx'sche Lehre wird somit in ihrem für die bestehende Gesellschaftsordnung gefährlichsten Teil über kurz oder lang sicher „überwunden“ werden. Aber nur — zusammen mit der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Stillstand und Fortschritt im Marxismus.

In seinem sechsten, aber stellenweise interessanten Geplauder über die sozialen Zustände in Frankreich und Belgien macht Karl Grün u. a. die treffende Beobachtung, daß Fouriers und St. Simons Theorien so ganz verschieden auf ihre Anhänger wirkten: während der letztere der Stammvater einer ganzen Generation glänzender Talente auf verschiedenen Gebieten der Geistesbetheiligung wurde, hat der erstere es mit wenigen Ausnahmen nur zu einer starken Seite von Nachbetern gebracht, die sich in keiner Hinsicht hervorgethan haben. Grün erklärt diesen Unterschied damit, daß Fourier ein fertiges, bis in die Einzelheiten ausgearbeitetes System hervorgebracht, während St. Simon nur ein loses Bündel großer Gedanken seinen Schülern hingeworfen habe. Obwohl uns Grün im gegebenen Fall zu wenig interessiert, ist doch die Bemerkung im allgemeinen richtig. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein nur in den Hauptzügen entworfenes Ideensystem viel anregender wirkt, als ein fertiger symmetrischer Bau, an dem nichts mehr auszuführen ist, an dem sich ein reger Geist nicht selbständig versuchen kann.

Sollte dies der Grund sein, weshalb wir in der Marx'schen Lehre seit Jahren einen solchen Stillstand verspüren? Denn thatsächlich, rechnet man ein ein paar selbständige Leistungen ab, die als theoretische Fortschritte betrachtet werden können, so haben wir seit dem Erscheinen der letzten Bände des „Kapitals“ und der letzten Engels'schen Arbeiten, wohl einige schöne Popularisationen und Ausführungen der Marx'schen Theorie gewonnen, aber im Grunde genommen stehen wir theoretisch genau so weit, wie uns die beiden Schöpfer des wissenschaftlichen Socialismus gelassen haben.

Ist es, weil das Marx'sche System die selbständigen Regungen des Geistes in zu feste Rahmen gefaßt hat? Zweifellos läßt sich ein gewisser drückender Einfluß Marxens auf die theoretische Bewegungsfreiheit mancher seiner Schüler nicht leugnen. Haben doch schon Marx und Engels die Verantwortlichkeit für Geistesoffenbarungen eines jeden „Marxisten“ abgelehnt und die peinliche Angst, um beim Denken ja „auf dem Boden des Marxismus“ zu bleiben, mag in einzelnen Fällen für die Gedankenarbeit ebenso verhängnisvoll gewesen sein, wie das andre Extrem — die peinliche Bemühung, gerade durch die vollkommene Abstreifung der Marx'schen Denkwelt um jeden Preis die „Selbständigkeit“ des eignen Denkens“ zu beweisen.

Wen, von einem mehr oder weniger ausgearbeiteten Lehrgebäude kann bei Marx nur auf ökonomischen Gebiete die Rede sein. Dagegen, was das wertvollste seiner Lehre betrifft: die materialistische

Ein Brief von Marx.

Nachfolgender Brief, der bisher der Oeffentlichkeit unbekannt war, ist an Professor G. S. Veeshy gerichtet gewesen. Genosse M. Beer in London hatte kürzlich eine Unterredung mit Veeshy in Hastings über seine Bekanntschaft mit Marx, und er ist ermächtigt worden, diesen Brief zu veröffentlichen.

Veeshy war von 1860—1862 Professor der Geschichte an University College in London. Von 1863 bis zum vorigen Jahre gab er die Zeitschrift „Fortnightly Review“ heraus. In seinen Anschauungen lebte er sich an den Positivisten Comte. Er trat schon früh für die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter ein und wäre deshalb beinahe seiner Professur entsetzt worden. Er hatte, wenn auch nicht selbst Socialist, die größten Sympathien für die socialistische Bewegung und die „Internationale“; über diese schrieb er 1870 auf Ansuchen von Marx einen Artikel für die „Fortnightly Review“. Die Bekanntschaft mit Marx datiert seit 1869 und wurde durch Paul Lafargue, den Schwiegersohn von Marx, vermittelt. Die Korrespondenz zwischen Marx und Veeshy ist eine ziemlich umfangreiche. Da sie jedoch zum größten Theile aus Briefen handelt, die noch nicht ganz der Vergangenheit angehören, so entzieht sie sich noch der Veröffentlichung.

Dieser Brief, der, bald nach Sedan geschrieben, hervorragendes Interesse hat.

Berehrter Herr!

Sie müssen entschuldigen, daß ich Sie wiederum mit einem Briefe plage, aber à la guerre comme à la guerre.

Die schlimmsten Voraussetzungen der beiden Manifeste des Generalrates der „Internationale“ sind bereits Thatsachen geworden.

Preußen, das erklärt hatte, gegen Bonaparte und nicht gegen das französische Volk Krieg zu machen, macht jetzt Krieg gegen das französische Volk und Frieden mit Bonaparte. Es hat seine Absicht erklärt, ihn oder seine Familie wieder in die Tuilerien einzusetzen. Die berüchtigte „Times“ stellt sich heute so, als ob dies nur einfaches Gerede wäre. Sie weiß, oder sollte es wissen, daß dies im Berliner „Staatsanzeiger“ veröffentlicht war. Aus halb-offiziösen Blättern, wie die „König. Ztg.“, sehe ich, daß der alte... König Wilhelm, treu den Traditionen der Hohenzollern, sich bereits vor dem Jaren auf den Weg macht und ihn ansieht, so großmüthig zu sein, und ihn als Diener gegen die Türkei benutzen zu wollen. Schließlich hat die Reaktion in Deutschland schon eingeschlagen. Unsere Leute in Braunschweig wurden, wie ich Ihnen neulich schrieb, verhaftet und gleich Verbrechern in Ketten gelegt und nach der Ostgrenze abgeführt. Aber dies ist nur eine Thatsache aus hundertten.

Nach dem ersten Krieg für deutsche Unabhängigkeit gegen Napoleon I. dauerte die wilde Jagd der Regierung gegen die sogenannten Demagogen volle zwanzig Jahre. Aber diese Verfolgungen begannen erst nach dem Ende des Krieges. Jetzt begannen sie schon vor dem Friedensschluß. Damals waren die Verfolgungen gerichtet gegen die schwächsten Ideologen und Studenten. — Söhne der Mittelklasse, Bureaukratie und Aristokratie. Jetzt sind sie gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

Was mich betrifft, so freue ich mich über die Schandthaten der Regierung, denn sie werden Deutschland aufrütteln. —

Ich glaube, daß Sie etwas für uns thun könnten. Die erste Adresse des Generalrats der „Internationale“ über den Krieg war vollinhaltlich nur von der „Wall Mall Gazette“ abgedruckt, aber viele Blätter brachten Auszüge daraus und besprochen sie in Leitartikeln. Dagegen wurde die zweite Adresse vollständig totgeschwiegen, eine Ausnahme bildet nur die „Wall Mall“, die sich aber auch mit einem sehr kurzen Auszuge begnügte.

Auf dem Kontinente, wo die Leute gewöhnt sind, in dieser oder jener Zeitung die Manifeste der „Internationale“ ernst behandelt und vollständig abgedruckt zu sehen — sogar in Moskau aus Petersburg, sogar in Frankreich unter Bonaparte, oder sogar jetzt in Berlin — beschuldigt man uns der Nachlässigkeit, indem wir die „freie“ Londoner Presse nicht gebrauchten.

Man hat dort natürlich gar keinen Begriff von der gänzlichen Korruption dieses schmutzigen Unternehmens, das schon vor Jahr und Tag von William Cobbett als „künstlich, eheles und unwissend“ gebrauchmarkt worden ist.

Sie würden der „Internationale“ einen sehr großen Dienst erweisen, wenn Sie etwas über sie in der „Fortnightly Review“ veröffentlichen wollten, über die Manifeste des Generalrats betreffend den Krieg, sowie über die Behandlung, die wir von der vielgerühmten Presse, der „freien“ englischen Presse erhalten! Diese Purche dienen der preussischen Polizei noch slavischer als die Berliner Blätter.

dialectische Geschichtsauffassung, so stellt sie nur eine Forschungsmethode dar, ein paar leitende geniale Gedanken, die den Ausblick in eine ganz neue Welt gestatten, die unendliche Perspektiven der selbständigen Bethätigung eröffnen, die den Geist zu höchsten Ausflügen in unerforschte Gebiete bestimmet.

Und doch — auch auf diesem Gebiete liegt, ausgenommen einige wenige Leistungen, das Erbe Marxens brach, unbewusst liegt die herrliche Waffe und die Theorie selbst des geschichtlichen Materialismus ist heute genau so unausgearbeitet und schematisch, wie sie aus seiner Hand hervorgegangen ist.

In der Stumpfheit und Fertigkeit des Marx'schen Lehrgebäudes liegt es also nicht, wenn es nicht weiter ausgebaut wird.

Häufig wird über den Mangel an intellektuellen Kräften in unserer Bewegung geklagt, die das Werk der Weiterführung der Theorien von Marx aufnehmen könnten. Ein solcher Mangel ist thatsächlich seit langem eingetreten, er ist aber selbst eine Erscheinung, die der Erklärung bedarf und kann jene andre Frage nicht erklären. Denn jede Zeit formt selbst ihr Menschennaterial und wo ein wirkliches Bedürfnis der Zeit nach theoretischer Arbeit vorliegt, da werden durch dieses selbst die Kräfte zu seiner Befriedigung geschaffen.

Aber haben wir ein Bedürfnis nach theoretischer Weiterführung der Lehre über Marx hinaus?

In einem Artikel über die Kontroverse zwischen der Marx'schen und der Jevons'schen Schule in England höhnt Bernhard Shaw, der geistreiche Vertreter des Fabianischen Halb-socialismus, über Hyndman, weil dieser schon auf Grund des ersten Bandes des „Kapitals“ vorgab, seinen Marx „ganz“ zu verstehen und gar keine Lücke in der Marx'schen Theorie verspürte, während Friedrich Engels nachher in der Vorrede zum zweiten Bande selbst erklärte, daß der erste Band mit seiner Werttheorie ein grundlegendes ökonomisches Mittel ausgebe, dessen Lösung erst der dritte Band bringen sollte. Shaw hatte hier Hyndman wirklich in einer recht komischen Lage erappt, indes es dürfte wohl Hyndman zum Trost gereicht haben, daß er diese Lage — so ziemlich mit der gesamten socialistischen Welt teilte.

In der That! Der dritte Band des „Kapitals“ mit der Lösung des Problems der Profitrate — des Grundproblems im Marx'schen ökonomischen Gebäude, ist erst im Jahre 1893 erschienen. Und doch wurde in Deutschland, wie in allen Ländern, bereits mit dem unfertigen Material, das der erste Band lieferte, agitiert, die Marx'sche Lehre als Ganzes wurde auf Grund des einen ersten Bandes popularisiert und angenommen, ja, diese Agitation mit der teilweise Marx'schen Theorie erzielte glänzende Erfolge, und nirgends wurde eine theoretische Lücke verspürt. Noch mehr. Als der dritte Band endlich erschienen war, da erregte er zuerst in engeren Kreisen der Fachgelehrten einiges Aufsehen, rief einige Kommentare und Randglossen hervor, was jedoch die socialistische Bewegung im ganzen

Lafargue, der gegenwärtig ein Blatt in Bordeaux redigiert, anbietet Ihnen und Ihrer Frau die besten Grüße

Ihr
Karl Marx.

Gedanken von Marx' Werken.

Der Geschichtsmaterialismus.

In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktionskräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den socialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktionskräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktionskräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche socialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundtöne wälzt sich der ganze Ueberbau langsam oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsperiode aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dieses Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen erklären.

(Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorrede aus dem Januar 1859, p. XI, XII.)

Von der Utopie zur Wissenschaft.

Wie die Ökonomen die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sind, so sind die Socialisten und Kommunisten die Theoretiker der Klasse des Proletariats. So lange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituieren, und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt, so lange die Produktionskräfte noch im Schoße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt sind, um die materiellen Bedingungen durchbrechen zu lassen, die notwendig sind zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft, so lange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte fortschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenhaft abzugeben von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ derselben zu machen. . . . Von diesem Augenblicke an wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugnis der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doctrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden.

(Das Elend der Philosophie [1847], p. 121.)

Idee des Klassenkampfes.

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junkerbürger und Geseil, kurz, Unterdrückter und Unterdrückter standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald verdeckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endigte oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. . . . Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unser Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

(Kommunistisches Manifest 1848.)

Vorgeschichte des Kapitals.

Die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaftigen

betrifft, so fand der dritte Band in den zweiten Kreisen, wo bereits die Gedankenänge des ersten Bandes herrschten, in Wahrheit gar keinen Widerhall. Während die theoretischen Aufschlüsse dieses Bandes bis jetzt keinen einzigen Versuch der Popularisation hervorgerufen und thatsächlich noch nirgends Eingang in weitere Kreise gefunden haben, konnte man umgekehrt sogar neulich einzelne Stimmen hören, die auf socialdemokratischer Seite die „Enttäuschung“ der bürgerlichen Nationalökonomien über den dritten Band getreulich wiederholten, und damit nur darthaten, wie sehr sie mit der „unfertigen“ Darstellung der Werttheorie, wie sie der erste Band bietet, verwarden waren.

Wie ist eine so merkwürdige Erscheinung zu erklären? Shaw, der, nach eignen Ausdruck, gern über andre „Nähert“, hätte hier Grund, sich über die gesamte socialistische Bewegung, soweit sie auf Marx fußt, Luft zu machen. Allein er wählte da „Nähert“ über eine sehr ernste Erscheinung unfers socialen Lebens. Die merkwürdige Begebenheit mit dem ersten und dritten Bande scheint uns nämlich ein drastischer Beleg für die Schicksale der theoretischen Forschung in unserer Bewegung überhaupt zu sein.

Der dritte Band des „Kapital“ ist zweifellos vom wissenschaftlichen Standpunkt erst als die Vollendung der Marx'schen Kritik des Capitalismus zu betrachten. Ohne den dritten Band ist das eigentliche herrschende Gesetz der Profitrate, ist die Spaltung des Mehrwertes in Profit, Zins und Rente, ist die Wirkung des Wertgesetzes innerhalb der Konkurrenz nicht zu verstehen. Aber — und das ist die Hauptsache — alle diese Probleme, so wichtig sie vom theoretischen Standpunkt sind, sind doch ziemlich gleichgültig vom Standpunkte des praktischen Klassenkampfes. Für diesen war das große theoretische Problem: die Entschlingung des Mehrwertes, d. h. die wissenschaftliche Erklärung der Ausbeutung, sowie die Tendenz der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, d. h. die wissenschaftliche Erklärung der objektiven Grundlagen der socialistischen Umwälzung.

Welche Probleme beantwortet bereits der erste Band, der die „Expropriation der Expropriateure“ als unausweichliches Endergebnis der Produktion des Mehrwertes und der fortwährenden Kapitalkonzentration folgert. Damit war das eigentliche theoretische Bedürfnis der Arbeiterbewegung im großen und ganzen befriedigt. Wie der Mehrwert sich unter die einzelnen Ausbeutergruppen verteilt und welche Verschiebungen die Konkurrenz bei dieser Verteilung in der Produktion hervorruft, das hatte für den Klassenkampf des Proletariats kein unmittelbares Interesse.

Und deshalb ist der dritte Band des „Kapital“ bis jetzt für den Socialismus im ganzen ein ungelöstes Kapitel geblieben.

Aber wie mit der Marx'schen ökonomischen Lehre steht es mit der theoretischen Forschung überhaupt in unserer Bewegung. Es ist nichts als eine Illusion, zu denken, die aufstrebende Arbeiterklasse

Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese fürchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals. Sie umfasst eine Reihe gewalttätiger Methoden, wovon wir nur die epochenmachenden als Methoden der ursprünglichen Accumulation des Kapitals neuere passieren ließen. Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlich geschäftigsten Leidenschaften vollbracht. Das selbst erarbeitete, sozusagen auf Vermischung des einzelnen, unabhängigen Arbeits-individuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht.

(Kapital, Bd. I. [1867], p. 727.)

Arbeiter und Maschine.

Seit der Einführung der Maschinerie bekämpft der Arbeiter das Arbeitsmittel selbst, die materielle Existenzweise des Kapitals. Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheidet und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt.

(Kapital, Bd. I. [1867], p. 393/4.)

Krise.

Die ungeheure, stohweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig heberhafte Produktion und darauf folgende Ueberfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt. Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Ueberproduktion, Krise und Stagnation. Die Unsicherheit und Unsicherheit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage der Arbeiter unterwirft, werden normal mit diesem Periodenwechsel des industriellen Zyklus. Die Zeiten der Prosperität abgerechnet, rast zwischen den Kapitalisten heftiger Kampf um ihren individuellen Raumanteil am Markt. Dieser Kampf steht in direktem Verhältnis zur Wohlfeilheit des Produkts. Außer der hierdurch erzeugten Rivalität im Gebrauch verbesserter Arbeitskraft erregender Maschinerie und neuer Produktionsmethoden tritt jedesmal ein Punkt ein, wo Verstopfung der Ware durch gewaltsamen Druck des Arbeitslohnes unter den Wert der Arbeiterkraft erschwert wird.

(Kapital, Bd. I [1867], p. 417/8.)

Das Wertgesetz.

Es ist nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt.

(Kapital, Bd. I. [1867], p. 6.)

Der Mehrwert.

Aller Mehrwert . . . ist seiner Substanz nach Materiativ unbegabter Arbeitszeit. Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbegabter fremder Arbeit.

(Kapital, Bd. I. [1867], p. 497.)

Normalarbeitszeit.

Jum „Schuß“ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Kräfte zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der „unveräußerlichen Menschenrechte“ tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, die „endlich klar macht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt“.

(Kapital, Bd. I [1867], p. 266.)

Kein Heilmittel auf dem Boden des Bestehenden.

In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unfehlbar für jeden unbefangenen Forscher, und bestritten nur von denen, die ein Interesse daran haben, andern trügerische Hoffnungen zu erwecken, daß weder die Verbesserung der Maschinen, noch die Ausbarmadung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und die Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen, das Glend der gewerblichen Massen zu befeuern vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede feindliche Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu verschärfen. . .

(Inaugural-Adresse von 1864.)

Können durch den Inhalt ihres Klassenkampfes aus freien Stücken auf theoretischem Gebiete ins Unermeßliche schöpferisch wirken. Sie ist es heute allein, wie Engels gesagt hat, die den Sinn und Interesse für die Theorie bewahrt hat. Der Wissensdurst der Arbeiterklasse ist eine der wichtigsten Kulturereignisse der Jetztzeit. Und sittlich bedeutet der Arbeiterkampf die kulturelle Erneuerung der Gesellschaft. Aber die aktive Wirkung des proletarischen Kampfes auf den Fortschritt der Wissenschaft ist an ganz bestimmte soziale Bedingungen geknüpft.

In jeder Klassengesellschaft ist die geistige Kultur: Wissenschaft, Kunst, eine Schöpfung der herrschenden Klasse und hat den Zweck, zum Teil direkt die Bedürfnisse des gesellschaftlichen Prozesses, zum Teil die geistigen Bedürfnisse der Angehörigen der herrschenden Klasse zu befriedigen.

In der Geschichte der bisherigen Klassenkämpfe vermochten auch die aufstrebenden Klassen — wie der dritte Stand in der Neuzeit — ihrer politischen Herrschaft die intellektuelle Herrschaft vorauszuschicken, indem sie der veralteten Kultur der verfallenden Periode noch als unterdrückte Klasse eine eigene neue Wissenschaft und Kunst entgegenstellten.

Das Proletariat befindet sich darin in einer ganz andren Lage. Als besitzlose Klasse vermag es auch in seinem Aufwärtstreben keine eigene geistige Kultur aus freien Stücken zu schaffen, so lange es im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bleibt. Innerhalb dieser Gesellschaft und so lange ihre wirtschaftlichen Grundlagen bestehen, kann es keine andre Kultur geben als bürgerliche. Die Arbeiterklasse steht als solche, wenngleich verschiedene „soziale“ Professoren schon den Gebrauch von Strawatten, Bismarcken und Fahrträdern bei den Proletariern als hervorragende Leistungen an Kulturfortschritt bewundern mögen, außerhalb der heutigen Kultur, und, obwohl sie den materiellen Gehalt sowie die ganze soziale Grundlage dieser Kultur mit eigenen Händen schafft, wird sie nur insofern zu ihrer Ausübung zugelassen, als dies zur befriedigenden Ausfüllung ihrer Funktionen im wirtschaftlichen und sozialen Prozeß der bürgerlichen Gesellschaft erforderlich ist.

Eine eigene Wissenschaft und Kunst wird die Arbeiterklasse erst nach der vollzogenen Emanzipation von ihrer gegenwärtigen Klassenlage zu schaffen im Stande sein.

Alles was sie heute vermag, ist, die Kultur der Bourgeoisie vor dem Vandalismus der bürgerlichen Reaktion zu schützen und die gesellschaftlichen Bedingungen der freien Kulturentwicklung zu schaffen. Selbst kann sie sich in der heutigen Gesellschaft auf diesem Gebiete nur insofern betätigen, als sie sich die geistigen Waffen zu ihrem Befreiungskampfe schafft.

Damit sind aber von vornherein der Arbeiterklasse, d. h. ihren geistig führenden Ideologen, sehr enge Sanktionen in der intellektuellen Thätigkeit gewiesen. Das Gebiet ihres schöpferischen Wirkens kann nur ein ganz bestimmter Abschnitt der Wissenschaft: die

„Zukunftspunkt“.

Die Arbeiterklasse . . . hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform herauszuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unübersteiglich entgegensteht, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben. Im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung und mit dem Gelbesentfaltung ihrer Würdig zu handeln, kann die Arbeiterklasse sich begnügen zu lächeln gegenüber den plumpen Schwärmereien der Palast- und der Presse, wie gegenüber der lehrhaften Proletation wohlmeinender Bourgeois-Doktrinare, die ihre unwissenschaftlichen Gemeinplätze und Sektieremarotten im Orakelton wissenschaftlicher Unschärfe abpredigen. (Der Bürgerkrieg in Frankreich [1871] p. 50.)

Politische Herrschaft des Proletariats.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu brauchen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Klasse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. . . Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andren. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassenkampfes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. (Kommunistisches Manifest, 1848.)

Erziehung der Zukunft.

Aus dem Fabrikwesen, wie man im Detail bei Robert Owen verfolgen kann, entsproß der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbunden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollständig entwickelter Menschen.

(Kapital, Bd. I. [1867], p. 449.)

Entwicklung der Familie.

So furchtbar und elendhaft die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich-germanische Form der Familie für absolet zu halten, wie die altindische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammenfassung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedenen Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo die Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Beiquelle des Verderbens und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß.

(Kapital, Bd. I. [1867] p. 455.)

Der Weltfriede des Sozialismus.

Die englische Arbeiterklasse reicht den französischen wie den deutschen Arbeitern brüderlich die Hand. Sie ist seit überzeugung, daß, möge der bevorstehende schreckliche Krieg endigen wie er will, die Alliance der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten wird. Während das offizielle Frankreich und offizielle Deutschland sich in einen brüdermörderischen Kampf stürzen, senden die Arbeiter einander Botschaften des Friedens und der Freundschaft. Diese einzige große Thatsache, ohne Gleichen in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft. Sie beweist, daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnsinn, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht — die Arbeit!

(Erste Adresse des Generalrats der Internationalen über den deutsch-französischen Krieg, 23. Juli 1870.)

Gesellschaftswissenschaft sein. Da nämlich durch den besonderen Zusammenhang der Idee des vierten Standes mit unserer „Geschichtsepoche“ die Aufklärung über die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung für den proletarischen Klassenkampf notwendig war, so hat er in der Sozialwissenschaft befruchtend gewirkt und das Denkmal dieser proletarischen Geisteskultur ist — die Marx'sche Lehre.

Aber auch schon die Schöpfung Marx', die als wissenschaftliche Leistung ein riesenhaftes Ganzes in sich ist, übersteigt die direkten Anforderungen des proletarischen Klassenkampfes, um deswillen sie geschaffen wurde. Sowohl in der ausführlichen und abgeklärten Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, wie in der historischen Forschungsmethode mit ihrem unermeßlichen Anwendungsgebiet hat Marx viel mehr geboten, als es für den praktischen Klassenkampf unmittelbar notwendig ist.

Rur in dem Maße, als unsere Bewegung in vorgeschrittene Stadien tritt und neue praktische Fragen ausrollt, greifen wir wieder in das Marx'sche Gedankendepot, um neue einzelne Wuchstüde seiner Lehre anzuhacken und zu verwerthen. Weil aber unsere Bewegung, wie jeder praktische Kampf, noch lange mit alten leitenden Gedankengängen auskommt, nachdem sie bereits ihre Gültigkeit verloren haben, so schreitet die theoretische Verwertung der Marx'schen Anregungen nur äußerst langsam vorwärts.

Wenn wir deshalb jetzt in der Bewegung einen theoretischen Stillstand verspüren, so ist es nicht, weil die Marx'sche Theorie, von der wir gezecht, der Entwicklung unfähig sei oder sich „überlebt“ habe, sondern umgekehrt, weil wir die wichtigsten geistigen Waffen, die uns in dem bisherigen Stadium zum Kampfe notwendig waren, der Marx'schen Klassiker bereits entnommen haben, ohne sie damit zu erschöpfen; nicht weil wir im praktischen Kampf Marx' „überholt“ haben, sondern umgekehrt, weil Marx in seiner wissenschaftlichen Schöpfung uns, als praktische Kampfpartei im voraus überholt hat; nicht weil Marx für unsre Bedürfnisse nicht mehr ausreicht, sondern weil unsre Bedürfnisse noch nicht für die Verwertung der Marx'schen Gedanken ausreichen.

So rächen sich die von Marx theoretisch aufgedeckten sozialen Daseinsbedingungen des Proletariats in der heutigen Gesellschaft an den Schicksalen der Marx'schen Theorie selbst. Ein unvergleichliches Instrument der geistigen Kultur, liegt sie brach, weil sie für die bürgerliche Klassenkultur untauglich ist, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse aber nach Kampfeswaffen weit überschreitet. Und erst mit der Befreiung der Arbeiterklasse aus ihren heutigen Daseinsbedingungen, wird mit andren Produktionsmitteln auch die Marx'sche Forschungsmethode vergesellschaftet, um zum Wohle der ganzen Menschheit zu ihrem vollen Gebrauch, zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit entfaltet zu werden.

Rosa Luxemburg.

Bourgeois Weltpolitik.

Die auf keinen Widerstand stehenden Uebergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen europäischen Kabinetten thätig sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gezeigt, den Mysterien der internationalen Staatskunst nachzuspüren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller Macht entgegenzuarbeiten, und wenn außer Stande, den Streich zu hindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu vertheidigen, die ebensowohl die Beziehungen einzelner Regierungen, als auch für den Verkehr der Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

(Inauguraladresse von 1861.)

Volksouveränität.

Die preussische Nationalversammlung hat keine Rechte für sich, das Volk hat ihr nur die Behauptung seiner eignen Rechte übertragen. Vollführt sie ihr Mandat nicht, so ist es erloschen. Das Volk selbst tritt dann in eigener Person auf die Bühne und handelt aus eigener Machtvollkommenheit. Wäre z. B. eine Nationalversammlung auf eine repräsentative Regierung verfallen, so müßte das Volk beide fortzagen, Regierung und Nationalversammlung. Wenn die Krone eine Konterrevolution macht, so antwortet das Volk mit Recht durch eine Revolution. Es bedarf dazu der Genehmigung keiner Nationalversammlung.

(Vor den Kölner Geschworenen, 9. Februar 1849.)

Der Redner von Gottes Gnaden vor der Revolution und dem Wahnsinn.

In dilettantischer Weise hatte er (so König Friedrich Wilhelm IV.) sich mit den Elementen der meisten Wissenschaften bekannt gemacht und hielt sich daher für lehrmeisterlich genug, sein Urteil in jeder Sache für entscheidend anzusehen. Er war überzeugt, er sei ein Redner ersten Ranges, und es gab sicher keinen Handlungsbereitsen in Berlin, der ihn an Größe vermeintlichen Wises oder an Geschäftigkeit im Sprechen übertreffen konnte. Und vor allen hatte er seine Ideen . . . Raum vor das Mundwerk des neuen Königs durch den Tod seines Vaters entfesselt, da machte er sich schon daran, seine Intentionen in Reden ohne Zahl zu verklären; und jede Rede, jede That entfremdete ihm immer mehr die Sympathien der Bourgeoisie.

(„Tribüne“ vom 23. X. 1851; Revolution und Konter-Revolution, p. 17, 18.)

Parlamentarischer Kretinismus.

Sie (so die Linke im Frankfurter Parlament) waren vom Beginn ihrer gesetzgeberischen Laufbahn an mehr als irgend eine andre Fraktion der Versammlung von der unheilbaren Krankheit des parlamentarischen Kretinismus durchseucht, einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Ueberzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Geschichte und ihre Zukunft, durch eine Majorität von Stimmen in dem besonderen Vertretungskörper gelenkt und bestimmt werde, der die Ehre hat, sie zu seinen Mitgliedern zu zählen, und daß alles und jedes, was außerhalb der Mauern des Hauses vor sich geht — Kriege, Revolutionen, Eisenbahnbauten, die Kolonisierung ganzer neuer Kontinente, kalifornische Goldfunde, centralamerikanische Anale, russische Heere, und was sonst noch einigem Anspruch erheben kann, die Geschichte der Menschheit zu beeinflussen —, daß alles das nichts ist im Vergleich zu den unermesslichen Ereignissen, die im Schoße der wichtigen Frage ruhen, der, was immer sie sein mag, gerade in dem Moment die Aufmerksamkeit des hohen Hauses gehört.

(„Tribüne“ vom 27. Juli 1852, Revolution und Konter-Revolution, p. 107/8.)

Heilige Güter in England.

Das Jehusunden-Gesetz trat am 1. Mai 1845 in Kraft. Unterdes hatte jedoch das Plakod der Charistenpartei, deren Führer eingekerkert und deren Organisation zerstreut, bereits das Selbstvertrauen der englischen Arbeiterklasse erschüttert. Bald darauf vereinigte die Pariser Juni-Insurrektion und ihre blutige Erstfindung, wie im kontinentalen Europa, so in England, alle Fraktionen der herrschenden Klassen, Grundbesitzer und Kapitalisten, Börsentölpel und Krämer, Protektionisten und Freihändler, Regierung und Opposition, Pfaffen und Freigeister, junge Herren und alte Nonnen, unter dem gemeinschaftlichen Ruf zur Rettung des Eigentums, der Religion, der Familie, der Gesellschaft! Die Arbeiterklasse wurde überall verfehmt, in den Mann gethan, unter das „loi des suspects“ gestellt. Die Herren Fabrikanten brauchten sich also nicht zu genieren. Sie brachen in offene Revolte aus, nicht nur wider das Jehusunden-Gesetz, sondern wider die ganze Gesetzgebung, welche seit 1833 die „freie“ Ausübung der Arbeitskraft einengen zu zögeln. Es war eine Großauver-Revolution in Miniatur, während mehr als zwei Jahren durchgeführt mit cynischer Rücksichtslosigkeit, mit terroristischer Energie, beide um so wohlfeiler, als der rebellische Kapitalist nichts riskierte außer der Haut seiner Arbeiter.

(Kapital, Bd. I (1867), p. 248/9.)

Ordnungspartei in Frankreich 1848—1852.

Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage zur Partei der Ordnung vereint gegenüber der proletarischen Klasse, als der Partei der Anarchie, des Sozialismus, des Kommunismus. Sie hatten die Gesellschaft „gerettet“ gegen die Feinde der Gesellschaft. Sie hatten die Stichworte der alten Gesellschaft „Eigentum, Familie, Ordnung“ als Parole unter ihr Heer ausgeteilt und der konterrevolutionären Kreuzfahrt zugerufen: „Unter diesem Zeichen wirst du siegen!“ Von diesem Augenblick, sobald eine der zahlreichen Parteien, die sich unter diesem Zeichen gegen die Juni-Insurgenten geschart hatten, in ihrem eignen Klasseninteresse den revolutionären Kampfplatz zu behaupten suchte, erstieg sie vor dem Auge: „Eigentum, Familie, Religion, Ordnung“. Die Gesellschaft wird ebenso oft gerettet, als sich der Kreis ihrer Herrscher verengt, als ein erklüfteres Interesse dem weiteren gegenüber behauptet wird. Jede Forderung der einfachsten bürgerlichen Finanzreform, des ordinären Liberalismus, des formalen Republikanismus, der plattesten Demokratie wird gleichzeitig als „Attention auf die Gesellschaft“ bestrahlt und als „Sozialismus“ gebrandmarkt. Und schließlich werden die Hohenpriester der „Religion und Ordnung“ selbst mit Fußstapfen von ihren Pflichten abgewandt, bei Nacht und Nebel aus ihren Betten geholt, in Kellern gefesselt, in Kerker geworfen oder ins Exil geschickt, ihr Tempel wird der Erde gleichgemacht, ihr Mund wird verriegelt, ihre Feder zerbrochen, ihr Gesetz zertrümmert, im Namen der Religion, des Eigentums, der Familie, der Ordnung. Ordnungsanstaltliche Bourgeois auf ihren Balkonen werden von beoffenen Soldatenbänken zusammengehoffen, ihr Familienheiligtum wird entweiht, ihre Häuser werden zum Zeitvertreib bombardiert — im Namen des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung. Der Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft bildet schließlich die heilige Phalanx der Ordnung, und Heil Crapulinth zieht in die Tuilerien ein als „Retter der Gesellschaft“.

(Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte [1852]; 3. Aufl. p. 15, 16.)

Epilog der Kommune.

Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingekerkert in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Verräter hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.

(Bürgerkrieg in Frankreich [1871], p. 63.)

Das letzte Mittel.

Wegen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

(Kommunistisches Manifest, 1848.)

Die naturgemäße Entwicklung.

Man muß sich nicht darüber täuschen. Die der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des 18. Jahrhunderts die Sturmglode für die

europäische Mittelklasse lösete, so der amerikanische Bürgerkrieg des 19. Jahrhunderts für die europäische Arbeiterklasse. In England ist der Unwählungsprozess mit Händen greifbar. Auf einem gewissen Höhepunkte muß er auf den Kontinent rückschlagen. Dort wird er sich in brutaleren oder humaneren Formen bewegen, je nach dem Entwicklungsgrade der Arbeiterklasse selbst. Von höheren Motiven abgesehen, gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenes Interesse die Beseitigung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen. Ich habe deswegen u. a. der Ge-

schieht, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Bande eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der andern lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist — und es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen —, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdeträtieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern. (Vorrede zur 1. Auflage des Kapitals, Bd. I p. IX v. 25. Juli 1867.)

Parlamentarisches.

Erkrankung des Vicepräsidenten v. Heereman. Der Vicepräsident des Abgeordnetenhauses, Centrumsabgeordneter Herr v. Heereman, mußte ins Hedwigs-Krankenhaus geschafft werden. Es ist eine Lungenerkrankung festgestellt worden.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Loßstedt in Schleswig-Holstein wurden in der dritten Klasse 2 Parteigenossen, davon einer neu gewählt. In Penig in Sachsen wurde bei einer Erbschaftswahl der fünfte Socialdemokrat in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Als Schulbürgerrecht und Kapitaldummheit hatte die „Bergische Arbeiterstimme“ die aus Versehen erfolgte Ablehnung des städtischen Gemeinrats in Solingen bezeichnet. Vom Landgericht Elberfeld wurde dafür der verantwortliche Redakteur, Genosse Dittmann, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Kaufmannsgerichte. Den Handelskammern, die sich gegen die Errichtung von Kaufmannsgerichten ausgesprochen haben, hat sich natürlich auch die fast völlig unter dem Einfluß der Eisen-Groß-industriellen stehende Bochumer Handelskammer angeschlossen. Sie hat jüngst eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, gegen deren Schluß sie sich folgende löbliche Redensarten leistet: „Wir sind überzeugt, in Wahrung der uns anvertrauten Interessen von Industrie und Handel und der hieselbst beschäftigten Handlungsgesellschaften, nicht zuletzt aber auch im Interesse eines öffentlichen politischen und sozialen Lebens zu handeln, wenn wir, unsere Ausführungen zusammenfassend, an einen hohen Reichstag die sehr ergebene Bitte richten, er wolle den Entwurf eines Gesetzes über die Kaufmannsgerichte ablehnen, gleichzeitig aber an den Herrn Reichskanzler das Ersuchen richten, baldmöglichst einer allgemeinen Reform des amtsgerichtlichen Verfahrens näher zu treten. Sollte ein hoher Reichstag dieser Bitte aber nicht entsprechen zu können glauben, und die Dringlichkeit kaufmännischer Sondergerichte anerkennend, deren Schaffung aufzukommen, so bitten wir ebenso ehrsüchtig wie dringend, daß der Entwurf im Sinne unserer Anträge abgeändert werde, die im wesentlichen in den drei Forderungen aufweisen: Anschluß der Kaufmannsgerichte an das Amtsgericht, Uebertragung des Vorsitzes an einen Amtsrichter, Ernennung der Richter durch die Justizverwaltung.“

Ebenso will der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen nichts von Kaufmannsgerichten wissen, da, wie er in jarter Besorgnis um das Allgemeinwohl erklärt, die fortgesetzte Schaffung von Sondergerichten vom rechtlichen, vom wirtschaftlichen und vom sozialen Standpunkt aus Bedenken erzeuge, zumal mit den mit solchen Einrichtungen verbundenen Wahlen eine heftige, das gute Verhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten nicht fördernde Agitation verbunden zu sein pflege. Die Herren scheinen gar nicht zu fühlen, wie schwer sie gerade durch derartige Begründungen das angeblich „gute Verhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten“ diskreditieren.

Der Arbeitsmarkt berichtet die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, daß im Februar das Ueberangebot von Arbeitskräften erheblich zurückgegangen ist, jedenfalls beträchtlich stärker, als im vorigen Jahr. In den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Deutschen Reiches, soweit ihre Ziffern der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ zur Verfügung stehen, kamen auf 100 offene Stellen 175,9 Arbeitsuchende, während es im Februar vorigen Jahres an denselben Arbeitsnachweisen noch 219,4 waren. Die Besserung in der Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar ist geradezu auffallend, scheint aber durch die Verzerrung der Ziffern der Beschäftigten nach den Angaben der Krankenkassen bedingt zu werden. Obwohl die Veröffentlichung dieser Ziffernreihen zur Zeit unterbrochen ist, so sprechen doch die vorliegenden Stichproben dafür, daß die Zunahme der Beschäftigten im Februar dieses Jahres größer gewesen ist als im Vorjahre. In einzelnen Orten war die Zunahme ganz erheblich. So z. B. in Leipzig, in Düsseldorf, Frankfurt a. M., Mannheim. Dagegen zeigt Stuttgart gegenüber dem Vorjahre eine weniger starke Zunahme. Sehr viel zu der günstigen Wendung auf dem Arbeitsmarkte trug die milde Witterung bei, wodurch die Arbeiter im Freien, namentlich das Baugewerbe und die Schifffahrt günstig beeinflusst wurden.

„Union“, Electricitäts-Gesellschaft, Berlin. In der heutigen Aufsichtsratsitzung wurde die Verteilung einer Dividende von 4 Proz. (im Vorjahre 6 Proz.) beschlossen. Die Generalversammlung wird auf den 7. April einberufen. In derselben soll das mit der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft getroffene Abkommen den Aktionären vorgelegt werden.

Sociales.

Der Kampf um die Krankenkassen.

Die „Kreuz-Zeitung“ fährt fort, gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu hetzen. Sie kann allerdings nicht bestreiten, daß der Versuch der preussischen Regierung, für die gegen socialdemokratisch gestimmte Klassenleiter erhobenen Beschuldigungen Beweise zu beschaffen, ebenfalls mißglückt ist; das thut aber nichts, sie bringt immer wieder neue beschuldigende Redensarten vor. Wir wollen sie einmal in einzelnen durchgehen.

Wir halten die „Kreuz-Zeitung“ aufgefordert, doch einmal statt aller Redensarten einen einzigen bestimmten Fall zu nennen, der ihre Beschuldigung rechtfertigt. Da hat sie sich nun gewaltig angestrengt und wartet mit folgendem „Fall“ auf:

„Er betrifft die Berliner Tischlerinnung, die im Jahre 1895 eine Krankenkasse gegründet und sich statutengemäß die Klassenprüfung und Einsicht in die Kassendbücher gewahrt hat. Der socialdemokratisch beherrschte Kassenvorstand verweigerte die statutenmäßige Auskunftserteilung und mußte erst durch die Gewerbe-Deputation dazu gezwungen werden. Ferner sind sämtliche nicht-socialdemokratische Beamte, obwohl sie sich als zuverlässig und tüchtig erwiesen hatten, entlassen worden. Hieraus schritt der Kassenvorstand zur Gehaltserhöhung und Ferienurlaubs-Bewilligung des jetzt „gereinigten“ Personals; sein Vorschlag, den 1. Mai als Festtag zu feiern und die Kasse zu schließen, wurde infolge Widerspruches der Arbeitgeber verworfen. Die Arbeiter besetzen von neun Stellen im Vorstand deren sechs, also Zweidrittel-Mehrheit; sie leiten die Geschäfte nach socialdemokratischem Prinzip. Refus dagegen giebt es nicht. Das ist also partipolitische Ausnutzung einer Krankenkasse in optima forma. Dagegen müssen jedenfalls Krankenkassen geschaffen werden.“

Ein schöner Fall. Er ist zwar ein bißchen veraltet, aber trotzdem sind wir in der Lage, ihn als Verleumdung „in optima forma“ kennzeichnen zu können. Wichtig ist daran nur, daß die Innungskasse 1895 gegründet wurde. Alles andre ist falsch. Bis zum Jahre 1900 haben sich

die Arbeiter überhaupt nicht um die Verwaltung der Kasse gekümmert. Bis dahin herrschten die Innungsmeister unumhürkt in der Kasse. Erst als 1900 die Innung in eine Zwangsinnung umgewandelt wurde und die Zahl der Klassenmitglieder sich infolge dessen verdreifachte, beteiligten sich die Arbeiter an den Vorstandswahlen. Dem auf diese Weise neu gewählten Vorstände unterbreiteten die alten, von der Innung selber angestellten Kassenbeamten sofort einen Antrag auf Gehaltserhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und Freigabe des 1. Mai. Ob diese Beamten socialdemokratisch gesinnt waren oder nicht, haben wir nicht untersucht; jedenfalls waren es solche, an deren Anstellung die neuen Vorstandsmitglieder in keiner Weise beteiligt gewesen waren. Dieser Antrag wurde damals von den neuen Vorstandsmitgliedern mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich mit den Kassenverhältnissen erst vertraut machen müßten. Seit der neue Vorstand im Amte ist, seit 1900, ist überhaupt weder ein Beamter entlassen, noch einer neu angestellt worden. Die Geschäfte mit der Verweigerung der Herausgabe der Kassendbücher ist gleichfalls eine Verdröpfung des wahren Sachbestandes. Es handelte sich nicht um Klassenprüfung und Kassendbücher, sondern die Innungsmeister wollten die Mitglieder der Innung haben, um sie im Kampfe um den Arbeitsnachweis der Innung für dessen Zwecke zu mißbrauchen. Diese herauszugeben weigerten sich die Arbeiter im Vorstande; sie wurden von der Gewerbe-Deputation des Magistrats zur Herausgabe verurteilt mit der Motivierung, daß ein Mißbrauch nicht zu erwarten sei. Man sieht, sobald die Scharfmacher mit ihren „Thatsachen“ herandrücken, sind sie erst recht geliefert.

Dann hält uns die „Kreuz-Zeitung“ die Klagen der Bezirke auf dem letzten Berliner Kongresse vor als Darlegungen von direkt beteiligter Seite. Wir haben auch hier trotz der „Kreuz-Zeitung“ die „Stimme“, sie als „Scharfmacherphantasien“ zu bezeichnen. Auch diese Herren haben sich auf Redensarten beschränkt. Was heißt das, wenn einer der Herren sagt, die Bezirke hätten es satt, sich von Arbeitern und Gesellen Vorschriften machen zu lassen. Wir lassen uns gewiß auch nicht gern Vorschriften machen, sei es von wem es sei. Soweit sich die Arbeiter und Gesellen im Rahmen des Gesetzes halten, hat aber niemand, der im Dienste der Klassen stehen will, das Recht, sich darüber zu beschweren. Die Arbeiter und Gesellen in den Kassenvorständen sind die gesetzlichen Beauftragten der Klassenmitglieder und wer sich durch deren Vorschriften bedrückt fühlt, darf nicht in den Dienst der Klassen treten. Es scheint aber, daß es dem Herrn weniger die Vorschriften, als die Arbeiter und Gesellen angethan haben; es ist nur eine sinnlose Ueberhebung, die dem Ehrgefühl des Herrn zu Grunde liegt. Nicht der einzelne Arbeiter und Geselle, sondern der auf gesetzlichen Boden stehende Kassenvorstand macht Vorschriften, und das entwürdigt einen Arzt ebenso wenig wie irgend einen andern.

Daß die „Kreuz-Zeitung“ den Krankenkassen-Frostgitter gegenüber den Apothekern dorthin, kann nur belustigend wirken. Dann wiederholt die „Kreuz-Zeitung“ eine schon mehrmals vorgebrachte Behauptung, wir hätten im Juni 1899 das Zustandekommen des Verbandes der Krankenkassen mit der Bemerkung begrüßt, daß dieser Zusammenschluß sich als „wirksame Waffe im proletarischen Befreiungskampfe“ erweisen werde. Diese Bemerkung wäre sinnlos, wenn es sich nicht darum handelte, das Krankenkassenwesen in Partei-Interesse auszunutzen. Wir brauchen nur auf den Zusammenhang zu verweisen, in dem der Satz gebraucht wurde, und ihn vollständig zu citieren, und es wird sofort jedermann klar, daß die „Ausnutzung im Partei-Interesse“ eine scharfmacherische Phantasie bester Qualität ist.

Der Krankenkassentag fand statt im Anschluß an den Tuberkulosekongress. Wir widmeten beiden Veranstaltungen, die ja ihren Zielen nach in enger Beziehung zu einander standen, einen Begrüßungsartikel (1899, 24. Mai), der hervorhob, welche wichtige Aufgabe die Bekämpfung der Volksseuchen sei und schloffen den Artikel mit folgendem Satze:

„Erst eine einheitliche Organisation aber ermöglicht den Krankenkassen die volle Ausnutzung ihrer Mittel zur Vinderung der Leiden des kranken Proletariats und dient somit dem Proletariat als Waffe in seinem Befreiungskampfe.“

Für jeden, der diesen Satz ohne Voreingenommenheit liest und die Veranlassung nicht vergißt, aus der er geschrieben, liegt es offen zu Tage, daß wir damit die weitestgehende Erfüllung der den Krankenkassen obliegenden speziellen Aufgaben als ein Mittel im Befreiungskampfe des Proletariats kennzeichnen. Ein körperlich verelendetes Proletariat kann sich nicht befreien; die Krankenkassen können und sollen mit ein Mittel sein, der Verelendung entgegenzuwirken und die Vereinigung der Krankenkassen ganz Deutschlands machen sie zur Erfüllung dieser Aufgabe fähiger, als sie es in ihrer Vereinzelung sind. Dem proletarischen Befreiungskampfe müssen viele Dinge dienen, die nicht in dem engen Rahmen einer politischen Partei Platz haben. Die socialdemokratische Partei macht es sich zur Aufgabe, durch ihre Thätigkeit diesen Dingen die Gestalt zu geben, die ihr zur Befreiung des Proletariats förderlich scheint. So wirkt allerdings die socialdemokratische Partei auch auf die Gestaltung der Krankenkassen und der Krankenkassen, um sie zu einem geeigneten Instrument zur Förderung oder Umstreuung auch Befreiung des Proletariats zu gestalten. Sie stellt nicht die Krankenkassen in den Dienst ihres Partei-Interesses, sondern sie wirkt dahin, die Krankenkassen ausschließlich in den Dienst des Proletariats zu stellen. Das haben wir 1899 gesagt, haben es seitdem manchmal wiederholt und wiederholen es auch hier wieder. Es bedeutete eine schwere Verachtlichung der Kulturinteressen, wenn es den Scharfmachern gelänge, die Krankenkassen diesen Aufgaben zu entfremden, indem sie der Reaktion überantwortet werden.

Der Tod als Folge einer Fingerverletzung ein Betriebsunfall.

Der Maurer Wilhelm B. aus St. war beim Bau einer Bahnbrücke in B. beschäftigt. Dabei fiel ihm an einem Tage im November 1901 ein Mauerstein auf den Zeigefinger der rechten Hand. B. zeigte den verletzten Finger sofort seinem Kollegen, dem Maurer H., und sagte, daß er lieber von einem herabfallenden Ziegelstein getroffen sei. — B. „verband“ den Finger und arbeitete weiter. Er wurde in den darauffolgenden Tagen nach einer andern Arbeit geschickt und mußte Stenararbeiten verrichten. Immer mehr schwellen der Finger sowie der Handrücken ganz hässlich an und B. mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Es war eine Zellengewebsentzündung eingetreten, die einen operativen Eingriff nötig machte. Der Arzt gestattete dem B. nach einigen Tagen wieder weiterzuarbeiten. Am 17. Januar 1902 blieb

er an den rechten Ellenbogen, während er beim Fundamentausbrechen beschäftigt war, und hierbei sprang die noch nicht ganz zugeheilte Wunde des Fingers auf. Der Arm schwellt stark an und nach drei Tagen, am 20. Januar, verstarb B. infolge Blutvergiftung. Nunmehr stellte die Witwe für sich und ihr minderjähriges Kind bei der Berufsgenossenschaft den Anspruch auf die gesetzmäßige Hinterbliebenen-Rente gemäß §§ 15, 16 des G.-U.-B.-G. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Rentengewährung ab und auch das Schiedsgericht wies die Verurteilung zurück, da der Unfall „nicht nachgewiesen“ sei.

Der von der Witwe eingelegte Rekurs beim Reichs-Berufsgenossenschaftsamt hatte Erfolg. Das Rekursgericht schloß sich den Ausführungen des Vertreters der Klägerin an, hob die Entscheidung des Schiedsgerichts auf und verurteilte die Norddeutsche Baugewerkschaft-Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente unter folgender Begründung: „Nach den glaubhaften Aussagen der Zeugen H. und G. und den Angaben der klagenden Witwe muß man annehmen, daß die Verletzung beim Bau der Kleinbahnbrücke erfolgt ist. B. hat sie nicht beachtet; es stellte sich eine Entzündung des Handrücken ein, die einen Einschnitt erforderlich machte. Die Operationswunde war am 18. Januar 1902, während B. weiterarbeitete, noch nicht geschlossen. In diesem Tage erhielt er einen Stoß gegen den Ellenbogen, wobei aber zugleich ein Septikum in die Operationswunde eingedrungen sein muß. B. erkrankte unter den Erscheinungen einer akuten Blutvergiftung, die blutig fortgeschritt und zum Tode führte.“

Die Verletzung im Betriebe — der Unfall — im November 1901 ist also mittelbar die wesentlich mitwirkende Ursache des Todes gewesen. Hätte B. sie nicht erlitten, so wäre der operative Eingriff nicht erforderlich gewesen, und ohne diesen wäre die Blutvergiftung nicht eingetreten.

Ob B., indem er mit der offenen und ungenügend verbundenen Wunde weiterarbeitete, unvorsichtig gehandelt hat, kann dahin gestellt bleiben, da es für die Beurteilung ohne Belang sein würde.

Verfammlungen.

Centralverband der Maurer. (Zweigverein Berlin). Am Donnerstag erfolgte die Fortsetzung der letzten verordneten General-Versammlung. Panzer teilte mit, daß im Laufe des vergangenen Jahres 66 Kollegen verstorben sind, davon 17 an Lungenschwindsucht und 8 infolge von Baumfällen. Das Andenken der Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt. Zum Geschäftsbericht machte Panzer noch einige ergänzende Bemerkungen. So hob er u. a. hervor, daß die Ausfüllung der Fragebogen zwecks Gewinnung statistischen Materials ungenügend prompt erfolgt sei; er bitte, auch fernerhin mit solcher Präcision zu arbeiten. Es steht ferner ein Vertrag der Cementierer, Mauerer und Spanner mit ihren Unternehmern in Aussicht; diese Section hat in letzter Zeit ganz bedeutende Fortschritte gemacht, so daß in absehbarer Zeit auch der letzte Mann davon organisiert sein dürfte. — Den Kassendbericht von 1902 gab Lehmann an. Im 4. Quartale betrug die Einnahme 175 676,58 M., und die Ausgabe 53 800,25 M., es bleibt somit ein Bestand von 121 716,33 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt, auch erhielt er ein Mandatgeld von 100 M. und die Hilfskassierer ein solches von 1/2 Proz. zugesprochen. Dem Vorstände sprach die Versammlung ebenfalls ihre Anerkennung aus. Zum Schluß wurden alsdann die Hilfskassierer der einzelnen Bezirke bestätigt.

Die Arbeiter der Waffenfabrik von Ludwig Löwe beschäftigten sich am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung mit verschiedenen Mißständen in den dortigen Betrieben. Laut Geschäftsordnung soll die Arbeitszeit zehn Stunden betragen, es müssen jedoch zu viel Ueberstunden gemacht werden, doch mindestens ein zwölfstündiger Arbeitstag herauskommt. Die Lohnzahlung erfolgt alle acht Tage in Form eines Vorkaufes, der in einigen Abteilungen zwar dem Wochenverdienst annähernd gleichkommt, in andern aber bedeutend darunter bleibt. Es besteht hier auch noch die Instanz, den Lohn für eine Woche einzubehalten, im Werkzeughaus sogar für zwei Wochen. Der Lohn selbst ist durchaus ungenügend, Preisdrücker sind gang und gäbe. Die sanitären Einrichtungen lassen ebenfalls viel zu wünschen übrig. Waschbecken und Spinde sind nur in beschränkter Zahl vorhanden, ebenso Klosetts, die überdies noch voller Wanzen sitzen. In dem sonst nur als Lagerraum benutzten Keller befindet sich jetzt die Schmiehe der Betriebsabteilung, außerdem sind dort Klempner und Schlosser beschäftigt. Es herrscht dort infolge der schlechten Ventilation mitunter ein Rauch und Qualm, daß sich die Arbeiter gegenseitig kaum zu erkennen vermögen. Obwohl den Arbeitern formell ein scheinbares Mitbestimmungsrecht über die Kantine eingeräumt worden ist, so haben diese doch nur ein einziges Mal eine Abrechnung davon zu sehen bekommen, und zwar war das in der ersten Zeit ihres Bestehens, als noch Unkosten zu bedenken waren. So lange die Kantine aber Ueberflüsse abwirft, hört man wohl hin und wieder von einer Unterstützung, die aus diesen Mitteln an Kranke bezahlt wird, doch von irgend einer sachgemäßen Kontrolle verläutet nichts. Einer besonders scharfen Kritik wurden dann noch die Zustände in der Gütererei unterzogen, woselbst vor allem die Behandlung der Arbeiterinnen als eine geradezu unwürdige geschildert wird. Die Versammlung kam zu dem Schluß, in nächster Zeit geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände zu treffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus Holland.

Amsterdam, 13. März. (B. Z. B.) Wie dem „Reuterischen Bureau“ aus Utrecht gemeldet wird, hat heute dort eine Besprechung stattgefunden zwischen den Mitgliedern der Direction der Staatseisenbahnen und der Generaldirection der Eisenbahnarbeiter-Organisation über die von der Direction der Staatseisenbahnen getroffenen Maßnahmen. Von zuständiger Seite verlaute, daß die Besprechung nicht die Lösung herbeiführt habe, welche die Führer der Eisenbahnarbeiter zu erzielen hofften.

Statische Kämpfe.

Konstantinopel, 12. März. (Reibung des „Wiener T. T. Telegraphen-Bureau“.) Vom 8. bis 10. März haben am Vardarflusse unterhalb Guercendje im Wilajet Saloniki Kämpfe mit einer bulgarischen Bande stattgefunden. Obgleich die türkischen Truppen und Gendarmen auf 200 Mann verhäuft waren, gelang es der Bande doch, unter Zurücklassung von 4 Toten und einem Verwundeten, zu entfliehen. Von den Gendarmen wurden zwei getötet.

Erdbeben.

Petersburg, 13. März. (B. Z. B.) In Vjst (Gouvernement Tomsk) fand gestern um 8 Uhr vormittags ein ununterbrochenes recht starkes, wellenförmiges und stoßförmiges Erdbeben statt. Die Dauer desselben war 1 1/2 Minuten, die Richtung von Osten nach Süden.

Mertzen, 13. März. (B. Z. B.) In der vergangenen Nacht erschlug der 69jährige Fleischer Johann Bachmann seine beiden Eltern. Der Mörder war bereits vor 4 Jahren in einer Irrenanstalt in Behandlung, er wurde im Gefängnis interniert. (Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.) Hierzu 3 Seiten

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Reichstag.

Es scheint ein Gebot der Kavalierehre zu sein, sich in einer Gesellschaft so lange unbefugt aufzuhalten, bis der Fuß zum Tritt erhoben wird, der den Eindringling gewaltig hinausbeschießen soll.

Es kam die Weiterberatung des Militär-Etats und mit ihm die Fortsetzung der Debatte über den Truppen-Übungspfad in Neuhammer. Herr v. Gohler hatte sich eine Art Verteidigungsrede zurechtgelegt. Sie lief in der Hauptsache darauf hinaus, daß die lumpigen drei Millionen, die mehr ausgegeben werden müssen, nicht mehr „Staatsüberschreitungen“, sondern „Recherforderungen“ heißen.

Schließlich wurde beschloffen, die Angelegenheit nochmals an die Budgetkommission zurückzuweisen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Debel Anlaß nochmals den Patriotismus der Firma Krupp zu belächeln, für die der freisinnige Abg. Eichhoff eine mit dem Kriegsminister weitestgehende Bewunderung an den Tag gelegt hatte.

Die Postassistentenfrage wurde durch die Annahme einer unverbindlichen konservativen Resolution unter Ablehnung der weitergehenden Anträge der freisinnigen Volkspartei aus der Welt geschafft.

Dann wurde der Etat der Marineverwaltung begonnen.

Hier brachte Genosse Hoch die amtliche Statistik über die Löhne der Werkarbeiter kritisch zur Sprache. Dann versuchten konservative und Nationalliberale den von der Kommission vorgeschlagenen Abschluß von einer Willkür an der Forderung für gründliche Reparatur des großen Kreuzers „Kaiserin Augusta“ und des kleinen Kreuzers „Aeneas“ wieder zu beseitigen.

Morgen steht der Etat für Kiautschou, der Rest des Marine-Etats und Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Nachdem das Abgeordnetenhaus in seiner Abend Sitzung vom Donnerstag das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ vom Aushusetat erledigt hatte, unterbrach es am Freitag auf kurze Zeit die zweite Lesung des Kultusetats, um eine konservative Interpellation und in Verbindung damit einen Antrag Jedlitz (H.) betreffend die Schulunterhaltungspflicht zu beraten.

Das in der Verfassung verheißene Schulunterhaltungsgesetz ist bisher noch nicht erlassen. Im Jahre 1892 hat die Regierung bekanntlich diese Materie mit der konfessionellen Gestaltung der Volksschule verquittet, aber den Entwurf wieder zurückgezogen. Seitdem hat die konservativ-liberale Mehrheit bei jeder Gelegenheit betont, daß sie nach wie vor ein konfessionelles Volksschulgesetz verlange.

Die Uebertreibungen des konservativen Redners wies der Minister Studt an der Hand der Statistik zurück. Die Staatszuschüsse für die städtischen Volksschulen betragen nur 14 Millionen, die für die ländlichen dagegen 50 1/2 Millionen, ein Beweis, daß die Regierung in erster Linie auch bei dieser

Gelegenheit den Agrariern zu Hilfe kommt. Im übrigen ist die Haltung der Regierung bedauerlich, sie hat wieder einmal für Kulturaufgaben kein Geld übrig. Eine Revision des Lehrerbefoldungsgesetzes erscheint ihr angesichts der schlechten Finanzlage nicht möglich, und ein Schulunterhaltungsgesetz soll erst „in nicht zu ferner Zeit“ dem Landtage zugehen.

Nach belangloser Beratung des Kapitels Lehrerseminare wurde die weitere Beratung des Kultubetats auf Sonnabend vertagt.

Die christlichen Arbeiterfreunde in Holland.

Der nun vorliegende ausführliche Bericht über den Schluß der Verhandlung, die Interpellation Troelstra betreffend, rechtfertigt vollumfänglich das Urteil, das wir gestern bereits über das Verhalten des Ministerpräsidenten ausgesprochen haben. Der Mann hat tatsächlich nichts gefagt, was dem Lande in dieser schweren Zeit irgendwie zum Nutzen gereichen könnte, und seine Freunde, die christlichen Demokraten, die mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit sonst so gern prahlen, hielten es in diesem so überaus wichtigen Falle nicht für nötig, irgend ein Wort zu Gunsten der schwer bedrohten Arbeiterklasse einzulegen.

Daß dagegen die Rede Troelstras ihre Wirkung geübt hat, trotzdem kein greifbares Resultat erzielt wurde, das geht unter andern aus den wichtigsten Auslassungen der Gehepreß hervor. Gerade die Ruhe und Sachlichkeit im Auftreten dieses Mannes hat der Reaktion am meisten mißfallen. „De Tijd“ meint: „Ein großer Teil der Kammer — es ist ihm (Troelstra) selbst am besten bekannt — befindet sich bereits auf dem Wege, auf den er die Regierung und die Mehrheit weiter vorwärts drängen will. Es kommt dabei nur darauf an, die Weisheit und Klugheit, die Halbheit vieler auszunutzen; den Mitgliedern der Linken, welche einerseits zwar die Ordnung im Staate wollen, andererseits aber auch diesem Kabinett gern ein Bein stellen möchten, Vorwände zu geben, der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen; das Ministerium selbst oder einzelne Mitglieder desselben herüberzuziehen zu der Meinung, daß es das beste sei, dem Kampf aus dem Wege zu gehen, die Unzufriedenen durch teilweises Nachgeben zu befriedigen und die Sicherung der so gründlich verletzten und bedrohten Rechtsordnung auf bessere und ruhigere Zeiten zu verschieben.“

Aus Rotterdam wird einem Blatte gemeldet:

Der Vorsitzende der Eisenbahner-Organisation Dudgeest, der die Seele des letzten Eisenbahnerstreiks war, suchte um Entlassung aus dem Dienst der Staatseisenbahn-Gesellschaft nach, um größere Bewegungsfreiheit zu bekommen. Zwei Vorstandsmitglieder der Organisation konferieren heute wiederum mit der Direktion der Staatseisenbahn über einige gegen mehr Eisenbahner angewandte Repressalien. Der emilische Schaffner Leuz aus Apeldoorn beabsichtigt nächstens eine Propagandareise durch Holland zu machen.

Deutsches Reich.

Wortbruch?

Die Konservativen versuchen mit allen Mitteln die versprochene Sicherung des Wahlheimnisses zu hintertreiben. Die „Arens-Ztg.“ linbt, wie wir gestern mitteilten, „entschiedenen Kampf“ an, wenn die betreffende Vorlage an den Reichstag kommen sollte. Noch deutlicher ist heute die „Post“:

Die Verzögerung der Vorlage an den Reichstag erklärt sich vornehmlich sehr einfach dadurch, daß man bei dem raschen Entschluß weder die politischen Folgen noch die sachlichen Schwierigkeiten ausreichend vorbedacht hat, welche der Durchführung der geplanten Aenderung des Wahlverfahrens entgegenstehen.

Daß diese Aenderung des Wahlverfahrens zur Zeit und in Zusammenhang mit der Art und dem Zeitpunkt, wie sie im Reichstage in den letzten Tagen, vornehmlich den Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zu gute kommen würde, dürfte man inzwischen auch in der Reichsregierung erkannt haben. Daß eine solche Verrechnung der sozialdemokratischen Mandate leicht für die gewichtigen Entscheidungen, welche von dem nächsten Reichstage auch in Lebensfragen unserer kriegerischen Rüstung zu Wasser und zu Lande zu fällen sein werden, verhängnisvoll werden könnte, unterliegt keinem Zweifel, und die Regierung wird, wenn ein solches Resultat eintreten sollte, die Hauptverantwortlichkeit dafür von sich nicht ablehnen können. Doch ist es möglich, Unheil zu verhüten. Wenn erst eine erhebliche Verhärtung der Sozialdemokraten im Reichstage verhängnisvolle Folgen gezeitigt haben würde, läme die Reue zu spät.

So interessant das Zugeständnis der „Post“ ist, daß ein gesichertes Wahlrecht der Sozialdemokratie großen Vorzue bereiten müße, daß also auch in diesem Falle die Erfüllung einer sittlichen Pflicht, wie es Graf Vosadovsky nannte, die Sozialdemokratie fördert, — noch bemerkenswerter ist in diesem Augenblicke die Mitteilung, daß wohl die Regierungen schon selbst den „raschen“ und nicht ausreichend vorbedachten Entschluß, bedauern. Die Lächerlichkeit des Hinweises auf antimilitaristische Haltung der Sozialdemokratie ist dabei nur allzu offenbar; als ob die Sozialdemokratie, selbst bei großen Fortschritten, im nächsten Reichstage die Macht haben könnte, über Militärvorlagen aus eigener Kraft zu entscheiden!

Die „Korrespondenz für Centrumblätter“ beschäftigt sich eindringlich mit der Angelegenheit. Das Organ des Centrum, das die Wahlsicherung gegen nationalliberalen Kapitalistenterrorismus wünscht, fährt aus: „Wenn wir mißtrauisch wären, würden wir auf den Verdacht geraten, die Regierung habe sich durch den Widerspruch der Konservativen so einschüchtern lassen, daß sie gern von ihrem Versprechen wieder loskommen möchte. Auf ein Umschlagen des Windes deutet ja das Ausbleiben der Vorlage und die nunmehrige Ankündigung einer Verordnung notwendig hin. Nach abermals einigen Wochen, nämlich wenn es vollends zu spät ist, könnte die Meinung wieder wechseln und die Auffassung die Oberhand gewinnen, daß es im Verordnungswege doch nicht gehe, und dann die ganze Reform liegen bleiben. Nachdem indes der Reichskanzler bestimmt die Aenderung des Wahlreglements angekündigt und Staatssekretär Graf Vosadovsky mit so durchschlagenden Gründen die Notwendigkeit einer besseren Sicherung des Wahlheimnisses begründet hat, kann die Regierung nicht wohl vor dem Gedächtnis der konservativen und sonstigen Schärmacher zurückweichen, ohne sich um allen Kredit und alles Ansehen zu bringen.“

Auch die Jesuitengefährdung wird wieder als zweifelhaft hingestellt. Es geht das Gerücht, daß die Beschlußfassung über die Aufhebung des § 2 hinausgeschoben werden solle, weil auf eine Mehrheit im Bundesrat jetzt nicht mit Sicherheit gerechnet werden könne. Sollte sich diese Mitteilung bewahrheiten, so dürfte die Lage des Reichskanzlers gefährlich sein.

Kiautschou in der Budget-Kommission.

In der Sitzung am Freitag wurde der Etat für das Schutzgebiet Kiautschou erledigt. Der Reichszuschuß beläuft sich auf 12,870 Millionen Mark. Der Referent Abg. Dr. Gasse versicherte, er habe sehr sorgfältig den Etat daraufhin untersucht, ob nicht mit Rücksicht auf den augenblicklich so schlechten Stand der Reichsfinanzen Ersparnisse zu machen seien; er habe aber leider auch nicht eine einzige solche Möglichkeit entdecken können. Abg. Prinz v. Arenberg legte eine Resolution vor, durch welche der Reichskanzler ersucht wird, mit dem preussischen Unterrichtsminister sich darüber ins Einvernehmen zu setzen, daß an den Universitäten dem Kolonialrecht die seiner Bedeutung entsprechende Stellung eingeräumt werde. Die Resolution wurde angenommen.

Abg. Müller-Julda: Die vom Reichskanzler vorgelegte Denkschrift geht den Wert der Gesamteinfuhr von Waren nicht-chinesischen Ursprungs (ausschließlich Materialien für Eisenbahn und Bergbau) im Hafen von Tjingtau auf 4,217 Millionen Dollar an. Wie viele von den eingeführten Waren stammen aus Deutschland? Staatssekretär v. Tirpitz: Darüber habe er keine näheren Angaben und könne daher solche in diesem Augenblicke nicht mitteilen. Abg. Müller-Julda: Ihm sei durch Privatnachrichten der Nachweis geliefert, daß von den in Tjingtau eingeführten Waren kaum 1/10 aus Deutschland stamme. Von den eingeführten Waren seien bei weitem die wichtigsten die baumwollenen Waren, Baumwollengarn und Petroleum, deren Wert sich auf 3,9 Millionen Mark, also 9/10 des Wertes der Gesamteinfuhr, beläuft. Diese Waren stammen aber nicht aus Deutschland, sondern aus England, Indien und Amerika. Auch sei es so gut wie ausgeschlossen, daß etwa in späteren Jahren diese Waren aus Deutschland bezogen werden könnten. Denn es handle sich um solche Waren, die aus Deutschland entweder gar nicht oder nur zu ungünstigeren Bedingungen als aus den genannten Ländern bezogen werden können. Die Kosten, die durch die Erwerbung des Kiautschou-Gebietes für deutsche Produkte ein großes Absatzgebiet geschaffen werde, sei jetzt wohl endgültig gerührt. Staatssekretär v. Tirpitz: Niemand habe erwarten können, daß in diesem Gebiete ein Aufschwung des Handels schon während der ersten fünf Jahre möglich sei. Erst wenn durch die Vervollendung der Eisenbahn und durch die Herriichtung des Hafens die Verbindung mit dem Hinterlande geschaffen sei, können derartige Hoffnungen ihrer Erfüllung entgegengehen. Die Anlagen würden aber erst im Laufe dieses Jahres fertig werden. Unter diesen Umständen sei die Steigerung des Einfuhrwertes von 1,803 Millionen Dollar auf 4,217 Millionen Dollar nicht zu unterschätzen. Die Engländer hätten noch viel länger warten müssen, bis sie aus Hongkong einen Nutzen ziehen konnten. Der Einfuhrwert der Waren chinesischen Ursprungs sei zwar von 3,6 Millionen Dollar auf 3,5 Millionen und der Wert der Gesamteinfuhr von 4,3 auf 2,9 Millionen gefallen, dies sei aber auf die schlechte Ernte an Sojaken und Erdnüssen zurückzuführen. Im übrigen habe Kiautschou schon als Stützpunkt für die gesamten deutschen Interessen einen großen Wert. In demselben Sinne sprach sich Abg. Frese aus. Abg. Singer: Um die Erwerbung von Kiautschou als etwas Günstiges erscheinen zu lassen, habe man voriges Jahr versprochen, daß jetzt eine Masse von deutschen Produkten nach China verkauft und dadurch den deutschen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit hier in Deutschland verbessert werden würde. Jetzt stelle sich heraus, daß wenigstens bisher und für die nächsten Jahre diese Versprechungen nicht erfüllt werden. Inzwischen habe uns Kiautschou bereits 50 bis 60 Millionen Mark gekostet und jedes weitere Jahr lege uns neue schwere Lasten auf. Die Gelder aber würden durch die indirekten Steuern in erster Linie gerade von den Arbeitern genommen, also von denen, die gar keinen Nutzen davon haben und denen mit der Vertröstung auf die großartigen Erfolge in etwa 80 oder 90 Jahren auch nicht geholfen sei.

Bei den Reichstagen stellte Abg. Müller-Julda fest, daß die Offiziere bei ihren Reisen von Tjingtau nach Bremen und zurück so hohe Entschädigungen erhalten, daß sie einen Ueberfluß von mindestens 2000 M. haben. Das sei geradezu eine Prämie darauf, einen Urlaub in die Heimat zu verlangen. Staatssekretär v. Tirpitz: Solche Fälle seien selten, da meistens die Offiziere mit dem ganzen Transport befördert würden.

Im weiteren Verlaufe der Beratung wurde noch gerügt, daß die Marineverwaltung für die verschiedenartigsten Bauten eine Gesamtforderung in den Etat einstelle, ohne genaue Pläne und Kostenanschläge vorzulegen. Damit werde das Etatsrecht des Reichstages illusorisch gemacht. Staatssekretär v. Tirpitz: Höher sei so verfahren worden, um den Beamten in den Schutzgebieten möglichst freie Hand zu lassen. Er halte dies im Interesse der Selbstverwaltung für notwendig. In Zukunft aber würde er die gewünschten Nachweisungen vorlegen.

Die einzelnen Forderungen wurden mit unwesentlichen Aenderungen genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Die Krankenversicherungs-Novelle in der Kommission.

In der Freitag-Sitzung gelangte zunächst die Art der Wählerinnen-Untersuchung zur Debatte. Die Novelle will die Mindestleistungen der Orts-Krankenkassen auf diesem Ge-

Biete von 4 auf 6 Wochen erhöhen. Die Socialdemokraten (Albrecht, Mollenhuth, Stadthagen) verlangen eine Erweiterung der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen nach drei Richtungen; außer für die sechs Wochen Wöchnerinnenunterstützung solle für insgesamt sechs Wochen Erwerbsunfähigkeit, die während der Schwangerschaftsfrist infolge der Schwangerschaft ohne eigentliche Krankheit entstehen, das Krankengeld gezahlt werden, ferner solle die Freiheit der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden als Mindestleistung der Ortskrankenkasse gewährt werden. Erscheint aber trotz der in der Novelle vorgeschlagenen Erhöhung der Beitragleistung die finanzielle Tragweite zu groß und ungewiss, so solle wenigstens im § 21 den Ortsklassen die Befugnis zugesprochen werden, diese Leistungen statutarisch zu gewähren. Diese Anträge wurden durch ausführliche Eingehen auf die bestehende Praxis, die eine normal verlaufende Schwangerschaft, auch wenn sie mit Erwerbsunfähigkeit auftritt, nicht als Krankheit ansieht, begründet und dargelegt, daß die angeregten Vorschläge im Interesse der Volksgesundheit, insbesondere im Interesse der zu Gebärenden liege. Freilich erschöpfe sich mit der Annahme dieser Anträge noch lange nicht die notwendige Fürsorge für Mutter und Kind. Auch sei ein Reichszuschuß für Erreichung dieses nur lose mit der Krankenversicherung zusammenhängenden Ziels durchaus berechtigt. In einer längeren Debatte wurde der Grundgedanke der Anträge von allen Parteien, auch von den Regierungsvertretern, sympathisch begrüßt. Indes stehe der Festlegung dieser Leistungen als obligatorischer Mindestleistungen die Kostenhöhe und die Erweite- rung entgegen, daß jede Ausdehnung der Leistungen der Ortskrankenkassen das Bestehen der Gemeinde-Krankenversicherungen vielleicht verlängere. Schließlich wurden nach redaktionellen Änderungen durch einen Antrag Lenzmann die eventuellen socialdemokratischen Anträge einstimmig angenommen. Danach lautet Nr. 4 des § 1, der die Orts-Krankenklassen ermächtigt, die Mindestleistungen statutarisch auszuüben, namentlich:

Schwangeren, welche mindestens sechs Monate der Kasse angehören, kann ein Anspruch auf eine der Wöchnerinnen-Unterstützung gleiche Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen gewährt werden. Auch kann freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden beschlossen werden.

Ein weiterer socialdemokratischer Antrag, das Sterbegeld auf mindestens 50 Mark (in gleicher Weise wie im § 15 des Unfallversicherungsgesetzes) zu normieren, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Abst. 2 des § 20 läßt eine Klassenweise Feststellung des durchschnittlichen Tagelohns unter Berücksichtigung der zwischen den Klassenmitgliedern hinsichtlich der Lohnhöhe bestehenden Verschiedenheiten zu, verbietet aber, den durchschnittlichen Tagelohn einer Klasse in diesem Falle auf höher als einen Betrag von 4 M. festzustellen. Die Socialdemokraten verlangten den durchschnittlichen Tagelohn bis zur Höhe von sechs Mark feststellen zu lassen. Mollenhuth und Albrecht legten dar, daß hierdurch eine Annäherung an die durch die Unfallgesetz-Novelle geschaffene Erhöhung von 1200 auf 1500 M. Jahresverdienst erreicht werde. Es würden die Beiträge und das Krankengeld dem wirklichen Verdienst entsprechender gestaltet. Die Obergrenze von 6 M. entspräche etwa der im Jahre 1888 auf 4 M. festgesetzten Grenze. Die Klassen selbst erfahren eine Erhöhung ihrer Gesamtausgaben, ohne eine gleich hohe Belastung zu erleiden. Der letzteren Behauptung wurde von der Regierung widersprochen. Schließlich wurde ein vom Abg. Köhler, der an sich für 6 M. eintrat, gestellter, vom Abg. Trimbom gutgeheißener Antrag, die Obergrenze auf 5 Mark festzusetzen, mit großer Mehrheit angenommen.

Zu § 20 verlangt die Regierungsvorlage einen dahingehenden neuen Absatz: „In den Fällen, in welchen auf Grund der Reichsgesetze über Unfallversicherung gleichfalls ein Anspruch auf Sterbegeld begründet ist, ist der Kasse bis zur Höhe des von ihr gewährten Sterbegeldes durch Ueberschreibung des auf Grund der Unfallversicherungsgesetze zu gewährenden Sterbegeldes Ersatz zu leisten.“ Dieser Zusatz wird begehrt, weil in der neueren Zeit Gerichte den § 25 des Unfallgesetzes dahin ausgelegt hatten, daß im Fall des tödlichen Unfalles ein doppeltes Sterbegeld zu zahlen sei (von der Krankenversicherung und von der Berufsgenossenschaft). Diese Auslegung entspreche nicht der Absicht des Gesetzgebers, die Socialdemokraten ließen dahingestellt, was die Absicht des Gesetzgebers gewesen sei. Der Wortlaut spreche zu Gunsten der neueren Rechtsprechung, die freilich von den übermeisten Kommentatoren nicht gebilligt werde. Wenn einmal die Rechtsprechung zu Gunsten der Arbeiter sei, so solle man doch nicht sofort die Klinik der Gesetzgebung in Bewegung setzen. Der Arbeiter habe durch seine Beiträge einen Anspruch auf Sterbegeld aus der Krankenkasse erworben. Dem wurde entgegengehalten, daß eine öffentlich rechtliche Versicherung vorliege und der Arbeiter nur aus einer Klasse Sterbegeld erhalten dürfe. Der Regierungsvorschlag wurde mit allen gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Massenselbstmorde von Soldaten.

Aus Hannover wird gemeldet:

Wiederum haben sich in Hannover zwei Soldatenelbstmorde ereignet. Der Mann Hinrich von der ersten Schwadron des Königs-Ilanen-Regiments erschoss sich mit seinem Karabiner, den er mit Wasser geladen hatte. Ferner beging der Füsiliere Kühne von der zweiten Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 74 Selbstmord. In den letzten sechs Wochen sind hier vier Selbstmorde von Soldaten vorgekommen, darunter drei beim Königs-Ilanen-Regiment.

Drei Soldatenelbstmorde binnen 6 Wochen bei einem Kavallerie-Regiment, das nur 600 Mann zählt! Hoffentlich erfährt man nächstens auch etwas über die Ursachen dieser Massenselbstmorde.

Eine unerhörte Soldatenmishandlung ist in Potsdam beim 1. Garde-Ilanen-Regiment vorgekommen und hat einerseits den Mißhandelten zum Selbstmord getrieben, andererseits aber nunmehr auch zur Verhaftung der Schuldigen geführt. Der Sachverhalt ist folgender: Bei der 6. Schwadron des 1. Garde-Ilanen-Regiments diente im zweiten Jahre als Freiwilliger der noch nicht ganz 20 Jahre alte Mann W. Würzberg. Derselbe ist der Sohn eines Fleischermeisters aus Thüringen und hatte im vorigen Monat zu dienstlichen Rügen Veranlassung gegeben. Der zweitälteste Wachtmeister des Regiments, Fuchs, hat nun dem Manne gegenüber seine Dienstgewalt in unerhörter Weise gemißbraucht. Zwei Unteroffiziere mündeten Würzberg halten und über einen Tisch legen, während ein Gefreiter mit einem Stock unbarmherzig auf ihn einschlugen mußte. Würzberg wurde infolge dieser Mißhandlung krank und kam ins Lazarett, aus welchem er am 16. Februar als geheilt entlassen wurde, aber noch als Revierkranker dienstfrei verblieb. Dem Manne war aber infolge der Mißhandlungen das Soldatenleben richtig verleidet, er entfernte sich heimlich aus der Kaserne und begab sich in den Wald auf dem Branhauerberg, wo er sich mittels eines mitgenommenen Karabiner-Reinigers an einem Baum, den er erkletterte, erhängte. Seine Leiche wurde am 17. Februar von einem Unteroffizierhäufel aufgefunden, nachdem Würzberg vergeblich im Potsdam und auf dem Bahnhof durch Vorgesetzte gesucht war. Nachdem er beerdigt war, rückten seine Angehörigen nicht, bis Klarheit in die dunkle Angelegenheit gebracht und die Peiniger des Mannes ermittelt waren. Am Mittwochabend wurden sowohl der Wachtmeister Fuchs wie die übrigen bei der Mißhandlung Würzbergs thätigen Personen in Untersuchungshaft abgeführt.

Wegen arger Mißhandlung eines Rekruten wurde vom Kriegsgericht der Unteroffizier Schmier von der 2. Esadron des Jüchen-Ilanen-Regiments in Rathenow zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Sein Opfer war ein Husar, welchen er mit dem Säbelstoß

derartig heftig in die Seite gestoßen hatte, daß derselbe lebensgefährlich erkrankte. Zum Termin mußte der Husar auf einer Tragebahre befördert werden. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte gegen Schmier ein Jahr drei Monate Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Derselbe kam aber mit einer gelinden Strafe davon.

„Ein minder schwerer Fall.“ Aus Halle wird berichtet: Eine unerhörte brutale Soldatenmishandlung, die mit einer auf-fallend gelinden Strafe geahndet wurde, beging der Unteroffizier Paul Kupfernagel vom Füsiliere-Regiment Nr. 33. Er war vor dem Kriegsgericht der 8. Division wegen vorläufiger Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt, weil er am 28. Januar in der Kaserne den Füsiliere Stephan während Ausübung des Dienstes wegen einer Bogatelle mit der vollen Faust zweimal so heftig gegen die Wange geschlagen hatte, daß der Geschlagene einen vollständigen Bruch des linken Kinndarmkanals erlitt und längere Zeit im Lazarett zubringen mußte. Der Angeklagte räumte die That ein und behauptete in Erregung gehandelt zu haben. Stephan habe am 28. Januar, dem Tage nach Kaisers Geburtstag, die Petroleumlampe nicht in Ordnung gehalten und seine Sachen nicht genügend gereinigt gehabt. Die Petroleumlampe war nämlich nicht ausreichend mit Öl versehen, weil Stephan von dem Füsiliere Petroleum nicht erhalten hatte. Darüber war der Unteroffizier so wütend und gab dem Stephan, der aber sofort auf seine Anregung Petroleum geholt hatte, den ersten Faustschlag ins Gesicht. Später bei dem Auftreten erhielt Stephan von dem Vorgesetzten, der nun einmal ärgerlich war und nun an Stephens Sachen etwas auszufehen hatte, einen zweiten Faustschlag ins Gesicht. Der Verlegte wurde in das Lazarett aufgenommen. Der Arzt befandete, daß der Angeklagte mit seinem an und für sich schon kräftigen muskulösen Arm sehr derb zugeschlagen haben müsse. Der Verlegte habe erst nur Flüssigkeiten genossen können, jedoch sei der Bruch wieder geheilt. Der Angeklagte wies darauf hin, daß er Anti-Alkoholiker sei, er aber am vorhergehenden Tage gelegentlich der Kaiser-Geburtstagsfeier acht bis zehn Glas Bier getrunken habe. Er hätte unter der Einwirkung des Alkohols gehandelt. Der Arzt bestreitet dies aber. Des Angeklagten Hauptmann befandete dann noch, daß der Angeklagte zuweilen religiöse Versammlungen besuche, in denen nur Getränke wie Thee verabreicht würden. — Während der Anklageperiode zwei Monate Gefängnis gegen den Angeklagten beantragte, erlachte das Gericht auf drei Wochen Mittel-arrest, da ein minder schwerer Fall angenommen worden sei.

Der Regierungspräsidenten-Schub, der in letzter Zeit vorgekommen wurde, ist teilweise als Strafverletzung aufgefaßt worden. So hat der von Hannover nach Magdeburg beförderte Regierungspräsident v. Brandenstein seinen Abschied eingereicht und ist zur Disposition gestellt worden. Nach Magdeburg ist nunmehr der Ober-Regierungsrat Dr. Paly aus Breslau berufen worden.

Ein Studenten-Prozess.

Marburg, 11. März. (Fig. Ver.) Zu der Nacht vom 14. auf den 15. Dezember v. J. fand hier ein Studentenaufruhr statt, über den auch nach der Frankfurter Zeitung im „Vorwärts“ kurz berichtet wurde. Der Vorgang war folgender: In der fraglichen Nacht zog eine Schar Studenten aus einer Wirtschaft auf den Marktplatz, um daselbst einen Salamander zu reiben. Von einem Schutzmann wurden sie hierin gestört, der auch einen von ihnen mitnahm, um in der Wachtstube auf dem Rathause seinen Namen festzustellen. Inzwischen sammelte sich vor dem Rathause eine größere Menge Studenten an, die allerlei Ständchen machten. Es wurden von den Karrenmachern etliche auf die Wachtstube gebracht. Während dies geschah, versuchten die an den stehenden Studenten mit Mauer- und Wadsteinen die Rathausstür zu verrammeln. Ein Schutzmann, der im Innern des Rathauses stand, gebrauchte hierbei den Ausdruck: „Studenten wollt ihr sein? Lausbuben seid ihr!“ Bei der nun erfolgenden Festnahme von Studenten nannten diese die Schutzleute „Lausbuben“, wollten ihnen in die „Presse“ schlagen und wirklich erhielt auch ein Schutzmann einen Schlag ins Gesicht. Einer der Offiziere legte sich hin, so daß er mit einer Kette geschlossen werden mußte, um ihn überhaupt auf die Wachtstube transportieren zu können. Hier verübten die Studenten nun allerlei Unfug: man riß den Schulheuten die Notzettel fort, sang Anekdotten und rümpelte das Wachtlokal. Gestern wurde nun vor hiesiger Strafkammer über den Fall verhandelt. Neun Studenten waren es, die sich wegen Verübung ruhestörender Lärmes, Unfug, Verleumdung, Widerstand und tätlichen Angriffs auf einen Beamten zu verantworten hatten. Wegen des letzteren Delikts erfolgte indessen keine Verurteilung. Der Staatsanwalt nahm die Studenten in seinem Plädoyer zwar scharf mit, meinte aber selbst, wenn die Angeklagten nicht Studenten wären, würde hinsichtlich der zu bemessenden Strafe die Tonart ganz anders lauten. Also kann man sich schon ein Bild davon machen, wie die „Tonart“ gelaunt haben würde, wenn es Arbeiter gewesen wären. Das Urteil lautete gegen fünf der Angeklagten wegen des ruhestörenden Lärmes auf je 5 M. Geldstrafe, gegen die anderen wegen der übrigen Delikte auf je 10, 15, 20 und 30 Mark Geldstrafe. Aus den Gründen ist von Interesse, daß der Gerichtshof der Meinung ist, daß der Schutzmann, der die Studenten „Lausbuben“ genannt hatte, wissenschaftlich nicht die Unwahrheit gesagt habe.

Wahlvorbereitungen.

Dr. v. Hertling, der bekannte Centrumsabgeordnete, lehnt die Wiederübernahme der Kandidatur ab. In seinem bisherigen Wahlkreis Illertissen ist nun Landtags-Abgeordneter Farrer Hebel aufgestellt.

Duisburg - Rülheim - Ruhrort. Hier stellt die Centrums-partie den Arbeiterssekretär Alst aus Essen-West, einen früheren Metallarbeiter von der Firma Krupp, als Kandidaten auf. Der Wahlkreis ist nationalliberaler Besitz.

Nationalliberale und Centrum. Die Kölner National-liberalen haben dieser Tage Stellung zur Reichstagswahl genommen. Ihr Führer, Prof. Moldenhauer, meinte bei der Gelegenheit: Das Kölner Centrum arbeite jetzt schon fieberhaft, um ohne Stichwahl zu siegen, woran er aber nicht glaube. Die Socialdemokratie werde wahrscheinlich einen beträchtlichen Stimmenzuwachs haben; wegen seiner Jollypolitik sei die Stimmung einer großen Zahl von Arbeitern für das Centrum ungünstig. Es könne in Köln so kommen, daß die Stichwahl zwischen Centrum und Socialdemokratie sehr ernst werde; und dann habe die national-liberale Partei den Ausschlag zu geben, sofern sich eine bedeutende Stimmenzahl auf sie vereinige. Dann könne sie austreten und sagen, was sie wünsche. Dann werde das Centrum die Nationalliberalen sehr nötig haben im Kampfe gegen die Socialdemokratie. Der Vorstand habe einstimmig beschlossen, mit einem eignen Kandidaten in die Wahl einzutreten. — Es ist nach diesen Auslassungen schon jetzt gar nicht daran zu zweifeln, daß die nationalliberalen Mannesleuten in Köln bei einer Stichwahl dem Ueberzöhrer Trimbom, der bekanntlich das Volkstheaterschwärmer-Perold unterjochte, die Stimme geben werden. Nur ein Einziger erhob die Stimme gegen die Ansicht des national-liberalen Professors: der Geheimrevisor Vaurat Sajding, Mitglied der königlichen Eisenbahn-Direktion Köln, schlug vor, mit den Socialdemokraten wegen eines Kandidaten-Fähigung zu nehmen; konservativ und Ultramontane seien mittelalterliche Parteien, die Nationalliberalen, Freisinnigen und Socialdemokraten aber moderne Menschen, die sich verständigigen müßten. Es müsse ein Kandidat aufgestellt werden, der alle Stimmen auf sich vereinigen könne, die nicht geschworene Centrumsleute seien. Der Herr fand mit seinem naiven, aber immerhin von liberaler Bestimmung zugehenden Vorschlag natürlich keine Gegenliebe. Die Kölner Nationalliberalen sind, trotz ihrer Reden von der Kultur- und Bildungsfeindschaft der Ultramontanen, Centrumsfrüchte, sobald es gegen die Socialdemokratie geht.

Ausland.

Ein drohender Massenstreik der britischen Bergleute.

London, 10. März. (Fig. Ver.) Man ist hier vielfach der Ansicht, daß England am Vorabend eines gewaltigen industriellen Konflikts steht. Ende dieses Monats wird das im Jahre 1898 abgeschlossene Uebereinkommen zwischen den südwalisischen Bergbesitzern und Bergleuten abgelassen sein, wonach die Lohnverhältnisse auf Grund der gleitenden Skala reguliert wurden. Seitdem sind die südwalisischen Bergleute der „Miners Federation of Great Britain“ beigetreten und müssen selbstredend in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Gesamtorganisation handeln. Auf seinem Kongresse im Herbst 1902 faßte der Verband unter anderem folgende Beschlüsse:

1. Es ist den Einzelorganisationen nicht gestattet, besondere Lohnabmachungen abzuschließen; 2. der Verband ist gegen Lohnregulierungen durch die gleitende Skala und gegen langjährige Lohnverträge; 3. der Verband wird zu Ende des Jahres 1903 in Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern eintreten, um eine gewisse Einheitlichkeit in den Arbeitsbedingungen im britischen Bergbau herzustellen. — Wie bekannt, umfaßt der Verband die bedeutenden Bergarbeiter-Organisationen Großbritanniens (England, Wales, Schottland) mit Ausnahme von Northumberland und Durham.

Auf Grund dieser Beschlüsse kündigten die südwalisischen Bergleute den Vertrag und lehnten die Aufforderung der Bergwerksbesitzer ab, in neue Verhandlungen einzutreten. Aber die Bergwerksbesitzer erklärten: „Wir müssen auf eine dreijährige Abmachung bestehen, da unser Geschäft ein Kontraktgeschäft ist. Die südwalisische Kohle geht nach dem Auslande oder wird von Eisenbahnen und Ozeandampfern verbraucht. Die Bestellungen werden lange im voraus gemacht, so daß wir mit unfrem Betriebes sicher gestellt sein müssen. Wir haben unfrem Bergleuten die besten Bedingungen gewährt, die Leute waren auch beinahe einverstanden, aber der Verband kam dazwischen und machte unfre Verhandlungen zu nichts.“ Nach Ansicht der Unternehmer ist der Verband an allem schuld. Dies stimmt aber mit den Thatsachen gar nicht überein, denn die südwalisischen Delegierten stimmten auf dem Kongresse für die früher angeführten Beschlüsse. Im Grunde genommen ist es nicht die Verschiedenartigkeit der südwalisischen Verhältnisse, sondern die Furcht vor einer einheitlichen, fest zusammenhaltenden Arbeiterorganisation von 350 000 Mitgliedern, die die Unternehmer veranlaßt, auf besondere Abmachungen zu dringen. Sie wollen die Arbeiter in verschiedenartige Interessengruppen spalten, um sie besser beherrschen zu können. Die Führer des Verbandes sind sich darüber vollständig klar. Sie sind entschlossen, die kleinlichen Interessenskonflikte, die die Bergleute so lange auseinanderhielten, zu beseitigen und sich — angeführt des vereinten Kapitals — fester zusammenzuschließen. Als das beste Mittel hierzu betrachten sie die Einheitlichkeit der Arbeitsbedingungen. Es geht jetzt hauptsächlich ein starker Einheitsdrang durch die britische Arbeiterklasse.

Heute sind die Verbandsführer in London versammelt, um über die südwalisischen Schwierigkeiten zu entscheiden. Von diesem Entschiede hängt sehr viel ab. Denn kommt es zu keinem Ausgleich in Südwalles, so wird der ganze Verband der Bergleute Großbritanniens in den Kampf eintreten. —

Belgien.

Das bise Gewissen der Merikalen. Die offiziellen Berichte über die Verhandlungen der Deputiertenkammer werden in Belgien für den geringen Abonnementspreis von jährlich 1,50 Fr. abgegeben. Die Merikalen wollen eine Verteuerung der Berichte herbeiführen; sie befürchten zweifellos, daß sie mehr ihre Verbalten in der Kammer und die Reden der oppositionellen Vinken in dem Volke bekannt werden, sie an Einfluß verlieren. Die Socialisten haben, wie sie in den Debatten, die bereits zwei Sitzungen ausfüllten, erklärten, das gegenteilige Interesse. Sie wünschen, daß die Berichte eine möglichst große Verbreitung finden und beantragen deswegen die Herabsetzung des Abonnementspreises auf 1 Franc pro Jahr; sie hoffen, daß dadurch die Zahl der Abonnenten, welche jetzt 43 000 beträgt, sich erheblich steigern werde. Sie werfen den Merikalern vor, daß diese in ihrer Weise entweder keine oder tendenziös entstellte Berichte über die Kammerverhandlungen veröffentlichen. Der bekannte christlich-demokratische Abg. Daens, der nach langer schwerer Krankheit zum erstenmal wieder in der Kammer erschien, beteiligte sich an der Debatte und trat ebenfalls für Verbilligung ein. Er, der ehemalige Geistliche, warf den Merikalern vor, daß sie den Arbeiter in Demut und Unwissenheit erhalten wollen, damit er ein williger Sklave bleibe. Die Debatten wurden vertagt.

In der Kammer unterbreitete der radikale Deputierte Paul Janson einen Gesetzentwurf, durch welchen der Zuschuß gedeckt werden soll, den der Staat zu den Kosten der Arbeiter-Unfallversicherung zu leisten haben würde. Danach soll auf die Immobilien der Provinzen, Kommunen und Handelsgesellschaften sowie der Seminare und der Religionsgesellschaften mit einer Grundsteuer von 4 Proz. des Wertes belegt werden. Ferner sieht der Gesetzentwurf die Befreiung der Erbschaft in solchen Fällen vor, wo nicht mindestens Verwandte im 6. Grade vorhanden sind.

Spanien.

Der Konflikt im Ministerium dauert fort. Der Finanzminister Villaverde hat der Presse ein Schreiben zugehen lassen, in dem er erklärt, daß er davon nicht abgehen werde, das Gleichgewicht im Budget aufrecht zu erhalten. Werde er damit bei seinen Kollegen nicht durchbringen, so trage er keine Verantwortung für die Kalamität, welche daraus für das Land entstehen werde.

Rußland.

Bestrafter Renegat. Als die russische Regierung vor kurzem mehrere Mitglieder des Hofgerichts zu Kado absetzte, legten bekanntlich die übrigen mit Ausnahme eines Assessors, namens Streng, ihre Kenner nieder. Dieser Assessor Streng machte vor einigen Tagen eine Reise nach Helsingfors und wurde dort am Bahnhof von einer großen Menschenmenge empfangen und seiner unfollegalen Handlungsweise wegen ausgepöbelt. Als er dann einen Wagen nehmen wollte um fortzufahren, wurde er von allen Aufsehern abgewiesen. Auch alle Hotels, wo er sich hinwandelte, weigerten sich ihn aufzunehmen. Die Polizei mußte ihm schließlich eine Privatwohnung verschaffen. Am andern Morgen aber fand man hier ein Plakat angehängt mit der Aufschrift: „Hier wohnt der Verräter Streng.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in der Holzbearbeitungs-Branchen. Wir machen bekannt, daß außer den schon genannten folgenden Firmen Maschinenarbeit ausführen: Eduard Rühlmeier, Köpnickstraße 169; Klapproth u. Hoppe, Admiralstr. 18; Rieß, Krautstraße 4/5; Mühlhorn, Frankfurter Allee 47; Louis Seidemann, Kaufmännischer Platz 16; Erbach, Weidenweg 64. Der Vorstand des Verbandes der Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter.

Vor dem Einigungsamt des Gewerkegerichts wurde gestern über die zwischen der Firma Gebr. Müller, Saligestr. 132, und ihren Arbeitern ausgebrochenen Differenzen verhandelt. Nach mehreren vorausgegangenen Streitigkeiten war am 6. Januar durch Vermittelung des Metallarbeiter-Verbandes ein Vertrag mit der Firma geschlossen, wonach bis zum 1. Juli 1904 weder Abzüge noch Lohnherabsetzungen Platz greifen dürfen. Die Firma hatte jedoch nach und nach acht Arbeiter entlassen, was von ihren übrigen Kollegen

als eine Maßregelung betrachtet wurde, die sie auf das Zustandekommen jenes Vertrages zurückführten. Von der Firma wurde eine Maßregelung entschieden verneint, vielmehr liege die Ursache der Entlassung teils im Mangel an Arbeit, teils in unziemlichen Redensarten der betreffenden Leute. Da eine Wiedereinstellung verweigert wurde, so traten sämtliche Arbeiter der Firma in den Ausstand, was einen fast völligen Stillstand des Betriebes zur Folge hatte. Auf Vorschlag des Einigungsamtes verständigten sich die Parteien dahin, daß der am 6. Januar geschlossene Vertrag seine Gültigkeit bis 1. Juli 1904 behält und daß sämtliche Arbeiter sofort wieder eingestellt werden, mit Ausnahme eines einzigen, der wegen persönlicher Differenzen auf Weiterbeschäftigung verzichtet. Maßregelungen wegen Durchführung des Vertrages dürfen nicht stattfinden.

Die Ansicht des Obermeisters der Tischler-Zunft und Präzident der „Fachszeitung“. In der Möbelzuckererei von Lade, Gneisenaustraße 45, streifen seit einigen Wochen sämtliche Gesellen. Grund der Arbeitsniederlegung war die Verweigerung eines Lohnaufschlags, der um so berechtigter war, als diese Firma bedeutend niedrigere Löhne zahlte wie andere derartige Betriebe. Der Obermeister der Tischler-Zunft hat nun zwar selbst zugegeben, daß hier eine Aufbesserung der Löhne tatsächlich notwendig werden würde in der „Fachszeitung“ die Namen der Streikenden mit dem Vermerk veröffentlicht, sie hätten unbedingte Forderungen gestellt. Gleichzeitig wird versucht, die Werkstatt mit Gesellen vom Zunftnachweis aus der Alexanderstraße zu besetzen. Also, erst giebt man zu, daß die Firma ungebührliche Lohnrückstände ausübt, um dadurch anderen Firmen unläutere Konkurrenz zu machen, dann aber bringt man die streikenden Gesellen nach allen Regeln der Scharfmacherkunst in Verzug. So fördert die Zunft das Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen.

Rater und Anstreicher! Die Differenzen bei der Firma Renzel in Schönberg sind beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben. Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Rater.

Achtung, Former und Gießerei-Arbeiter. Die Gießerei von Eitner ist streng gesperrt! Der Streik bei Gradwitz dauert unverändert fort. Desgleichen der Streik bei Pöhl, Westerst.

Für Pöhl! Wir geben den Mitgliedern des Centralverbandes der Maurer (Sektion Pöhl) hiermit bekannt, daß wegen Differenzen in der Trägerfrage die Sperre über die Bauten des Baumeisters

Taubert verhängt ist und ersuchen, dieselben zu meiden. Augenblicklich kommen folgende Bauten in Betracht: Königl. Charité, Luisenstraße; Schule Charlottenburg, Schloßstraße; Edeling- und Gaudmannstraße-Gasse; Vorberg- und verl. Gleditschstraße-Gasse. Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Die Differenzen der Metallarbeiter in der Metall- und Kunstgießerei der Firma Pöhl, Inhaber Leddihn, sind gestern nach eingehenden Verhandlungen zur Zufriedenheit der streikenden Arbeiter beigelegt worden.

Achtung! Mechaniker, Uhrmacher, Schlosser und Dreher! Der Betrieb von Reiser u. Schmidt ist nach wie vor streng gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Aus Rummelsburg wird bekannt gegeben, daß die für Sonntag, den 15. März, geplante öffentliche Gewerkschafts-Versammlung nicht stattfinden kann.

Deutsches Reich.
An die deutsche Buchdrucker-Gesellschaft wendet sich ein Aufruf, den die Gehilfenvereine im Tarifamt, Tarifausschuß und den Kreisämtern zum Zweck allseitiger Durchführung der Tarifgemeinschaft erlassen. Der Aufruf, dem sich auch der Vorstand des Buchdrucker-Verbandes anschließt, sagt unter anderem: Es müsse mit Beschämung eingestanden werden, daß heute, nachdem die Tarifgemeinschaft bereits sechs Jahre besteht, noch Tausende von Gehilfen zu Bedingungen arbeiten, die mehr oder weniger dem geltenden Tarif nicht entsprechen. Sie drücken dadurch die Löhne ihrer Mitarbeiter und fördern die Schmutzkonkurrenz im Gewerbe. Die Gehilfen, die in noch nicht tariffreien Druckereien arbeiten, werden ersucht, endlich die Einführung des Tarifs zu fordern, oder solche Druckereien zu meiden. Strenger wie zuvor sollen die Tarif-Arbeitsnachweise diejenigen Gehilfen von der Vermittlung ausschließen, die aus nichttariffreien Druckereien kommen. Es gelte als selbstverständlich, daß die Gehilfen in tariffreien Druckereien es ablehnen, mit tarifkränklichen Gehilfen zusammen zu arbeiten. Die Unterzeichner des Aufrufs erinnern die in nichttariffreien Druckereien beschäftigten Kollegen zum letztenmal an ihre Pflicht und fordern sie auf, insgesamt am Sonntagabend, den 21. März, bei ihren Prinzipalen die Einführung und schriftliche Anerkennung des Tarifs höflich, aber bestimmt zu beantragen, und, wenn die Forderung abgelehnt wird,

dies sofort dem Tarifamt mitzuteilen, welches im Laufe der folgenden Woche eine Vermittlung versuchen wird. Bleibt die Vermittlung ohne Erfolg, dann wird erwartet, daß die Kollegen entsprechend handeln werden. Wer aus Anlaß seines Eintretens für den Tarif arbeitslos wird, der soll von dem zuständigen Arbeitsnachweis in erster Linie untergebracht werden.

Die Redaktion des „Correspondent“ sagt in einem der vorstehenden Angelegenheit gewidmeten Artikel: Wenn heute festgestellt werden kann, daß der deutsche Buchdrucker-Tarif von nahezu 4000 Firmen mit etwa 40 000 Gehilfen bezahlt wird, kann es keine Gründe mehr geben, die den Einzelnen bestimmen könnten, sich von der Arbeit behufs Einführung des Tarifs zu drücken. Andererseits kann aber auch die tariffreie Gehilfenschaft nicht dulden, daß fortgesetzt von einer Anzahl Kollegen der Tarif ignoriert und durch deren tarifwidriges Verhalten geschädigt wird.

Achtung, Textilarbeiter und Arbeiterinnen! Bei der Firma Gebr. Pfau in Veitelschän bei Cimmitschau sind Differenzen infolge Lohnkürzungen ausgebrochen. Die Textilarbeiter allerwärts werden ersucht, Zugang nach Cimmitschau zu vermeiden, da die Arbeitseinstellung des ganzen Betriebes nicht ausgeschlossen ist.

Die Schneider in Jena haben am Donnerstag beschloffen, sich mit den Zugeländnissen der Geschäfte der zweiten Tarifklasse einverstanden zu erklären. Es ist daher anzunehmen, daß die am Sonnabend ablaufende Kündigung nicht in Kraft tritt. Die Aussperrung der Gehilfen der ersten Tarifklasse dauert fort.

Ausland.
Streiknachrichten aus Frankreich. Wolffs Bureau meldet: Von 616 Doararbeitern in Havre haben 612 die Arbeit niedergelegt.

In Besfegés (Dep. Gard) sind die Arbeiter des Glaswerkes in den Ausstand getreten; das Werk ist infolgedessen geschlossen worden.

Strassenbahner-Streit bei Siemens u. Halste in Helsingborg (Schweden). Die bei der Strassenbahn-Anlage in Helsingborg angestellten schwedischen Arbeiter haben am 11. März die Arbeit eingestellt. Sie verlangen, daß ihr Stundenlohn von 27 auf 35 Öere erhöht werde. Die Firma Siemens u. Halste hat ihnen jetzt 28 Öere Stundenlohn angeboten.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.
Schriftleitung Berlin.
Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am 11. d. M. unser langjähriges, treues Mitglied, der Steinbildhauer **Karl Ruff** im 41. Lebensjahre nach längerem Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes am Färchensbrunnen Weg (Station Weltens) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein herzensguter Mann, der Drechsler **Hermann Pfunder**, am 12. März nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist. 22465 Witwe Emma Pfunder.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Drechsler **Hermann Pfunder** am 12. März verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes (Weih) aus statt. 79/18 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein hochgeliebter Mann und unser Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Möbelpolierer **Paul Pohl** am 11. d. M. nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Neuen Jakob-Kirchhof, Hermannstraße, statt. 28206

Centralverband d. Steinarbeiter Berlin II. Marmorarbeiter.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz **Karl Vogel** am 12. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem neuen Niddorfer Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt. 172/7 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Socialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Am 10. d. M. verstarb unser Mitglied **Paul Pohl** Möbelpolierer. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 232/6

Danksagung.
Herzlichen Dank allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Feinze für die Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes **Gottlieb Schuhmann**. Die trauernden Hinterbliebenen Frau **Wwe. Schuhmann**. 28286

Verband der Möbelpolierer.
Am 10. d. M. verstarb unser Kollege **Paul Pohl** im Alter von 26 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. März, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem Neuen Jakob-Kirchhof, Hermannstraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 145/15

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und herzlichsten Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und guten Vaters **Eduard Just** sage ich allen, die daran teilgenommen, meinen herzlichsten Dank. 28306 **Klara Just** nebst Sohn.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer. Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 11. März, das Mitglied **August Richter** an der Prostatierkrankheit verstorben ist. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, nachm. 12 1/2 Uhr, von dem Krankenhaus, Mariendorferstraße 3 in Weh nach dem Gräber Kirchhof, Chausseestraße 145. Um rege Beteiligung ersucht **Die örtliche Verwaltung.** S. A.: H. Neuman.

Zur Einsegnung! Uhren Goldwaren etc. zum fast halben Preise. **Barth's Konkursmassen-Ausverkauf** Friedrichstr. 51. 7232*

Dr. Schönemann, Spezialist für Haut-, Horn- und Frauentleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

60 000 Ctr. Kohlen verb. **Josef Fischer** billig ab sein. beid. Lagerplatz **Brambergerstr. 19**, Hauptgeschäft, **Romintenstr. 10**, Zweiggeschäft. 2432* 100 St. Senfent. Brutt. nur 50 Pf. 100 St. Riesenlöcher 7" 90 100 St. Riesenlöcher 7" nur 70 Pf. 1 Ctr. Braunkohlen nur 65 1 engl. Anthracit nur 1,75 99.

Achtung! Militär-Schneider! Achtung!
Sonntag, den 15. März 1903, mittags 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Antworten der Arbeitgeber auf die Forderung der Tarife und unsere weitere Stellungnahme hierzu. 2. Diskussion.
Es ist Pflicht jedes Militär-Schneiders, in dieser Versammlung zu erscheinen. 162/13 **Der Einberafer.**

Verband der Möbelpolierer.
Die Mitglieder, welche noch keine Jahresberichte erhalten haben, können dieselben heute abend in den Zahlstellen in Empfang nehmen.
Morgen Sonntag, vormittags 9 Uhr, Ruffenstraße 40:
Morgensprache.

Montag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **G. Reuter** über: „Die geheimen Gesellschaften in alter und neuer Zeit.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 1/2 Uhr, findet für die Mitglieder die **Besichtigung der Druckerlei des „Vorwärts“**, Lindenstraße 60, statt.

Montag, den 23. März, bei Keller, Koppenstraße 29:
Gr. Projektionsvortrag über: „Eine Reise nach Spitzbergen“ mit farbigen Lichtbildern, von **Dr. M. Wilhelm Meyer**. Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pfennige. Mitglieder haben freien Eintritt. 145/14 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Klempner Berlins bei Keller, Koppenstr. 29. 113/6
Tages-Ordnung: 1. Was fordern wir zum 1. April? 2. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**
Kollegen! Die Arbeitgeber wollen einen Vertragsbruch begehen! Es gilt deshalb, alle Mann anzutreten am Sonntag, damit die Herren sehen, daß die Berliner Kollegen einmütig gegen jede Umgehung unserer Abmachungen protestieren. Trotzdem der Vertrag unterzeichnet ist, versucht man eine Umgehung desselben. Damit zwingt man uns, daß wir in Zukunft noch größere Garantien für die Innehaltung des Vertrages fordern. Also, Kollegen! Ihr seht, was auf dem Spiele steht, darum muß jeder Kollege zur Stelle sein. D. C.

Centralverband der Maschinisten und Keizer sowie Berufsgenossen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin).
Sonntag, den 15. März, nachm. 5 Uhr, bei Volgt, Ritterstr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht der Beschwerdekommission. 138/11
Nachdem: Vortrag des Zitherklub und gemüthliches Boissamensein.
Die Kollegen werden gebeten, mit ihren Angehörigen, besonders ihren Damen, zahlreich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Mitglieder der Achtung! Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler u. a. gewerbl. Arbeiter. (Oertliche Verwaltung Berlin B.)
Montag, den 16. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal VII):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des Ortsführers. 2. Neuwahl eines Beitragssammlers. 3. Besichtigung des Kassenangelegenheiten. 151/3
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

bewährteste Nahrung für Kufeke's Kinder gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

Charlottenburg.
Volkshaus-Verein, Rosinenstr. 3.
Sonntag, den 15. März:
Kunst-Abend humoristischen Inhalts.
Vortrag: Kunst und Reaktion. Referent: Herr Dr. Max Albrort. Nach dem Vortrage: Gesang, Recitationen etc. von erstklassigen Künstlern. Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.** 284/13
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Programm 25 Pfennig bei Gwald, Schlüterstraße 60, und an der Kasse.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 29. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1902 durch den Revidenten. 2. Bericht des Rechnungs-Auditors bezw. Decharge-Erteilung. 3. Abänderung des § 11 des Statutens. 28255
4. Verschiedenes.
Der Vorstand. Otto Wollsch, Schriftführer.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme (Endstation der „Starn“-Dampfer) Telefon: Inhaber: **Hermann Peter**. Grünau No. 39. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Bald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Regelmäßige, große Kaffeeläden. Zäle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Jede Uhr zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. **Dulaten-Training, 900 gest., 14, Dukat 15,50, 2 Dukaten 30,50.** Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echl Rathenower Brücken, Vincenz, Opencglater. 2052* **T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.**

Die schönsten Herren-Monatsgarderobe
Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speciell 6061*
n. Cavalieren zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Fig. pass., sind in gr. Anzahl, stets zu inausend billigen Preisen zu haben. **J. Wand,** an der Wasserhofsstraße. Bequeme Fahrverbindung. 2. Geschäft: **Gr. Frankfurterstr. 116,** an der Andreasstraße.

Landparzellen am Bahnhof Biesdorf. 1. Station hinter Lichtenberg. Stadtbahnverkehr gesichert. **Quadratruete 12 M. an, 1/2, Anzahlung, 1a Gartenboden.** **Nieschalke, Rieger u. Co.,** Gontardstr. 5. Verkäufer auf dem Terrain.

A. Stippekohls Restaurant Köpenick, Schönriederstr. 5. Arbeiter-Vertebralokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt. **Baustellen** in Erkner, Dahendorf, □-Rute von 8 1/2, billigst gelegen, bequeme Anfahrtsbedingung. ver. Schulz, Niddorfer, Weststr. 92. Vermittl. gel. u. erhalten Land gratis.

Versuche Dein Glück! in d. bekannten Glückskollekte **J. Rosenberg,** 51 Kommandantenstr. 51. Berliner Loto à 1 M. Königsberger Loto à 3 M.

Charlottenburg. M. Schomerberg 1882* Wilmersdorfer Straße 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Uhrmacher werden schmerzlos gelodet.

Groß-Destillation Wirtel-Stube 7222* **Martin Berndt,** Pringen- u. Ritterstraße-Gasse.

Gesangbücher von 1,25 Mk. an. Album- und Lederwaren-Fabrik **Oskar Gundau,** 830L* Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstraße. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 14. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der König des Sibirien. Zweiter Abend: Die Salkire.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Deutsches. Donna Anna.
Berliner. Das Mädchen von Heilbronn.
Leffing. Der blinde Passagier.
Neues. Erdgeist.
Reichens. Lulu (Loute).
Westen. Der Postillon von Lonjumeau.
Central. Gräfin Pepi.
Thalia. Der Cameliennel.
Belle-Alliance. Er. Die Dame aus Trouville.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Don Gil.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.) Die Braut von Messina.

Carl Weich. Das Jungfernstift.
Buntes. Jugend.
Süßen. Der Meineidbauer.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Hofbräuer.
Cosmas. Berliner Herzen.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Säng.
Treibel. Steidl-Sänger.
Vasage-Theater. Spezialitäten.
Vasage-Vasoprimus. Spezialitäten.
Palast. Geschlossen.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Invalidentheater. 57/62. Stern-
marke. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Central-Theater
Täglich Gastspiel
der Wiener Operetten-Gesellschaft.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gräfin Pepi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, 15. März, nachm. 3 Uhr,
halbe Preise: Die Schöne von New York.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliennel.
Feste mit Gesang u. Tanz in 3 Akten
von R. Lepziger.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.
Sonntag, 15. März, 3 Uhr: Die
Geier-Walze.

Luisen-Theater.
Der Meineidbauer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachm. 3 Uhr zu kleinen
Preisen: Die Räuber.
8 Uhr: Lumpenackergang.
Montag: Preciosa.
Dienstag: Die Dame-Else.
Mittwoch: Preciosa.
Donnerstag: Lumpenackergang.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Beder.
Deutsch von Max Schönau.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 15. März, 3 Uhr:
Seine Kammerzofe.

Buntes Theater.
Jugend.
Sonntagabend 8 Uhr:
Logenbrüder.
Sonnabend, 21. März:
Subskriptions-Redoute
(Alt-Heidelberg.)
Casino-Theater
Lothringersstr. 37.
9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Ausstreuen sämtlicher Spezialitäten.
Anfang Sonntag, 7 1/2 Uhr, 8 Uhr.
Sonntag, 4 Uhr: **Genore,**
die Grabbebrant. Dazu Ausstreuen
sämtl. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Er“. Drama in 1 Aufzug.
Hierauf:
Die Dame aus Trouville.
Schwank mit Gesang und Tanz in
drei Akten.

Bernhard Rose-Theater
Ladestraße 58.
Sonntag, den 15. März 1903:
Preciosa.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten
von Rud. Alexander Wolf.
Musik von Carl Maria von Weber.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Mittwoch, den 18. März: Benefiz
für Carl Lehmann. Die schöne
Ungarin. Feste mit Gesang in 4 Akten.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Fern-Palast.
Sonnabend, 14. März: Geschlossen.
Sonntag, den 15. März:
Die Gräfin von der Hadel.
Lebensbild mit Gesang v. Jacobsohn.
Das Elite-März-Programm.
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Steidl-Theater
Linden-
straße 132. Dramen-
burger Thor.
Neu! Nießen-Erfolg!
Wasserratten.
Lebensbild von Rich. Steidl.
Ferner u. a.: Steidl: Die Wette
von Marienburger, Schewerl und
Haas: Die lustigen Oberbären.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Bewerben 40).
Spertheil 1,00. Loge 1,50.
Jeden nachmittags 4 Uhr: Kinder
die Hälfte: Mons. Layals
Cirkus und Affen-Theater.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Str. 77/79.
Direktion: Carl Navorland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
März-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.
**Grosser
Bock-Trübel.**
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambrius
mit Gefolge.

Sanssouci.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Säng.
Nach jeder Seire:
Tanz-Kränzchen.**
Reu!
Stoß Dir bloß nich'n
Kopp an die Hochbahn.
Säle zu Festlichkeiten.

**Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.**
Jeden Tag:
**Der schöne Max aus
Franz. Buchholz.**
Heute: **Dochtbierch.**
Im Kaiser-Saal:
**Norddeutsche Säng.
und Tanz.**

Städtl-Theater
Linden-
straße 132. Dramen-
burger Thor.
Neu! Nießen-Erfolg!
Wasserratten.
Lebensbild von Rich. Steidl.
Ferner u. a.: Steidl: Die Wette
von Marienburger, Schewerl und
Haas: Die lustigen Oberbären.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Bewerben 40).
Spertheil 1,00. Loge 1,50.
Jeden nachmittags 4 Uhr: Kinder
die Hälfte: Mons. Layals
Cirkus und Affen-Theater.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
Anfang: Sonntags 7,
Wochentags 8 Uhr.
„Dünnel-Grössen.“
Parodie-Burleske
von Wagnel.

Wintergarten
Vollständig
Neues Programm:
Hambory, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
Sha, die 4 Elemente.
Lilke Carlsen, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sidy Nirvana, Lobende Bilder.
Circling the Circle.
Operetten-
Sängerin.
Gabriela Juniori, Pariser
Soubrette.
Neues Ballett-Diversionsamt,
„Das Fest des Lucullus“
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

Wasserratten.
Lebensbild von Rich. Steidl.
Ferner u. a.: Steidl: Die Wette
von Marienburger, Schewerl und
Haas: Die lustigen Oberbären.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Bewerben 40).
Spertheil 1,00. Loge 1,50.
Jeden nachmittags 4 Uhr: Kinder
die Hälfte: Mons. Layals
Cirkus und Affen-Theater.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.

Sternwarte
Invalidentrasse 57/62.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5,
Ende 11 Uhr.
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.

Boxkampf
des amerikanischen Meister-
schaftsboxers Young Fitzsimmons
und des austral. Preisboxers
Jack Lewis.
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Guns Berlin sorbriecht sich
noch immer den Kopf über
die schwebende
AGA
Jungfrau.

Apollo-Theater.
Heute: Die schöne Galathée.
Ferner: Sensationelle Spezialitäten.
Novellos. 4 Garganis. Rob. Steidl u.

Cake-Walk
1. im Salon
2. in Amerika
3. in der Hölle
Die 5 Barlusaalstanzorinnen.
Sonntag, 15. März: Frau Luna. R. Fr.
Sonntagabend: Die schöne Galathée.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
**Neuestes!
Allerneuestes!**
Révue in 5 Bildern von J. Proust.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid. Frid, Flora Sidling, Wini Grabitz.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Trianon-Theater.
Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Linienstr. 13/14.
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred. Gröfoc
und Francis de Croisiel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstmalig: **Don Gil.**
Komödie in 4 Akten, nach dem Volken
des Urso de Kolna von Fr. Adler.
Sonntag, 15. März, 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Montagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller.
Sonntag, 15. März, 3 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonntagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Montagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Cirkus Schumann
Sonnabend, den 14. März 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Soirée.
Wieder das Neueste. Immer das
Neueste. Nur das Neueste.
Miss Alix
mit ihrem Motor-Car
Looping the Hoop.
Das phänomenale Programm
und
Die lustigen Keidelberger.

Morgen: 2 Vorstellungen. Nach-
mittags: **1 Kind frei!** Pierrots
Weihnachten und der Bonbonregen.
In beiden Vorstellungen Looping
the Hoop.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
Anfang: Sonntags 7,
Wochentags 8 Uhr.
„Dünnel-Grössen.“
Parodie-Burleske
von Wagnel.

Wintergarten
Vollständig
Neues Programm:
Hambory, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
Sha, die 4 Elemente.
Lilke Carlsen, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sidy Nirvana, Lobende Bilder.
Circling the Circle.
Operetten-
Sängerin.
Gabriela Juniori, Pariser
Soubrette.
Neues Ballett-Diversionsamt,
„Das Fest des Lucullus“
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstmalig: **Don Gil.**
Komödie in 4 Akten, nach dem Volken
des Urso de Kolna von Fr. Adler.
Sonntag, 15. März, 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Montagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller.
Sonntag, 15. März, 3 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonntagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Montagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Cirkus Schumann
Sonnabend, den 14. März 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Soirée.
Wieder das Neueste. Immer das
Neueste. Nur das Neueste.
Miss Alix
mit ihrem Motor-Car
Looping the Hoop.
Das phänomenale Programm
und
Die lustigen Keidelberger.

Morgen: 2 Vorstellungen. Nach-
mittags: **1 Kind frei!** Pierrots
Weihnachten und der Bonbonregen.
In beiden Vorstellungen Looping
the Hoop.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
Anfang: Sonntags 7,
Wochentags 8 Uhr.
„Dünnel-Grössen.“
Parodie-Burleske
von Wagnel.

Wintergarten
Vollständig
Neues Programm:
Hambory, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
Sha, die 4 Elemente.
Lilke Carlsen, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sidy Nirvana, Lobende Bilder.
Circling the Circle.
Operetten-
Sängerin.
Gabriela Juniori, Pariser
Soubrette.
Neues Ballett-Diversionsamt,
„Das Fest des Lucullus“
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinet.
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag 4 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Der arme Heinrich.**
Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Sonntag:
Berlin wie es weint und lacht
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: **Es.**

Carl Weiss-Theater.
Am. 4 Uhr: Rudersdorf. 10, 20, 40 Pf.:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.

Reichstag.

288. Sitzung. Freitag, den 13. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Gohler, Schr. v. Thielmann. Präsident Graf v. Helldorf teilt mit, daß der Abgeordnete v. Döbenburg (L.) sein Mandat niedergelegt hat. (Große Heiterkeit links.)

Die zweite Beratung des Militäretats wird beim Extra-Ordinarium, Titel: Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das 6. Armee-corps (Rehhammer) fortgesetzt.

Die Kommission beantragt dazu folgende Resolution: Den Reichstanzler zu ersuchen, bei künftigen Anforderungen für neue Truppenübungsplätze zuvor genaue Entwürfe und Kostenaufschläge feststellen und den Grundverwerb durch Vorverträge sichern zu lassen.

Kriegsminister v. Gohler: Ich war bei der Beratung dieses Titels in der Budgetkommission, wegen eines Immediatvortrages im Schloße, nicht anwesend und will daher hier folgendes zur Klärung der Sachlage mitteilen. Aus den in der Kommission mitgeteilten Zahlen sind Angriffe gegen Persönlichkeiten entstanden, die ich für nicht gerechtfertigt halte. Der Plan, einen neuen Übungsplatz in Schlesien zu erhalten, bestand schon seit langem. Die Angebote aus Ober- und Mittelschlesien waren aber stets zu teuer. Schließlich wurde dieser Platz in Niederschlesien als besonders günstig befunden. Die Veranschlagung fiel günstig aus, aber es wurde von vornherein betont, daß der Ueberblick im einzelnen durch das unzureichende Kartenmaterial und die dichte Waldbedeckung sehr erschwert sei. Dementsprechend wurde im Etat für 1896 auf diese Verhältnisse hingewiesen und ausdrücklich betont, daß die Schätzungen nur insofern zutreffend wären, als die Verhältnisse der übrigen Übungsplätze auf diesen Platz übertragbar wären. Demgegenüber, was Herr Sattler gestern gesagt hat, möchte ich betonen, es handelt sich hier gar nicht um eine Staatsüberführung, ganz im Gegenteil: Es sind damals bewilligt worden 6 Millionen, davon sind ausgegeben 4 130 000 M. Ich habe absichtlich Veranlassung genommen, die Sache jetzt zur Sprache zu bringen, damit es nicht zu einer Staatsüberführung kommt. Ueber die 6 Millionen hinaus ist noch kein Betrag irgendwie gebunden. Daher mußte jetzt zunächst die Sache hier klargestellt werden. Ich denke, daß das den Wünschen der Budgetkommission und des Reichstages entspricht. (Sehr richtig! rechts.) Der Übungsplatz ist im Besitze des Grafen Dohna. Er für seine Person hat auf das Geld keinen Anspruch. Es ist Familienbesitz. Das Oberlandesgericht Breslau verwaltet die Summe. Seine Person schaltet also ganz aus. Die Schätzungen sind sehr sorgfältig vorgenommen. Sehr schwierig war die Schätzung des Waldbesizes. Der Oberförster Müller hat sich als absolut zuverlässiger und tüchtiger Mann erwiesen, und kam zu einer Summe von 2 1/2 Millionen. Er ging dabei von dem Gedanken aus, der Wald bleibe bestehen. Und welche Nutzung kann aus ihm geholt werden, wenn man ihn weiter bewirtschaftet. Späterhin hat Graf Dohna eine andere Schätzung eingereicht, die außerordentlich schlagmäßig war und rechtlich nicht zu widerlegen. Er ging von dem Nutzungswert des Grund und Bodens aus und schätzte diesen auf 3 1/2 Millionen. So viel stand uns nicht zur Verfügung. Das Kriegsministerium wurde nun unsicher, ob die erste Schätzung richtig war und ernannte neue Sachverständige, die sich im wesentlichen der ersten Schätzung angeschlossen und auf 2 400 000 M. kamen. Wir waren bereit, diese Summe zu zahlen. Das Angebot wurde abgelehnt, meines Erachtens durchaus mit Unrecht. Die Expropriation wurde erwogen, aber aufgegeben, weil man riskiert hätte, daß eine zu hohe Schätzung dabei herauskam und die Sache sich jahrelang hätte hinziehen können. Der Verkäufer schlug vor einen Obergutachter zu ernennen. Das wurde acceptiert unter der Bedingung, daß der Befassende eine Autorität, unabhängig und vom Landwirtschaftsminister persönlich ernannt sei: Dieser schätzte auf 2 740 000 M., also 340 000 M. mehr für uns, während Graf Dohna 760 000 M. weniger erhielt. 60 000 M. wurden weiter für einen Waldbrand abgezogen, der Verkäufer muß die Kosten für die Entwässerung der Parzellen tragen, die letzten Raten brauchen wir erst 1903 und 1904 zu zahlen, was einen großen Jinsverlust für den Verkäufer bedeutet, wir haben auch darauf verzichtet, das Auslandsgelände zu kaufen, dies stellt der Verkäufer unentgeltlich zur Verfügung und erhält einen Baum um daselbe auf seine Kosten. Er erhält dafür nur 20 000 M. einmalige Abfindung.

Es handelt sich gar nicht um den Dehnalchen Besitz allein, sondern auch um die darumliegenden Wiesen, Wälder, Wirtschaftsgebäude usw. Im Durchschnitt ist pro Hektar 643,70 Mark gezahlt worden. Das ist eine sehr geringe Summe. (Sehr richtig! rechts.) Der Kauf an sich ist also durchaus günstig gewesen. Die Verrechnung ist sehr eingehend vorgenommen worden, aber unsere ganzen Dispositionen sind durch höhere Gewalt über den Haufen geworfen. 1000 Hektar Wald sind vollständig abgebrannt (Hört! hört!) und durch Ueberspringen nach dem Nachbargrundstück auch noch 700 Hektar. Außerdem haben wir durch hohe Löhne auswärtige Arbeiter heranzuziehen gesucht, um der Landwirtschaft die Kräfte nicht zu nehmen. Der Beschluß der eingehenden Konferenzen im Kriegsministerium konnte nur der sein, daß der Platz unbedingt ausgeräumt werden mußte. Der Baumbestand war durch den Brand völlig wertlos geworden, ja gefährlich, da die Bäume umzufallen drohten. Die Kosten wurden auch dadurch noch erhöht, daß wir auf Verlangen der Nachbarn eine Sicherheitszone für das Feuer von 80 Meter Breite anlegen mußten. Daß unter solchen Umständen der Voranschlag überschritten wurde, versteht sich von selbst. Dazu kommt noch, daß die Holzpreise plötzlich lanten. (Hört! hört! rechts.) Wenn irgendwo eine Koefone abreimt, werden ohne weiteres 2 oder 3 Millionen zum Bau einer neuen Kaserne bewilligt. Verlässlichen Sie also auch hier die außergewöhnlichen Umstände.

Zum Transportverwe wollten wir den von den dortigen Gemeinden in Aussicht genommenen Weg von Lorenzdorf nach Sagan benutzen. Die einzige Strecke, die nicht gebaut wurde, war nun gerade diese Strecke. Auch hierdurch entstand ein erheblich größerer Kostenaufwand.

Nun kommt noch ein wichtiger Punkt. Wenn die Eisenbahnstation endlich angelegt wird, liegt sie auf dem anderen Ufer des Ducia. Darüber führt eine Holzbrücke, die voraussichtlich den Transport nicht lange mehr aushalten wird. Also muß auch noch eine neue Brücke gebaut werden.

Ich hoffe, daß Sie aus meinen Ausführungen erkennen, daß es sich um gar keine Staatsüberführungen handelt. Ich bitte um Ihre Zustimmung, zu den höchstens drei Millionen betragenden Mehrkosten. Ich habe diese Angelegenheit so ausführlich auseinandergesetzt, damit Sie sehen, daß ich aus meinem Verhalten durchaus keinen Hehl mache. Ich bin bereit, mich kontrollieren zu lassen. Bedenken Sie, daß es sich in diesem Fall lediglich um Schätzungen gehandelt hat. Durch die außergewöhnlichen Umstände ist die Mehrforderung entstanden, um deren Bewilligung ich das Haus bitte.

Abg. v. Sadowitz (Hr.): Ich bin durchaus nicht voreingenommen für den Weg in Mallwitz. Es war vorzuziehen, daß der Voranschlag überschritten werden würde, schon aus dem Grunde, weil früher eine viel zu niedrige Summe in den Etat eingestellt war. Nun kommt aber noch eine ganze Reihe besonderer Umstände hinzu, die nicht vorausgesehen werden konnten. Das Holz, auf dessen Verkauf man rechnete, verbrannte, außerdem erhöhten sich die Bodenkosten, da bekanntlich verholzte Stämme viel schwerer auszuräumen sind. Ich muß zugeben, daß der Reichstanzler sofort von diesen Ueberforderungen in Kenntnis gesetzt werden mußte, denn er ist der einzige Verantwortliche. Dies war um so notwendiger, als wir im Reich keinen Finanzminister haben, der die Einzelheiten kontrolliert.

Nun haben sich einzelne Blätter des Falles bemächtigt und gegen den Grafen Dohna allerlei Verdächtigungen erhoben. Demgegenüber weise ich auf einen Artikel des Kollegen Müller-Sagan in der „Breslauer Zeitung“ hin, in dem ausdrücklich zugegeben wird, daß gegen den Grafen Dohna kein Vorwurf erhoben werden könnte. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Bebel (Soe.):

Der Herr Kriegsminister meinte, eine Staatsüberführung liege überhaupt nicht vor. Die Frage ist doch aber, ob der Reichstag seiner Zeit bereit gewesen wäre, den Truppenübungsplatz zu bewilligen, wenn er gewußt hätte, daß er statt 6 Millionen 9 Millionen kosten würde. Normal hat ja der Herr Kriegsminister recht, thafächlich liegen aber doch die Dinge anders. Das Uebel liegt darin, daß wir keiner Zeit einen Anschlag nur in Pausen und Bogen hatten und nicht wußten, wie die 6 Millionen im einzelnen verwaltet werden sollten. Der Kriegsminister hätte von vornherein in dem Augenblick an den Reichstag kommen müssen, als sich herausstellte, daß der anfangs in Aussicht genommene Preis bedeutend erhöht werden mußte. Wie konnte der Kriegsminister in seinem Kostenaufschlag von einem Kaufpreis von 2 300 000 M. sprechen, während er doch noch gar nicht wußte, ob der Verkäufer diesen Preis acceptieren würde. Das ist doch kein budgetmäßiges, konstitutionelles Vorgehen. In dem Glauben, daß dieser Kaufpreis der endgültige sei, hat die Mehrheit des Reichstages diese Forderung bewilligt. Und in dem Augenblick, wo sich die Mehrforderung von 700 000 M. herausstellte, hätte der Herr Kriegsminister die Pflicht gehabt, dem Reichstage davon Mitteilung zu machen. Denn er hat doch sicher nicht geglaubt, daß er die 700 000 M. anders herauswirtschaften könne. Von der Ueberforderung wußte der Kriegsminister jedenfalls schon im Jahre 1897, als die ersten Arbeiten auf dem Plage vorgenommen wurden. Der große Unterschied in den Schätzungen der Sachverständigen ist um so auffällender, als bei der doch nicht kleinen Zahl von solchen Schätzungen noch nie derartige Vorkommnisse vorgekommen sind. Ich bin weit entfernt, irgend einer Person Vorwürfe machen zu wollen. Ich bin allerdings überzeugt, daß die Herren, die mit dem Reich und dem Staat Geschäfte machen wollen, bestrebt sind, so viel wie möglich dabei für ihren Besitz herauszuschlagen. Die Hauptfrage ist, daß die betreffenden Behörden dafür sorgen, daß sie nicht über's Ohr gehauen werden. Aber auch den Reichstag trifft ein Vorwurf. Der ganze Vorgang hätte sich nicht zugetragen, wenn der Reichstag sein Budgetrecht mehr gewahrt hätte. Es ist ein großer Fehler, daß der Reichstag sich in solchen Fällen mit Angaben in Pausen und Bogen begnügt und Beschlüsse faßt, ohne ihre Grundlagen im geringsten kontrollieren zu können. Die Budgetkommission hätte sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen überzeugen müssen. Ueberhaupt müßten, ehe solche Verläufe abgeschlossen würden, die Zahlen in die Öffentlichkeit dringen, damit eventuell Bedenken laut werden. Früher war es ganz undenkbar, daß die Budgetkommission größere Summen ohne detaillierte Grundlagen bewilligte. Der Reichstag ist da sehr weitherzig geworden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Und weiter müssen wir verlangen, daß die Regierung verpflichtet werde, von solchen Ueberforderungen dem Reichstage sofort Mitteilung zu machen, damit er seine Ausgaben danach richten kann. Interessant war mir die Mitteilung des Herrn Kriegsministers, daß fremde Arbeiter zu den Arbeiten auf dem Plage herbeigezogen werden sollen, damit die Löhne in der dortigen Gegend nicht zu sehr steigen. Sowie gilt es als eine gute Heimatspolitik, daß man fremde Arbeiter fern hält. Die ganze Zoll- und Handelspolitik der Regierung basiert darauf, daß fremde Waren und Bodenzeugnisse möglichst ferngehalten werden, damit die einheimische Produktion im Preise steige. Hier aber, wo die Möglichkeit besteht, daß für Arbeiter bestimmter Gegenden besonders Vorteile abfallen, da treten die Herren von der Staatsgewalt dafür ein, daß die Arbeiter nicht nur keinen Vorteil haben, sondern noch möglichst geschädigt werden. Das ist eine Socialpolitik, die wir entschieden bekämpfen müssen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Das ist derselbe Geist, der die Militärverwaltung veranlaßt, freien Arbeitern bei bestimmten Gelegenheiten durch Soldaten Konkurrenz zu machen. Der Herr Kriegsminister schüttelt den Kopf. Ich habe erst vor kurzem zwei solche Fälle vorgetragen, die jetzt noch rückgängig gemacht werden können, wo die Militärbehörde in Hannover sowohl für eine dortige Ausstellung der deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin als auch für das im Sommer dort stattfindende Bundesfesten eine große Anzahl von Soldaten zur Verfügung gestellt hat. Das steht in enger Beziehung zu der Politik, die hier geübt worden ist. Wir sind auch häufig Briefe zugegangen von Arbeitern, die sich über schlechte Löhne und erbärmliche Baracken auf dem Truppenübungsplatz beschwerten. Das hängt jedenfalls mit dieser Heranziehung fremder Arbeiter zusammen. Ein solches Vorgehen vertritt sich sehr schlecht mit der sonst so vielgerühmten nationalen Gesinnung. Auf die deutsche Arbeiterklasse wird dieses Vorgehen der Militärbehörde einen außerordentlich ungünstigen Eindruck machen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dem Reichstage aber kann ich nur dringend empfehlen, daß er mit aller Entschiedenheit mehr als bisher sein Budgetrecht wahr. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich kann mich diesem Wunsch nur anschließen. Die einzelnen Schätzungen gehen so weit auseinander, daß ein Fehler in der Methode der Schätzung unbedingt vorgekommen sein muß. Die Budgetkommission hat die Abhebung eines größeren Betrages beschlossen, damit die letzten Raten an den Verkäufer erst später gezahlt werden können. Nun wird mir aber gefordert, daß infolge dieses Beschlusses die Arbeiten auf dem Plage verzögert werden, wodurch die anliegenden Bauern geschädigt würden, während unter Befehl doch eine Strafe für den Verkäufer bedeuten sollte. Ich halte es daher für richtig, daß die Position nochmals in der Budgetkommission beraten wird und beantrage die Zurückverweisung der Position an die Kommission. Auch die ausführlichen Darlegungen des Herrn Kriegsministers rechtfertigen eine solche Zurückverweisung.

Präsident Graf v. Helldorf: Dieser Antrag ist präjudizeller Natur und würde sofort zur Abstimmung kommen müssen.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Ich halte es nicht für notwendig, daß ein solcher Antrag sofort zur Abstimmung kommt, vielmehr könnte die Debatte weiter gehen und zum Schluß über den Antrag abgestimmt werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich ziehe meinen Antrag einstweilen zurück.

Abg. Dr. Spahn (C.): Ich nehme den Antrag wieder auf und bitte, daß sich das Haus sofort darüber entscheidet, ob es die Zurückverweisung wünscht. (Sehr richtig!) Eine nochmalige Beratung ist auch zur Prüfung der etatsrechtlichen Seite der Frage notwendig.

Die Zurückverweisung wird hierauf mit großer Majorität beschlossen.

In Titel 67 des Extra-Ordinariums forderte die Regierung zur Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das XI. Armee-corps (in Diederich) sowie zur Errichtung von Baracken und Zelten etc. (für Grundverwerb) 800 000 M.

Die Kommission beantragt, um 25 000 M. für Vorarbeiten zur Beschaffung eines anderen Platzes als des bisher in Aussicht genommenen zu bewilligen.

Abg. Graf von (L.) bittet, dem Kommissionsantrag, der mit erheblicher Majorität beschlossen sei, zuzustimmen. Aus der eben stattgehabten Verhandlung hat sich ergeben, mit welcher Vorliebe die Presse bereit ist, unbedeutende Vorwürfe gegen bestimmte Persönlichkeiten zu schleudern. Beim Grafen Dohna-Mallwitz aber lag doch die Sache wenigstens so, daß er ein Interesse an dem Verkauf seines Arealis hatte. Nun hat aber die „Breslauer Zeitung“ behauptet, daß bei diesem Diederich-Übungsplatz die Familie von Mülling die Rolle des

Grafen Dohna gespielt hat. In Wahrheit hat die Familie von Mülling seit Jahren immer nur gebeten, nur ja ihren Familienbesitz nicht irgendwie anzutasten, der ihr um Millionen nicht feil ist! Die Kotiz der „Breslauer Zeitung“ kennzeichnet sich also als eine Privatität, als ein Mißbrauch der Pressefreiheit, als eine Pressefreiheit, für die mir jeder Ausdruck fehlt! Allerdings hat die „Breslauer Zeitung“ die Sache später zurückgenommen, hat sich entschuldigt. (Zuruf links: Na also!) Aber die Anklage lesen viele Leser, die Verichtigung nur sehr wenige. Ich muß deshalb diese häßliche Anschuldigung auf das entschiedenste zurückweisen!

Das Haus beschließt gemäß dem Kommissionsantrag und stimmt einer von der Kommission beschlossenen Resolution zu: den Reichstanzler zu ersuchen, bei Errichtung von neuen Truppenübungsplätzen solche Projekte grundsätzlich auszuschließen, bei denen sich die Schädigung einer größeren Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe erforderlich machen würde.

In Titel 120 verlangte die Regierung 64 000 M. für den Neubau eines Dienstwohnungsgebäudes für den Gutsdorfer und den Divisionssparkar in der Arbeiterkolonie Sabelhorst bei Spandau.

Das Haus lehnt gemäß dem Kommissionsvorschlag wie im Vorjahre diese Forderung ohne Debatte ab.

In Kapitel 12 Titel 4 werden zur Ausführung von Ersatz- und Verstärkungsarbeiten sowie Vervollständigung der artilleristischen Ausrüstung in U m L. H. infolge Aufgabe der Stadtmunition des sinken Donau-Flusses, dritte Rate, 1 700 000 M. gefordert.

Die Kommission beantragt Bewilligung dieser Summe, außerdem aber Annahme folgender Resolution: Die Erwartung auszusprechen, daß der Stadtgemeinde U m, falls sie durch den Ankauf des Festungsgeländes einen nachweisbaren Schaden erleiden sollte, auf ihre Ansuchen eine Ermäßigung des Kaufpreises insoweit gewährt werde, als die Kaufsumme den im Mittel berechneten Betrag der Wertschätzungen, die dem Vertrag zu Grunde lagen, übersteigt und für diesen Betrag nach Ablauf von fünfzehn Jahren durch Weiterveräußerung oder sonstige Verwertung derjenigen Geländeteile, welche nach den örtlichen Verhältnissen und den heutigen gesundheitlichen Anforderungen zu Baustellen verwendbar sind, ein Ausgleich nicht gewonnen worden ist.

Das Haus bewilligt debattelos den Titel und stimmt der Resolution zu.

Zu Kapitel 5 Titel 176 des Extra-Ordinariums für Sachsen — Beschaffung der Handfeuer- und blanken Waffen nebst Zubehör, des Artilleriematerials — beantragt die Kommission folgende Resolution: den Reichstanzler zu ersuchen, bei Vergabung des Bedarfs an Munition und Artilleriematerial durch thunlichste Zuwendung der Aufträge an eine Mehrheit von Lieferanten dahin zu wirken, daß im Interesse der Reichsfinanzen die erforderliche Konkurrenz aufrecht erhalten bleibe.

Abg. Gildhoff (fr. Sp.): Einige wenige Worte zur Empfehlung dieser Resolution, die kein Mißtrauensvotum gegen die Heeresverwaltung bedeutet. In Bezug auf die technische Seite müssen wir uns auf das sachmännische Urteil der Heeresverwaltung verlassen. Es sind aber die Urteile über die Güte der verschiedenen Systeme doch sehr verschieden. Ich weisse nicht an der Vorteilhaftigkeit der Kruppischen Fabrikate. Wir Deutsche können in der That, wie der Kriegsminister nämlich sagte, stolz auf die Kruppischen Werke sein. Ohne Krupp hätten wir im letzten Kriege nicht so glänzend siegt. (Unruhe bei den Soe.) Wenigstens nicht, was das Artilleriematerial anbelangt. Neuerdings haben doch aber auch mehrere andere Firmen in Deutschland und im Auslande Erfolge in der Waffenfabrikation gehabt. Bei den Zahlen, die in der Budgetkommission aufgetaucht sind und von denen der Kriegsminister sprach, kann es sich doch keineswegs um die Unrechthelt irgend eines Abgeordneten oder des Bevollmächtigten der betreffenden Firma handeln, umsoweniger als die Firma, wie mir authentisch mitgeteilt ist, dieses Zahlenmaterial in einer besonderen Denkschrift dem Kriegsminister überreicht hat. Für Geschosse kommt jetzt die Konkurrenz einer so großen Anzahl von Firmen in Betracht, daß die Gefahr einer Ringbildung ganz ausgeschlossen ist.

Abg. Bebel (Soe.):

Ich bedauere, daß der Herr Referent nicht das Zahlenmaterial aus den Verhandlungen der Kommission über diese Materie mitgeteilt hat. Die betreffenden Verhandlungen können nicht für geheim erklärt sein, denn es sind ja darüber Mitteilungen in der Presse erschienen. Aus den Zahlen geht klar hervor, daß allerdings bei der Lieferung von Kriegsmaterial sehr erhebliche Preisdifferenzen zwischen den verschiedenen Angeboten bestanden haben und daß, so lange die verschiedenen Angebote nicht vorhanden waren, das Reich gezwungen war, einen überaus hohen Preis zu zahlen. Das muß vor allen Dingen konstatiert werden. Doch aber überhaupt die Konkurrenz auf diesem Gebiete nicht aufkommen konnte, daran ist in hohem Grade die Militärverwaltung Schuld. Sie hat nichts gethan, um die Konkurrenz großzuziehen. Der Kriegsminister hat noch neulich ein großes Loblied auf die Firma Krupp gesungen. Ich habe ja nun an und für sich für eine derartige reue Anhänglichkeit an einen alten Lieferanten Verständnis; aber die Firma Krupp hat doch, als sie das Monopol hatte, recht hohe Preise gestellt. Die Behauptung des Kriegsministers, ohne die Firma Krupp hätten wir 1870 nicht siegt, ist einfach ungeheuerlich. Die Firma Krupp hat eine recht internationale Gesinnung. Von den Mitgliedern der Pariser Kommune ist im Jahre 1871 ein Brief in den französischen Staatsarchiven gefunden worden, in dem Alfred Krupp demütig bittet, doch seine Offerte in Bezug auf neue Kanonen berücksichtigen zu wollen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auch im amerikanischen Krieg hat ja bekanntlich unsere Söhne und Väter mit Kruppischen Kanonen beschossen worden. Es ist charakteristisch, daß die andre Firma, die auch Vorräthliches liefert, nur hat ersitzfähig werden können durch die Unterstützung des Auslandes. Wir begreifen es, daß endlich einmal die Monopolstellung der Firma Krupp durchbrochen ist und die Militärverwaltung hätte alle Ursache, solche Bestrebungen zu begünstigen.

Am Dienstag sprach ich auch davon, daß Krupp Panzerplatten an Amerika geliefert hätte. Das hat die Firma Krupp in einer sogenannten Verichtigung bestritten. An und für sich ist das richtig. Aber die Firma Krupp hat ihr Patent auf Panzerplatten nach Amerika unter der Bedingung verkauft, daß ihr eine Anerkennungssumme von 105 M. pro Tonne gezahlt würde. Das Hauptgewicht ist aber darauf zu legen, daß der amerikanische Lieferant mit diesem Kruppischen Patent trotz der Entschädigung, die er noch zu zahlen hat, die Tonne Panzerplatten für 1920 M. der amerikanischen Regierung liefern konnte, während Krupp daselbe Fabrikat für 2320 M. der deutschen Regierung liefert und erst nach Bekanntwerden dieser Thatfache 400 M. pro Tonne in Preise nachgelassen hat. Das Deutsche Reich erspart nach dem Bedarf auf Grund des Flottengesetzes jährlich 3 Millionen Mark oder für die in Betracht kommenden 20 Jahre im ganzen 60 Millionen Mark. Dabei ist noch interessant, daß, wie die „Alln. Volkszeitung“ feststellt, der Herstellungspreis für eine Tonne Panzerplatten 950—1000 M. beträgt, so daß die Firma einen Gewinn von 920 M. pro Tonne hat. Das ist doch ein ganz horrender Profit. Neuerdings hat sich eine andre Firma bereit erklärt, die Tonne Panzerplatten statt für 1550 Mark zu liefern, wenn das Reich die Firma in entsprechender Weise mit Aufträgen unterstützen wolle. Das Deutsche Reich könnte also die Tonne Panzerplatten abermals um 3—400 M. billiger bekommen. Die Inhaber der Firma Krupp sollten mit ihren Verichtigungen etwas vorsichtiger sein, und sollten sich hüten, immer wieder die Aufmerksamkeit auf ihre Geschäftsbahrung zu lenken. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Rest des Militär-Etats wird ohne Debatte erledigt.

Der Etat für das Reichs-Militärgericht wird debattelos bewilligt. Nur Titel 1 dieses Etats wird auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (nat.) an die Budget-Kommission verwiesen.

Es folgte die Abstimmung über den Antrag Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) zu Kapitel 85 des Post-Etats auf Einstellung tausend weiterer Postassistenten. Bei diesem Antrage hatte sich am vorigen Sonnabend die Beschlusfähigkeit des Hauses herausgestellt. Er wird jetzt abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei und einiger Nationalliberaler. Ebenso wird abgelehnt eine Resolution Dr. Müller-Sagan: „Den Herrn Reichsminister zu ersuchen, eine Erhöhung der Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphen-Assistenten in solchem Umfange herbeizuführen, daß ihre Einkommensbezüge nach Ablauf einer fünfjährigen Dienstzeit als Assistenten dem Dienstlohn eines etatsmäßig angestellten Assistenten entsprechen.“

Angenommen dagegen wird eine Resolution des Abg. v. Waldow-Reichenstein (L.): „Den Herrn Reichsminister zu ersuchen, mit der Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für Post-Assistenten vorzugehen, sobald zunehmende Steigerung des Verkehrs die Verwendung einer höheren Zahl fest angestellter Postbeamten irgend zuläßt.“

Es folgte die zweite Lesung des Marine-Etats. Der Ausgaben-Titel „Staatssekretär“ wird debattelos bewilligt.

Bei dem Kapitel „Instandhaltung der Werften“ bemängelt

Abg. Hach (Soc.) die dem Reichstage vorgelegte Uebersicht über die Verhältnisse der Werftarbeiter. Es fehlen in dieser Statistik Angaben über diesen Umfang der Accordarbeit und über die Menge der geleisteten Arbeit. Ein großer Prozentsatz der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften verdient nach der Statistik unter 1000 M. Dieser Prozentsatz ist aber in der That noch größer als dort angegeben, weil nur die Arbeiter aufgeführt werden, die ein volles Jahr auf der Werft beschäftigt werden. Uebrigens ist für eine Muster-Anstalt, wie es doch die kaiserliche Werft sein soll, ein Lohn von unter 1000 M. für einen Arbeiter mit Familie ein sehr geringer. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Ober-Regierungsrat Harms: Die Statistik giebt die Lohnhöhe nicht zu günstig an. Die Berücksichtigung der Arbeiter, die im Laufe eines Jahres ein- und wieder austreten, würde von keinem besonderen Einfluß auf das Resultat der Statistik sein. Was die Lohnhöhe anlangt, so muß die Marineverwaltung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam sein und kann sich nicht einseitig dem Gelehe von Angebot und Nachfrage entziehen. Die Löhne richten sich nach den am Orte durchschnittlich gezahlten Löhnen und sind in Danzig von 630 M. im Jahre 1892 auf 824 M. im Jahre 1903 gestiegen.

Abg. Hach (Soc.): Der ortsübliche Tagelohn in Danzig beträgt 1050 Mark, nach den Ausführungen des Herrn Vorredners müßte die Marineverwaltung also schon über diesen Lohn hinausgegangen sein auch bei den niedrigst entlohnten Arbeitern. Vor allem aber sollte die Marineverwaltung ihr Möglichstes thun, um durch richtige Einteilung der Arbeit alle Arbeiterentlassungen zu vermeiden, die leider noch immer vorkommen.

Geheimer Oberregierungsrat Harms: Für die Herren wird ja der Lohn noch zu niedrig sein, auch wenn er noch erheblich steigt. Jedenfalls muß anerkannt werden, daß Jahr für Jahr eine Lohnsteigerung stattfindet. Die Entlassungen erklären sich daraus, daß bei uns eine Art Saison besteht. In einer bestimmten Zeit werden, um die nötigen Reparaturen auszuführen, mehr Arbeiter angenommen, die dann nach einigen Monaten wieder entlassen werden müssen.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) fragt an, inwiefern Accordarbeit an die Werftarbeiter vergeben werde.

Geheimer Harms: Grundsätzlich werden alle diejenigen Arbeiten in Accord vergeben, die sich ihrer Natur nach dazu eignen. Der Zeitlohn soll die Ausnahme, der Accord die Regel sein. Der Accordlohn soll 150—180 Prozent des Normallohnes nicht übersteigen. Von einem Geheimniss in dieser Beziehung ist mir nichts bekannt. Es schweben nur Verhandlungen darüber, ob nicht die Grenze von 150—180 Prozent noch wegfallen soll, was also eine Erweiterung der Lohnbedingungen bedeutet.

Das Kapitel wird bewilligt.

Der Rest des Ordinariums wird ohne Debatte erledigt. Beim Extraordinarium wird zu Kapitel 6 Titel 1 — Bau des Linien-Schiffs „Neckenburg“ — eine Resolution angenommen: „Den Reichsminister zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Reichsfinanzen bei Vergabung der Lieferungen für die kaiserliche Marine ein gesunder Wettbewerb nötigenfalls auch unter Heranziehung ausländischer Fabriken gesichert werde.“

Den Titel 24, in dem die Regierung zum Bau eines Flug-Kanonensbootes 450 000 M. forderte, beantragt die Kommission zu streichen.

Staatssekretär Tirpitz: Der Auslandsverband des deutschen Flottenvereins hat mir mitgeteilt, daß er im Begriff sei, ein Flug-Kanonensboot zu bauen und es der Marine zu schenken. Das Kanonensboot würde voraussichtlich im Laufe des Jahres gebaut werden. Ich spreche dem Auslandsverbande und den Deutschen im Auslande hiermit meinen Dank dafür aus. (Bravo.)

Das Haus beschließt gemäß dem Kommissionsbeschlusse. Ebenso werden nach dem Kommissionsantrage 500 000 Mark zum Bau eines Vermessungsschiffes gestrichen.

Zur Grundreparatur und zu baulichen Verbesserungen des großen Kreuzers „Kaiserin Augusta“ und des kleinen Kreuzers „Irene“ 1. Rate, verlangt die Regierung 2 Millionen Mark. Die Kommission hat nur bewilligt: für die „Kaiserin Augusta“ 500 000 M. und für die „Irene“ ebenfalls 500 000 M., beides als erste Rate.

Abg. Frese (fr. Vg.) beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Frese (fr. Vg.): Es wäre außerordentlich unwirtschaftlich, ein Schiff, das reparaturbedürftig ist, längere Zeit in diesem Zustande zu belassen. Würden die Reparaturen verlangt werden, so würden auch wieder neue Arbeiterentlassungen nötig werden.

Staatssekretär Tirpitz: Ich lamm dem Herrn Antragsteller für seinen Antrag nur sehr dankbar sein und ihn lebhaft unterstützen, nicht aus.

Abg. Dr. Spahn (L.) bittet, es bei dem Kommissionsbeschlusse zu belassen.

Abg. Böning (nat.): Wenn man die Notwendigkeit der Reparatur überhaupt anerkennt, muß man auch die Mittel sofort bewilligen. Wir stimmen daher dem Antrage Frese zu.

Das Haus schreitet zur Abstimmung. Für den Antrag Frese erheben sich die beiden konservativen Parteien, die National-liberalen, die Freisinnige Vereinigung und die Abgg. Lenzmann, Müller-Reinigen, Langerhans (fr. Vp.), dagegen das Centrum, die Freisinnige Volkspartei und die Socialdemokraten.

Nach Probe und Gegenprobe bleibt das Bureau zweifelhaft; es muß daher der Hammelprüfung vorgenommen werden. Derselbe ergibt, daß 59 Abgeordnete mit „Ja“, 64 mit „Nein“ stimmen. Das Haus ist somit beschlunfähig, die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Etat für Klantschou; Rest des Marine-Etats; Wahlprüfungen).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteipredigten für Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf, Schönholz und Wilhelmshagen befanden sich vom 1. April ab im Regierstr. 24, vorn parterre.

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß Willets zu der nächsten Sonntagmittag 2 Uhr stattfindenden Urnana-

vorstellung „Das Land Tirol“ noch in beschränkter Anzahl in der Urnana vor Beginn der Vorstellung zu haben sind.

Friedenau. Am Dienstagabend 8 Uhr findet bei Grube, Kaiser-Allee, Ecke Stubenrauchstraße, die erste Monatsversammlung des Wahlvereins für Friedenau statt. Vortrag des Genossen Max Kiesel über: „Die Bedeutung des 18. März“. Daseibst findet auch die Aufnahme neuer Mitglieder statt. Gäste haben Zutritt. Am Sonntag findet eine Flugblatt-Verbreitung zu dieser Versammlung statt. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Grube. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, an beiden Tagen pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 18. März, findet in Wittes Volksgarten eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Ed. Bernstein über die Bedeutung des Tages referieren wird. Die Handzettelverteilung zu dieser Versammlung findet Sonntag morgen um 8 Uhr statt. Die Genossen wollen sich in folgenden Lokalen zahlreich einfinden: I. und II. Bezirk bei Ratusch, Hlandstr. 71; III., IV., V. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40; VI. Bezirk bei Rudolf, Brudalstr. 13; VII. Bezirk bei Hilpert, Halensee, Kurfürsten-Damm 126.

Lokales.

Der große Wagen der Kirche

soll also den fetten Witten, auf den er gerechnet und sich eingerichtet hatte, nun doch nicht kriegen. In dem langwierigen Streit um die alte verstaubte Konfistorial-Ordnung von 1873, auf Grund deren die Stadtgemeinde Berlin zu maßlosen Kirchenbaulasten herangezogen werden sollte, hat der Magistrat jetzt vor dem Kammergericht ein obliegendes Erkenntnis erstritten.

Es handelt sich um die Kostenbeiträge, die der Berliner Polizeipräsident, sich auf jene Konfistorial-Ordnung beziehend, der Stadtgemeinde aus Anlaß neuer Kirchenbauten der Markus- und der Simeons-Kirchengemeinde in Höhe von 99 530 M. bzw. 100 000 M. auferlegt hatte. Der Magistrat hatte eine Verpflichtung zu diesen Leistungen nicht anerkannt und gegen die Kirchengemeinden auf Wiederherausgabe des Geldes geklagt. Nachdem das Landgericht 1897 aus formellen Gründen der Klage Berlins stattgegeben und zu Gunsten der Stadt erkannt hatte, hat jetzt das Kammergericht, bei dem die Kirchengemeinden Berufung eingelegt hatten, auch materiell der Stadt Recht gegeben. Begründend wurde ausgeführt: Die Konfistorial-Ordnung von 1873 sei allerdings noch rechtsgültig, indessen müsse bei Prüfung ihres Inhalts nach der Entstehungsgeschichte und dem Wortlaut der Ordnung angenommen werden, daß den Städten und Dörfern der Mark nicht eine rechtliche, sondern nur eine moralische Verpflichtung auferlegt werden sollte, Kirchenbaulasten zu tragen. Außerdem bezwecke die Ordnung nur die Unterhaltung der bestehenden Kirchen vor dem Verfall, also nicht Neubauten. — Ein Wohnortrecht, wonach die Stadt Berlin zur Hergabe von Geldern für Kirchen-Neubauten verpflichtet wäre, habe sich ebenfalls nicht gebildet. Wenn Gelder hergegeben wurden im Laufe der Jahrhunderte, dann habe die Stadt dies nur als Patron oder Idenlungsweise getan.

Dieser Ausgang wird den kirchenbaueifrigen Ausern im Streit um die Konfistorial-Ordnung und ihren hochmögenden Hintermännern sehr schmerzlich sein, aber sie werden's eben leiden müssen. Vielleicht versucht man es nun mal auf eine andre Weise, aus dem Berliner Stadtsäckel doch noch etwas für die Kirche herauszuholen. Wir trauen es den für die Berliner Kommunalverwaltung maßgebenden Persönlichkeiten durchaus zu, daß sie bereit sind, bei entsprechender Behandlung gutwillig herzugeben, was ihnen mit Gewalt nicht hat abgetropft werden können. Wessen der Berliner Stadtfreiwille fähig ist, wie weit er „um des lieben Friedens willen“ in seiner Selbstentäußerung zu gehen vermag, das hat das Schicksal des Namens gezeigt, an den man durch den jetzigen Ausgang des Kirchenbaustreites ohnedies erinnert wird, des Stadtrats und nicht besitzenden Bürgermeisters Rauffmann. Das Material, auf das das Urteil des Kammergerichts sich gründet, ist von Kaufmann mit großer Sachkenntnis und raschem Fleiß zusammengetragen worden. Durch das Urteil ist dem verdienten Name gleichsam ein Ehrenmal gesetzt worden.

Der Magistrat hat dem Entwurf einer Freibankordnung für den Gemeindebezirk Berlin seine Zustimmung erteilt. Zum Verkauf auf der Freibank gelangt alles minderwertige und nach seiner Brauchbarmachung als bedingt tauglich befundene Fleisch einschließlich des Fettes und der Eingeweide der in Berlin geschlachteten Rinder, Kälber, Schafe, Ziegen und Schweine, sowie alles dasjenige Fleisch derselben Tiergattungen, das in den hiesigen Verkaufsstellen für eingeführtes Fleisch wegen des gleichen Bundes von dem freien Verkehr ausgeschlossen worden ist, außerdem werden die Reste der zur Trichinenschau benutzten Fleischproben der Freibank zum Verkauf überwiesen. Der Verkauf des Fleisches auf der Freibank ist nur den behördlich damit beauftragten Personen gestattet. Zweigstellen dürfen nur mit Genehmigung der Polizeibehörde errichtet werden. Der Magistrat behält sich vor, den Betrieb der Freibanken einem Unternehmer zu übertragen.

Zum Kampfe gegen die Kindersterblichkeit. Und wird geschrieben: Im vergangenen Jahre forderte der Magistrat der Stadt Halle a. S. von der Stadtverordneten-Versammlung die Summe von 1000 M. zum Zwecke verbilligter Vergabe von sterilisierter Milch als Nahrung für Säuglinge. Diese Summe wurde verabschiedet, einmal bewilligt mit der Bedingung, daß in Zukunft Rechtsforderungen nicht gestellt würden, ein weiteres Vorgehen vielmehr der privaten Wohltätigkeit überlassen bleiben sollte. Die erzielten Resultate, die jetzt vom Magistrat genannter Stadt veröffentlicht werden, sind in jeder Hinsicht nur günstige zu nennen. Im ganzen machten 155 Personen von der Vergünstigung Gebrauch, von denen allerdings sechs nicht in Betracht kommen, da sie außerhalb des Vertriebsbezirks wohnten. Von den übrigen 149 Personen entnahmen 87 die ausgegebenen Milchmarken regelmäßig und während der ganzen Dauer der Versuchzeit, die andern nur teilweise und unregelmäßig. Es wurden also dem 87 Säuglinge ausschließlich mit sterilisierter Milch genährt und von diesen starben ungefähr 3 1/2 Proz., während die allgemeine Sterblichkeitsziffer annähernd 6 1/2 Proz. betrug. Die anschließende Ernährung mit keimfreier Milch hat also die Sterblichkeit um fast die Hälfte vermindert. Wohl hat auch die läßliche Witterung des vorjährigen Sommers eine günstige Wirkung ausgeübt, da Kindersterblichkeit im allgemeinen weniger zu verzeichnen waren, immerhin ist aber die Sterblichkeitsziffer von 6 1/2 Proz. eine enorm hohe zu nennen, wenn man bedenkt, daß die Allgemeinsterblichkeit in Halle a. S. im Durchschnitt ungefähr 2 Proz. betrug. Wenn also die verbilligte Vergabe keimfreier Milch günstig auf die Kindersterblichkeit einzuwirken vermag, so darf es bei dem einmaligen Versuch nicht sein Bewenden haben; gänzlich verfehlt ist es aber, derartige Maßnahmen der privaten Wohltätigkeit überlassen zu wollen. Es ist vielmehr Pflicht der kommunalen Behörden, auch andrer Städte, dieser Frage näher zu treten, denn was für Halle gilt, gilt auch anderswo, zumal in Berlin. Dem minder Bemittelten ist es nicht immer möglich die durch Sterilisierung verteuerte Milch anzuschaffen, wie sehr aber auch in Arbeiterkreisen ein Verständnis für diese Frage obwalten, dafür hat der gemachte Versuch ebenfalls den Beweis erbracht. — Von den 149 Personen, die da Milchmarken entnahmen, waren 75 Arbeiter und 42 Handwerker, während die übrigen selbständigen Gewerbetreibenden, Beamten und andren Berufen angehörten. Mehr als drei Viertel

aller gehörten also weniger Bemittelten Arbeiterkreisen an und gerade diese machten in ausgiebigster Weise von der Vergünstigung Gebrauch, ein Zeichen, daß die Arbeiter ihren Kindern wohl eine gute Pflege zu teil werden lassen, wenn sie nur können. Eine in weiten Kreisen verbreitete gegenseitige Aufsicht ist ein Vorurteil, gegen das nicht scharf genug angelämpft werden kann und es ist Pflicht aller Menschenfreunde, hier in Wort und Schrift aufklärend zu wirken. Mit dem Schutze, dem man der Mutter vor und nach der Geburt angeheißt läßt, ist es allein nicht getan, man muß diesen Schutz auch auf den Säugling ausdehnen, um der enorm hohen Kindersterblichkeit entgegenzuwirken; der in Halle gemachte Versuch hat die Möglichkeit dazu erwiesen.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin beschäftigt, wie im Jahre 1901, auch für das abgelaufene Jahr 1902 Erhebungen über die Ausgaben in kleineren Haushaltungen vorzunehmen, namentlich aber Bestellungen über die für die wichtigsten Nahrungsmittel aufgemerkten Kosten zu treffen. In Rücksicht darauf, daß die früheren Ermittlungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, und die ermittelten Angaben nicht durchaus einwandfrei waren, wird diesmal in der Weise vorgegangen, daß die Fragebogen zur Ausfüllung an vertrauenswürdige Personen zur Ausbändigung gelangen. — In diesem Zweck wendet sich das Statistische Amt an die Vorstände der Verbände und große Vereine, deren Mitglieder den erwerbshätigen Kreisen der Berliner Bevölkerung angehören, mit der Bitte, um Angabe von vertrauenswürdig gehaltenen Persönlichkeiten, resp. um Ausgabe von unausgefüllten Fragebogen an solche. Die Behörde bittet ferner um sorgfältigste Prüfung und eventuelle Berichtigung der ausgefüllten zurückgegebenen Fragebogen und hofft so, durchaus einwandfreies und zuverlässiges Material über die Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung zu erlangen.

Aus der Nazareth-Gemeinde. Schwere Beschuldigungen gegen Pfarrer Diebstallamp, den ersten Geistlichen der Nazareth-Gemeinde im Norden Berlins, haben Kirchenrat und Vertretung der Nazareth-Gemeinde in einer Petition zusammengefaßt, die soeben an das Abgeordnetenhaus gerichtet worden ist. Die Beschuldigungen gegen den bald dreißig Jahre in der Gemeinde wirkenden Pfarrer beruhen auf folgenden Punkten: 1. daß Pfarrer Diebstallamp sechzehn Jahre lang jedem in der Nazareth-Kirche getrauten Ehepaare entgegen dem Gesetz vom 27. Juli 1880 50 Pfennig abnehmen ließ und davon 30 Pfennig in die eigene Tasche ver-einnahmte; 2. daß er unter Verletzung des § 8 deselben Gesetzes jahrelang an „verbotenen“ Tagen zum Teil massenhaft getraut hat beziehungsweise hat trauen lassen, wobei jede Trauung ihm einen Gewinn von 7,50 M. brachte; 3. daß er in der ausgedehntesten Weise innerhalb und außerhalb der Gemeinde Eaubden gemacht hat und macht, ja selbst durch Vermittelung des Kabinetts der Kaiserin zur Sanierung seiner Finanzen 60 000 M. erbeten und erhalten hat; 4. daß er durch fortgesetzte Gründungen, Grundstückspekulationen u. unter dem Schutze christlich-socialer Fürsorge neue Geldquellen zu erschließen sucht, ohne eine Klarheit zu schaffen und zu gewahren, ob die vielen, vielen Sammlungen unter seiner Oberleitung den gedachten Zwecken in der richtigen Weise dienlich gemacht werden; 5. daß er durch solche sehr weit über die Grenzen erlaubter Privatthätigkeit hinausgehende Diebstahlthaten sich schwere Amtsdernachlässigungen zuschulden kommen ließ und läßt, ohne daß er deshalb außer einigen ersten Abmahnungen von seiner Behörde in die Schranken pflichtgemäßer Amtstätigkeit zurückgewiesen worden wäre. — Es wird daher ersucht, den Kultusminister zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens auf Amtsentsetzung zu veranlassen. Es ist ja schon seit langem bekannt, daß die Nazareth-Gemeinde mit Pfarrer Diebstallamp höchst unzufrieden ist, und daß sie mit ihrem ersten Geistlichen seit Jahren scharfe Kämpfe führt. Aber alle Bemühungen sowohl beim Kultusminister wie beim Oberkirchenrat und beim Konfistorium, in den unzutraglichen Verhältnissen, wie sie die Petition schildert, Wandel zu schaffen, waren bisher erfolglos, nicht zuletzt vielleicht deswegen, weil Herr Diebstallamp hochmögende Gönner besitzt. Bezeichnend für die Spannung in der Gemeinde ist die Thatsache, daß Pastor Diebstallamp, als er vor einigen Tagen seinen 70. Geburtstag feierte, von den kirchlichen Körperschaften der Nazareth-Gemeinde nicht beglückwünscht wurde. Den letzten Anstoß zur Petition haben überaus unerquickliche Zustände an der neuen Kapernaumbische gegeben, die zum Sprengel der Nazareth-Gemeinde gehörte.

Die Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen 1903 für die in Berlin und den Vororten wohnenden Mannschaften finden sämtlich auf dem Hofe der neuen Landwehr-Dienstgebäude, Schöneberg, General-Papestraße (am Tempelhofer Felde) statt, und zwar für die Mannschaften und Offiziersaspiranten der Landwehr-Bezirke I und II Berlin während der Zeit vom 1. bis 17. April für den Landwehr-Bezirk III und IV während der Zeit vom 18. bis 27. bezw. 30. April. Vom Jahrgang 1890 sämtlicher Waffen, sowie von den Jahrgängen 1890, 1891 und 1892 der Kavallerie und reitenden Artillerie haben nur diejenigen Wehrleute zu erscheinen, die noch nicht zur Landwehr II. Aufgebots übergeführt sind. Bei den Reservisten der Fuß-truppen finden Aufnahmebefehle statt. Die Militärpapiere sind mitzubringen. Besondere Stellungsbefehle ergehen nicht. Unpünktlichkeit und Versäumnis der Kontrollversammlungen werden nach den Militärgefehen bestraft. Die öffentliche Bekanntmachung der Kontroll-versammlungs-Termine wird an den Anschlagtafeln am 27. März, am 1. und 17. April erfolgen.

Eine Geleiseverlängerung auf der Stadtbahn ist infolge der Höherlegung der Bahnsteige notwendig geworden. Die Trittbretter der Personenwagen sind demnach angelegt, daß sie über die Vordachwele der alten Bahnsteige etwa 10 Centimeter hinüberragen und infolge dessen gegen die zur Höherlegung der Perrons dienenden Eisenbände stoßen müssen. Um dies zu verhindern, müssen die Geleise etwa 15 Centimeter von den Bahnsteigen zurückgelegt werden, eine Arbeit, die nur am Tage, während der volle Verkehr über die Stadtbahn flutet, vorgenommen werden kann. Die Ausführung dieser interessanten Arbeit geschieht in folgender Weise. Die Holzstützen, auf denen die Schienen ruhen, werden an den Längs- und Breitseiten freigelegt und dann werden die Schwellen in einer Wagenlänge mittels eiserner Hebelstangen etwa 2 Centimeter zur Seite geschoben. So findet immer nacheinander über die ganze Bahnhofsfläche hinans die Zurücklegung der Geleise statt, bis die erforderliche Entfernung von dem Bahnsteig erreicht ist. Natürlich muß die Arbeit mit großer Sorgfalt und ordentlicher Genauigkeit durchgeführt werden, um die Entgleisungen der Züge zu verhindern. Erst nachdem diese Arbeit durchgeführt ist, kann die Aufstellung der Bodträger auf den Bahnsteigen erfolgen.

Eine Verschärfung der Polizei-Verordnung gegen das Umherlaufenlassen von Hunden, die keinen Maulkorb tragen, wird von dem königlichen Polizei-Präsidenten geplant und dürfte die neuen Bestimmungen voraussichtlich bereits zum 1. April erlassen werden. Veranlaßt wird die Verordnung durch den Umstand, daß in letzter Zeit zahlreiche Anzeigen bei der Polizei eingelaufen sind, daß Personen von Hunden gebissen sind, welche an öffentlichen, jeder-mann zugänglichen Stellen, sich ohne Maulkorb, oder mit unvorschriftsmäßigen, das Weichen nicht verhindernden Maulkörben, befanden. Die Schulpflicht werden angewiesen, auf derartige Ueber-tretungen der Polizei-Vorschriften zu achten und in allen Fällen, in denen der Eigentümer des betreffenden Tieres zu ermitteln ist, die Strafangelegenheit zu ermitteln.

Zu der Verhaftung des Kurpfuschers Rardenkötter erfahren wir einige Einzelheiten, die recht romantisch klingen. Kriminalkommissar Waldemar Müller war mit einer Schar von Beamten wochenlang Tag und Nacht auf den Weinen, um Frau Rardenkötter mit Verwandtschaft und die Fremde und Vertrauten des Schwunders zu beob-achten. Am nicht aufzufallen, mußten sich die Beamten in alle mög-lichen Trachten fiedeln und wiederholt sogar unterwegs mehr oder weniger umkleiden. Auch an den Briefschaltern saßen sie in der Uniform von Postbeamten, um ihre Beobachtungen zu machen, ohne Verdacht zu erregen. Mit großen Mühen kam man endlich dahinter, daß der Gesuchte unter dem Namen Griebisch in Princeps-Court in London wohnte. Am 24. Februar war man so weit, daß der

deutsche Konsul in London mit der dortigen Kriminalpolizei den letzten Schritt hätte thun können, wenn nicht die Veröffentlichung der Notiz von der Verhängung der Strafe gegen Nardentötter den Erfolg der ganzen bisherigen Arbeit vereitelt hätte. Diese ganz arglos veröffentlichte und anscheinend unbedeutende Notiz veranlaßte, daß Nardentötter unverzüglich durch den Draht gewarnt wurde und nun fälschlich den falschen Namen und die Wohnung wechselte. Jetzt mußten alle Beobachtungen der bisherigen Angehörigen und Freunde des Flüchtigen von neuem begonnen werden. Aber die Leute waren nun noch viel vorsichtiger als früher. Briefe an N. und von ihm an seine Frau machten viele Umwege, bis sie Berlin verließen und in London an ihre Bekannte in der Provinz in die Hände gelangten, für die sie bestimmt waren. Ein ganz verwickeltes System konnte nur durch unausgesetzte Beobachtungen, die vielen Beamten manche Nachtruhe kostete, entwirrt werden. Noch einmal wachte der Gesuchte durch Veränderung des Namens und der Wohnung die gefundenen Spuren zu verwischen. Wesentliche Hilfe leistete zu ihrem Wiederauffinden die Handschrift Nardentötters und die seiner Frau, die man, da auch Frau Nardentötter in dem Prozeß gegen ihren Mann wiederholt vernommen worden war, aus den Akten kannte. Was die Hoffnung der Beamten, den Gesuchten doch noch zu erwischen, immer wieder aufrecht hielt, war die Feststellung, daß Nardentötter keine Gelegenheit gehabt hatte, einen nennenswerten Geldbetrag mitzunehmen. In den Briefen, die man von ihm auffing, hat er seine Frau wiederholt um Geld, da er seine Mittel in Spekulationen versetzt und zum Teil auch schon verloren hat. Andre zeigten wieder, daß Frau Nardentötter auch Wege fand, ihm etwas zukommen zu lassen. Nach dem 24. Februar vollzog sich der ganze Briefwechsel nur noch unter Chiffre-Adressen und durch die verschiedensten Postämter. Die Leute Nardentötters besuchten die Kammer stets kurz vor Schalterchluss, wenn der Verkehr nur noch schwach war, um den Raum auf beobachtende Kriminalbeamte besser übersehen zu können. Aber hierbei scheiterten ihre Berechnungen an der Verkleidung der Beobachter mit der Postuniform. So gelang es schließlich doch, die verabredeten Zeichen zu erfahren und dann zu ermitteln, daß der gesuchte Kurpfuscher zuletzt unter dem Namen Kohens in der Oxford Street wohnte. Sobald das festgestellt war, wurde ohne Säumen die Kriminalpolizei in London durch den dortigen deutschen Konsul ersucht, sich dieses Herrn Kohens zu verschern. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß man in ihm den Mörder gefast hatte. Unterdessen hatte Frau Nardentötter auch nicht die besten Tage. Die Einkünfte stiegen nicht mehr, und der Gewinn aus den früheren „Geschäften“ liegt fest. Daher war sie genötigt, von ihren Habseligkeiten und Schmuckstücken, soweit sie nicht unter amtlichem Siegel liegen, ein Stück nach dem andern zu verkaufen, um sich die unentbehrlichsten Mittel zu verschaffen. Nardentötter aber hatte seine Verhältnisse, Brillanten u. a., um sie gegen die Verschlagnahme zu sichern, beiseite gebracht. Gestern ermittelte sie die Kriminalpolizei bei einigen Hausdurchsuchungen und nahm sie in Gewahrsam.

Verhaftung eines Arztes. Aus Dramenburg berichtet die „N. G. Wiederhorn“ die gestern erfolgte Verhaftung des als Assistenzarzt beim Sanitätsrat Dr. Ossowski beschäftigten Dr. med. Bamberg. Sie wurde aus Grund eines Erfindens von auswärtigen vom Bürgermeister Dettner und Polizeikommissar Jonat vorgenommen und der Verhaftete sofort nach Berlin übergeführt. Die Verhaftung soll mit der ärztlichen Tätigkeit des Dr. B. in Dramenburg in keinerlei Zusammenhang stehen.

Die Kindesuntersuchung. In dem Fall der Gräfin Kowleda wird dem „Berl. Tagebl.“ aus Kosen berichtet: In der Kindesuntersuchungs-Affaire der Gräfin Wensierska-Kowleda sind zwei neue Verhaftungen erfolgt. Die Gebihrerin Ostrowska und das Dienstmädchen Schwalbowski aus Pleszewo, welche im Zivilprozeß beschuldigt waren, daß die Gräfin tatsächlich schwanger gewesen sei, wurden wegen Verdachts des wissentlichen Meineides verhaftet und nach dem Moskauer Untersuchungs-Gefängnis überführt.

Ein Unglücklicher. Der frühere Hauptmann D'Anne, einmala militärischer Erzieher des Kaisers, der, wie gemeldet, kürzlich aus einer Irrenanstalt bei Hamburg entlassen war und polizeilich gesücht wurde, ist gestern in Berlin wieder festgenommen worden. Er trug bei seiner Entlassung nur Hemd und Unterhose, da ihm die übrigen Kleider jeden Abend von der Anstaltsleitung abgenommen wurden. Auf welche Weise er sich dann nach seiner Flucht in den Besitz von Kleidung gesetzt hat, ist noch nicht festgestellt. Er wird nun auf dem Polizeipräsidium photographiert und dann durch zwei Transporter wieder nach der Hamburger Irrenanstalt befördert werden.

Ein Raubausfall auf dem Tempelhofer Felde beschäftigt die Kriminalpolizei. Als der Tischler Johann Topp aus der Kirchhofstraße 56 zu Tempelhof in der Nacht zum Donnerstag über das Feld nach Hause ging, sprang ihm in der Nähe des Eisenbahnammes und der Kofersengänge ein Kerl an die Kehle und verbande ihn zu überfallen und zu berauben. Der Tischler aber wehrte sich aus Selbstverteidigung, brachte dem Begehrer mit seinem geschlossenen Taschenmesser mehrere Verletzungen am Gesicht und am Kopf bei und schlug ihn in die Flucht. Der Strolch, der etwa 19 bis 22 Jahre alt ist, 1,67 Meter mißt und einen dunklen Anzug und Schlapphut trägt, hat sich wahrscheinlich bei einem Heilgehilfen oder auf einer Unfallstation verbinden lassen. Es wäre erwünscht, wenn die betreffende Station oder der Heilgehilfe darüber dem Polizeipräsidium oder dem Amtsvorsteher von Tempelhof eine Mitteilung machen wollten.

Zum Wohnungswechsel. Mit Bezug auf die Polizeiverordnung vom 28. März 1870 betreffend die Umzugstermine beim Wohnungswechsel sei darauf hingewiesen, daß der am 1. April d. J. beginnende Umzug bei kleinen, höchstens aus zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April, mittags 12 Uhr, bei großen, mehr als vier Zimmern umfassenden Wohnungen am 3. April, mittags 12 Uhr, beendigt sein muß.

Vortragszyklus über das sexuelle Leben des Menschen. Auf dem soeben beendeten Frankfurter Kongreß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist sowohl vom Geh. Medizinalrat Kirchner, der im Auftrage des Reichsanwalts und des preussischen Staatsministeriums sprach, als auch von den hervorragenden Teilnehmern „die Aufklärung und Belehrung im Volke“ als wichtigstes Hilfsmittel hingestellt.

Die freie Hochschule hat beschlossen, in diesem Sinne sogleich im nächsten Semester vorzugehen und zu diesem Zwecke ihren Dozenten Dr. Magnus Hirschfeld beauftragt, einen Vortragszyklus über das sexuelle Leben des Menschen abzuhalten, in dem derselbe vor allem auch die Ursachen, Folgen und Verhütung geschlechtlicher Erkrankungen und Verirrungen eingehend erörtert wird.

Am schon jetzt den Besuchern der Treptow-Sternwarte Gelegenheit zur Beobachtung des Mars zu geben, bleibt das Institut während der ganzen Woche bis abends 11 Uhr geöffnet. Sonntag, den 15. d. M., spricht Direktor Archenhold nachm. um 5 Uhr über: „Die bevorstehende Annäherung der Erde an den Mars“ und um 7 Uhr über: „Das Geheimnis des Weltbaues“. Vereine, welche gemeinsam die Sternwarte zur Beobachtung des Mars besuchen wollen, werden gebeten, sich vorher bei der Direktion der Treptow-Sternwarte zu melden.

Aus Friedrichshagen schreibt man uns: Die Entrüstung der Hausbesitzer hat es erreicht, daß die Gemeindevertretung es abgelehnt hat, die Grundwertsteuer für das kommende Etatsjahr zu ermäßigen. Der Haus- und Grundbesitzerverein nahm daher in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung folgende Resolution an: „Die Anwesenden (ganze 60 Herren an der Zahl!) protestieren dagegen, daß die zur Befreiung des Gemeindefinanzhaushalts in den letzten Jahren benötigten Steuern ausschließlich auf die Schultern der Haus- und Grundbesitzer abgewälzt werden. Sie erachten es als die vornehmste Aufgabe der Gemeindevertretung, eine Entlastung der Haus- und Grundbesitzer von den unangenehm fast unerschwinglichen Steuern herbeizuführen.“ Bei der nächsten Etatsberatung wird den etwaigen Wortführern dieser Herren eine klare und bündige

Antwort erteilt werden. — Der Evangelische Bund hat auch hier seine Jesuitenfurcht bekundet, indem er ebenso wie in Berlin eine Protestresolution beschloß.

Gerichts-Zeitung.

Ein Kriminalkriminal,

der die Umgebung von Berlin unsicher gemacht hat, stand gestern in der Person des 30-jährigen, wiederholt vorbestraften Maurers Karl Borck vor dem Schwurgericht am Landgericht II. Die Anklage lautete auf räuberische Erpressung in 5 Fällen. Den Vorfall führte Landgerichtsrat Hirsch, die Anklage vertrat Staatsanwalt Schwarz, die Verteidigung führte Justizrat Bronker. Die dem Angeklagten zur Last gelagten Thaten zeugen von einer seltenen Frechheit. Am Nachmittage des 19. August 1901 unternahm Frau Geh. Vaurat Garbe mit ihrer Tochter einen Spaziergang von Hundeslehe nach Wannsee zu. Sie schlugen beide einen Fußweg ein, der durch den Grunewald nach der alten Fischerhütte zu führt. Etwa gegen 5 1/2 Uhr bemerkte Frau Geheimrat Garbe den Angeklagten hinter sich. Dieser ging an ihnen vorbei, lehnte dann aber wieder um und bettelte die Damen an. Als ihm 10 Pf. gegeben wurden, fragte er die Damen, ob sie denn nicht mehr hätten. Hierbei blieb er mitten auf dem Fußweg stehen, so daß die Damen nicht weiter gehen konnten, umkehren und zurückgingen. Der Angeklagte folgte ihnen. Als Frä. G. davon gelaufen war, um aus einer Wärrerbude Hilfe herbeizuholen, trat der Angeklagte auf Frau G. zu und hielt ihr mit den Worten: „Gieb Geld oder ich schieße!“ einen alten Revolver entgegen. Frau Garbe rief darauf den Namen ihrer Tochter, worauf der Angeklagte ihr nochmals zurief: „Schrei Du, so schieße ich!“ Frau G. handigte ihm schließlich ihr Portemonnaie aus. Der Angeklagte entnahm daraus das bare Geld in Höhe von 22 M., gab das Portemonnaie an Frau G. zurück und verschwand im Walde. — Ein ganz ähnlicher Ueberfall ereignete sich am 23. September 1901, mittags, auf dem Fußwege, der von Paulsborn nach dem Lokal Niemeister führt. Als die Buchhalterin Hohenhals und die Handlungsgehilfin Koser auf einem Spaziergange sich daselbst befanden, trat ihnen plötzlich ein Mann entgegen und forderte, indem er ihnen einen Revolver entgegenhielt, gleichfalls Geld. Da er bei dem geringsten Hilferuf mit Schreien drohte, zogen die beiden Damen ihre Portemonnaies hervor. Der Räuber entriß sie ihnen, entnahm dem einen 6—7 M., dem andern etwa 4,50 M. und warf die entleerten Portemonnaies den Weiden wieder zu; deren Bitte, ihnen wenigstens 20 Pf. Fahrgeld zu belassen, ließ er unerfüllt. Dann folgte er ihnen noch eine Strecke Weges und verschwand im Walde. — Schon Tags darauf ereignete sich ein gleicher Ueberfall in der Wuhlheide. Zwei Frauen gingen am 24. September 1901 von Karlshorst aus auf einem breiten Wege durch die Wuhlheide, um nach dem Lokal „Waldschänke“ in Sadowa zu gelangen. Als sie sich der „Waldschänke“ bis auf etwa 600 Schritte genähert hatten, trat ihnen auf dem menschenleeren Wege ein Mensch entgegen und nötigte sie durch Drohungen mit einem Revolver, ihm ihre Portemonnaies herauszugeben. Er verschwand alsdann, während die beiden Frauen nach der Waldschänke eilten. Dort trafen etwa eine halbe Stunde eine Kaufmannsrau mit ihrer Tochter und deren Freundin ein, die gleichfalls von Karlshorst gekommen waren, aber einen schmalen, am Eisenbahnramm laufenden Weg eingeschlagen hatten. Die Frau war etwas vorausgegangen. Hinter der Rennbahn Karlshorst, bald nach dem Betreten des Waldes, trat ihr ganz plötzlich ein aus der Heide kommender Mann entgegen, der von ihr unter Vorhalten des Revolvers Geld verlangte. Die Frau erklärte ihm, daß sie kein Geld habe und es gelang ihr, ihm zu entweichen. Nun stellte der Straßenräuber die beiden in einiger Entfernung folgenden jungen Damen und bedrohte auch sie mit dem Revolver und den Worten: „Geld her, ohne Widerrede, oder ich schieße!“ Das eine Mädchen bot ihm darauf in ihrer Angst ihre goldene Brosche an, die er aber nicht annahm, sondern das andere Mädchen unter fortwährendem Herumschreien mit dem Revolver zwang, ihm ihre Börse mit geringem Inhalt auszuhandigen. Die Hilferufe der entflohenen Frau hatten inzwischen den Weichensteller Wessloff auf den Straßenräuber aufmerksam gemacht; er nahm mit einem andern Manne die Verfolgung auf, es gelang aber nicht, ihn zu ergreifen, vielmehr verschwand der Angeklagte in einer Schonung des Waldes. — Ein ganz gleiches Abenteuer hatte am Vormittage des 21. Oktober die verwitwete Frau Stabtrat Walder zu bestehen, als sie mit ihrer Nichte einen Spaziergang nach der Saubucht unternahm. Ein Kerl, der plötzlich, wie aus dem Boden gewachsen, vor ihr stand, packte sie am Arm, hielt ihr einen Revolver entgegen und verlangte Geld. Frau W. gab ihm aus ihrer Börse eine Mark. Der Angeklagte war damit aber keineswegs zufrieden, sondern verlangte, auch die andere Seite der Börse zu sehen. Als nun Frau W. erklärte, sie müsse das übrige Geld behalten, um nach Hause fahren zu können, erklärte er ihr: das würde er bestimmen, wie viel er ihr belassen würde. Frau W. schüttete darauf den Inhalt ihrer Börse auf ihre Hand und zeigte den geringen Betrag dem Angeklagten, der sich damit zufrieden gab. Dann zwang er die Nichte, ihm die Handtasche zu geben. Er durchsuchte diese und warf sie weg, als er nichts darin fand. Alsdann packte er das Fräulein am Hals und suchte in ihre Kleiderfalte zu kommen. Es entstand ein Ringen zwischen beiden, wobei beide zu Falle kamen. Der Räuber zog das Fräulein wieder hoch, rief ihr die nunmehr herausgehängene Tasche aus dem Kleide heraus und entfernte sich langsam in der Richtung nach der Saubucht. Auf dem Wege dorthin entleerte er die herausgerissene Kleiderfalte, nahm das darin befindliche bare Geld in Höhe von etwa 23 M. an sich und warf das übrige weg. Alsdann verschwand er im Walde und die Damen laßen die von ihm weggenommenen Sachen wieder auf. — Als Thäter ist der Angeklagte am 28. Oktober 1902 verhaftet worden. Er hat bestritten, die räuberischen Ueberfälle begangen zu haben und einen Alibiweis versucht, der aber völlig mißlungen ist. Insbesondere rüde er mit der offenbar erdichteten Behauptung heraus, daß er zu der kritischen Zeit gar nicht in Berlin war, sondern in der Zeit vom 13. August bis zum 28. November 1901 auf einem Landgut in Holland gearbeitet habe. Er verneigte aber jede Auskunft über die Lage des Landgutes und den Namen des Besitzers. Auf der andern Seite ist der Angeklagte von den überfallenen Frauen teils mit größter Bestimmtheit, teils mit großer Wahrscheinlichkeit als der Thäter wiedererkannt worden. — Staatsanwalt Schwarz beantragte infolge dessen in allen 5 Fällen der räuberischen Erpressung schuldig zu befinden. — Justizrat Bronker verwies dagegen auf die Unzulänglichkeit solcher Recognitionen, die in diesem Falle noch dazu von Frauen ausgingen, die den Straßenräuber nur gesehen haben, als sie sich im Zustande des Schreckens befanden. — Die Geschworenen berieten nur kurze Zeit. Ihr Wahspruch lautete auf schuldig in allen zur Anklage stehenden Fällen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte die Leffentlichkeit groß belästigt hat, besonders dreist aufgetreten ist und das Räuberhandwerk als Gewerbe betrieben zu haben scheint, für jeden Fall eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren und Zurückführung der hiernach verwirkten 30 Jahre Zuchthaus auf das geschliche Höchstmaß von 15 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren und Zulässigkeit von Polizeiaussicht. — Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Aus der Frauenbewegung.

Mädchenhändler. Vor einigen Tagen wurde in Düsseldorf von einem Manne ein Mädchen angeblich als Kellnerin für ein Restaurant in Holland engagiert. Die Verwandten des Mädchens, welche mit dessen Weggang nicht einverstanden waren, benachrichtigten die Polizei, die darauf Erkundigungen einzog und feststellte, daß das betreffende Restaurant nicht im besten Rufe steht. Das Mädchen wurde an der Abfahrt verhindert und der Agent am 7. d. M. festgenommen. In den letzten Tagen langte hier nun eine an den inhaftierten gerichtete Depesche des holländischen Restaurateurs des Inhalts an: „Mädchen nicht gekommen, komme am Dienstag nach dort.“ Die Polizei überwachte darauf die Wohnung des Adressaten und nahm den zweiten Mädchenhändler bei seinem Eintreffen gleichfalls in Gewahrsam.

Verfammlungen.

Die Arbeiter der Webfabrik J. C. Pfaff hielten am 12. März eine zahlreich besuchte geschlossene Versammlung ab, um sich über die Verhältnisse in der Fabrik zu unterhalten. Es wurde über die Verhandlungen berichtet, in die der Arbeiter-Ausschuß mit dem neuen Direktor Winkel wegen der Einrichtung einer guten Ventilation, ausreichender Waschgelegenheiten und wegen Beilegung gewisser Mißstände eingetreten ist. Der Direktor meinte, die Arbeiter seien doch an die Luft einer Tischlerei gewöhnt und in Fabriken, wo Waschgelegenheiten seien, würden sie nicht bemitt. Schließlich notierte er sich das Gerüchte und erklärte, soweit er „könne“ und „so weit das Geld lange“, werde er helfen; was aber nicht bemitt werde, das würde er sofort wieder abreißen lassen. Die Versammelten gaben lebhaft ihrer Entrüstung über den Ton Ausdruck, den der Direktor ihren Ausschussmitgliedern gegenüber sich annahm, indem er unter andern sie einfach mit „Ihr“ angeredet hat. — Die Zustände in der Lackerei sollen in hygienischer Hinsicht viel zu wünschen übrig lassen. Es wird nicht genügend gereinigt, so daß sich der Mehlstaub an Fußböden festsetzt. Fünf Kollegen liegen an Mehlstaubkrank. Zum mindesten müßte ein Medner, ein besonderer Raum zum Frösteln, Aufheben von Sachen usw. hergerichtet werden. — Allgemein geklagt wurde über die Verdienst- und Lohnverhältnisse. Es wird angenommen, daß 90 Proz. der Tischler bei Pfaff einen Durchschnittsverdienst von 30 Mark nicht hätten. Bei der Ausübung neuer Accorde erfahren sie oft den Preis erst nach 14 Tagen. Es wurde der Wunsch laut, auf die Garantierung eines Wochenverdienstes von 30 Mark hinzuwirken. Die Versammlung beschloß, daß eine Aufstellung der Lohn- und Verdienstverhältnisse der Arbeiter der verschiedenen im Betriebe vereinigten Branchen zu machen sei und daß dann der Gesamtausschuß der Arbeiter einer Regelung der Lohn- und Verdienstverhältnisse näher zu treten habe. Besonders berücksichtigt werden soll die Garantierung eines bestimmten Lohnsatzes. Im Verlaufe der weiteren Debatte wurde das rücksichtslose Auftreten des neuen Direktors, der auch von einem „Ausmiten“ der Fabrik gesprochen hat, noch wiederholt getadelt, so z. B. ans Anlaß der sofortigen Entlassung dreier Arbeiter, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie einmal in der Fabrik geraucht hatten.

Schließlich be sprach man noch die Erbschaftsangelegenheit. Bekanntlich hat der verstorbene Kommerzienrat A. Pfaff in seinem Testament die Summe von 200 000 M. zur Begründung eines Pensionsfonds für diejenigen Beamten und Arbeiter ausgesetzt, welche weniger als 3000 M. Jahresinkommen haben. Jetzt ist in der Fabrik ein Plakat ausgehängt worden, worauf die Testamentsvollstrecker im Anschluß an jene Thatfachen folgendes feststellen: „Dies Vermächtnis tritt jedoch erst nach dem Tode der Universalerbin, Fräulein Pauline Pfaff (der Schwester des Erblassers), in Kraft. Ueber die Verwaltung hat der Erblasser folgendes bestimmt: Meine Testamentsvollstrecker in Gemeinschaft mit der Direktion der Fabrik und einem Prokuristen von der Centrale in der Französischen Straße zuzüglich einer Kommission des Vorstandes der bereits in der Fabrik bestehenden Unterstützungskasse haben die Statuten zu entwerfen und das Kapital gemeinschaftlich zu verwalten.“

Die Stimmung der „glücklichen Erben“ fand spontanen Ausdruck in vielfachen Zwischenrufen: Wir verzichten! Ein Redner hob unter großem Beifall hervor, daß die alten Arbeiter und Beamten von der „Erbschaft“ nur Rechte haben würden; man werde sie schon zur rechten Zeit nach dem Tode des neuen Direktors mit „ausmisten“. Am besten wäre es, freiwillig zu verzichten. (Lautes, einstimmiges Bravo!) Scharf gerügt wurden von allen Seiten die Vorkühndeiten der bürgerlichen Presse über die den Arbeitern erwiesenen „Wohltthaten“. Man wolle keine Wohltaten, sondern nur eine Berücksichtigung gerechter Wünsche und Forderungen. Die Versammelten gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Heil der Arbeiter allein auf einer kräftigen Organisation beruhe.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. März, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegasse, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“ Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendort: Vortrag des Herrn Waldes Ransse: „Erdensollen und Himmelspflicht.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verband Deutscher Mühlenarbeiter (Nahelie Berlin). Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Großer, Pankstraße 1: Versammlung für Noabitt. Tagesordnung: Die Zustände in der Schmittmühle.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (C. d. B. Hamburg) Billale 1. Sonntag, den 15. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in Habels Bräuerlei, Bergmannstr. 5—7: Mitglieder-Versammlung.

Allgemeine Familien-Sterbefälle zu Berlin. Sonntag, den 15. März, vormittags 9 Uhr, Uferstr. 123 bei Diefes: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Beschäftigung und Annahme der neuen revidierten Satzung.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (C. d. B. Hamburg). Die Mitglieder der Ortsvereinigungen Berlin und der Sorocore versammeln sich am Sonntag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindefaule, Saal 7.

Vermischtes.

Katholische Vereinerung der Wissenschaft. Gemeinhin wird gegen den Katholizismus der Vorwurf erhoben, daß er ein Feind der Wissenschaft sei. Daß dieser Vorwurf unberechtigt ist und im Gegenteil dem Katholizismus Entdeckungen zu danken sind, auf die ein anderer nicht so leicht kommt, lehrt eine Meldung des ultramontanen „Regensburger Anzeiger“. Dies Blatt sucht die Ursachen der letzten Erdbeben im sächsischen Vogtland zu ergründen und kommt zu folgender Entdeckung: „Man höre! Die evangelischen Arbeitervereine haben dem charakterisierten Pfälzer und Neugebauer, Erzfürsten Grafen Hoensbroech, das Reichstagsmandat für Reichensbach angeboten und Hoensbroech hat die Kandidatur angenommen. Das ist der wahre Grund, weshalb im Vogtland jüngst die Erde bebte!“

Briefkasten der Redaktion.

H. S. in G. Gewiß kann Hochzeitigkeit (mit Ausnahme von Nahrungsmittein) zollfrei in Deutschland eingeführt werden; doch so einfach, wie Sie sich vorstellen, ist die Sache nicht. Die Zollbehörde ist nämlich berechtigt zu fordern, daß Sie ihr den Nachweis Ihres bisheriger Wohnortes resp. Aufenthalts des Aufenthalts Ihrer Frau, der Uebereignung und falls die Zollbehörde Bedenken hat, auch den Nachweis liefern, daß die eingeführten Sachen tatsächlich zur Ausstattung Ihrer Wohnung z. bestimmt sind. Mit andern Worten, es hängt ziemlich von dem Ermessen der betreffenden Beamten ab, ob Sie ihnen viele oder wenige Schwierigkeiten machen wollen; wir würden Ihnen deshalb empfehlen, vor Ihrer Uebereignung nach Wahren nach der Zollbehörde in G. zu gehen und dort Nachweis über die Uebereignung einzuholen.

H. S. 11. Alles Erforderliche erfahren Sie durch die Adresse: Generalanwaltschaft, Schillingstr. 5. III. Sie können entweder mündliche oder schriftliche Auskunft erhalten.

H. S. 12. Können wir Ihnen leider nicht angeben.

H. S. 13. Ober-Schönweide. Nieblich wohnt Spandauerbrücke 8 und keine Rathenowstr. 1.

H. S. 14. Ist absolut nicht feststellbar 2. Der Abbruch der „Alten Linde“ begann am 1. April 1884.

H. S. 15. Max Kaiser starb am 29. März 1888.

Witterungsübersicht vom 13. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C (M. u. N.)	Stationen	Barometer humb mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C (M. u. N.)
Steinmende	769	OSO	3bedekt	1	Saparanda	761	OSO	4bedekt	-1		
Hamburg	767	OSO	3wolken	0	Petersburg	775	OSO	1wolken	-1		
Berlin	768	OSO	3wolken	-0	Gort	758	OSO	3wolken	3		
Frankf./M.	766	NO	3wolken	0	Werdern	—	—	—	—		
München	765	O	3wolken	-3	Paris	763	O	1halb bb.	0		
Wien	767	NO	1Schnee	1							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. März 1903.
Kalt und vielwolbig bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Accord-Putz-Arbeiten!

Bei einem Neubau in größerer Provinzialstadt ist die Herstellung von ca. 20 000 Quadratmeter Wandputz und ca. 8000 Quadratmeter Deckenputz ohne Materiallieferung (Zelmörtel-Fuß) zu vergeben. Material zum Gebrauch wird geliefert. Die Ausführung der Putzarbeiten hat in der Zeit von Juni bis Oktober d. J. zu erfolgen. Angebot mit Preisforderung erbeten unter W. 440, Rudolf Mosse, Berlin SW.



Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres. Schirme zu außerordentlich billigen Preisen. Wägen, Stawatten. 7812

Otto Gerholdt, Dresdenstr. 2, Cafe Kollmerstraße

Paul Hilperts Restaurant u. Garten

Halensee, Kurfürstendamm 126.

Erste Kalkulation für Kranke, Auspartien usw. am Bohndel Halensee. Vorzüglich schmeckende, reichhaltige Speisen zu kleinen Preisen. Familien können Stoffe kochen. Paul Hilpert. Zahlreichen Besuch steht entgegen.

1. Ziehung 3. Klasse 208. Kgl. Preuss. Lotterie.

Mittung vom 12. März 1903, nachmittags.
Für die Gewinne über 172 500 M. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Cine Gewinne.)
Stadtrat verleiht.
50 190 286 524 24 82 092 740 800 98 1050 81 130
203 3 365 543 41 77 623 68 289 2154 213 67 85 691 711
912 3049 43 338 50 77 129 83 57 54 77 507 811 4032
513 98 139 110 400 574 795 899 908 5167 97 233 70 461
74 806 28 743 84 807 934 6195 404 501 671 77 793 937
7118 55 90 300 432 675 701 37 26 873 8372 810 37 077
9189 94 372 472 45 569 800 936 91
120254 99 413 24 569 63 641 47 11179 350 561 632
67 81 12141 242 82 335 45 77 588 79 734 74 871 80 903
13105 262 308 457 14041 103 231 537 4 74 871 80 903
15636 212 97 417 565 422 40 90 95 815 21 924 (3000)
16141 90 212 468 299 616 59 70 96 17183 233 (1000)
85 448 49 707 874 974 18133 83 342 486 645 83 719 42
81 807 19012 56 119 93 214 34 338 41 53 70 89 308
621 731 72 976
20035 95 297 80 321 30 98 21041 92 196 288 412 592
737 90 855 58 987 22074 117 347 392 93 512 698 708 822
69 631 23239 397 31 522 97 892 949 24200 29 408 010
710 33 836 25136 73 93 40 21 61 558 663 784 951
26143 51 35 732 423 640 779 872 961 27042 293 342 64
736 86 857 916 28063 189 291 343 391 639 889 29145
93 337 955 804 65
30188 415 699 33 78 802 71 932 31003 10 481
692 626 774 917 32135 257 349 95 441 56 61 729 824 35
60 33016 34 118 19 92 04 609 43 692 734 87 855 34137
73 81 430 34 68 92 326 089 737 51 62 807 970 86 35114
209 292 90 306 645 729 842 83 955 77 36223 463 566 94
69 29 31 76 818 42 986 37007 104 221 76 82 207 581
694 885 926 82 38990 90 178 19001 50 (3000) 374 87 486
95 601 790 802 3 39443 670 820 872 777
40272 349 514 94 068 749 81 833 89 41034 142 309
24 416 583 901 722 994 42016 145 39 248 511 501
43186 507 90 629 65 719 79 44662 145 91 432 51 503
58 947 717 74 802 45224 309 70 75 423 79 883 696 713
70 908 48030 594 731 47063 84 80 113 478 60 54 73
80 785 48031 95 775 923 99 49857 103 14 267 336 515
77 616 65 820
50281 386 37 463 532 814 948 51001 27 106 243
43 616 88 301 979 52147 631 900 5 53799 479 694 538
46 54246 419 23 283 882 826 55284 756 449 667 713
730 513 34 927 67 56045 103 56 229 87 736 62 74 932
96 57016 97 480 787 805 58500 128 278 369 43 486
630 716 11 883 921 59016 37 253 684 801 85 934 73
435 898 907 90 02010 92 169 24 208 71 469 589 719 83
811 98 921 39 63041 244 73 76 650 702 807 34 908
64010 186 223 15091 300 478 515 92 620 725 818 94
65193 236 324 627 818 23 66081 49 61 128 223 24 35
326 492 344 67 000 67048 200 415 85 675 719 853
68949 90 123 337 656 76 896 974 87 69032 83 432 81
624 54 61 88 749 79 895 17
70133 164 97 282 93 367 502 14 98 678 721 63 897
71385 659 67 713 78946 211 400 25 939 43 73075
30 25 418 509 689 81 730 987 74096 102 21 597 619
25 705 834 75109 48 220 310 316 53 798 75 92 943
70173 351 79 485 736 77050 86 170 283 49 351 437 558
61 706 29 45 902 3000 78082 140 35 72 269 328 622 744
67 512 (5000) 78 889 79409 22 133 35 360 622 923 29
80016 88 325 71 459 80 544 69 739 802 95 51082
112 31 690 703 19 832 86 96 915 25 82040 239 310 37
624 690 32 28 83031 42 112 38 344 288 497 500 37 889
84083 516 19 79 93 611 783 977 85316 93 10001 413 53
627 704 19 31 820 86330 478 833 37 69 77 87312 483
88078 109 240 462 586 90 629 35 40 799 883 938 89028
207 62 387 94 434 583 706 823 910 30
90049 296 459 (300) 886 91181 265 340 73 503 781
838 914 56 92062 113 292 469 800 763 825 93277 501
61 613 707 11 94661 144 70 281 601 26 37 833 85 739
43 866 608 95116 399 529 440 800 762 96 96171 95 431
43 866 608 95116 399 529 440 800 762 96 96171 95 431
674 68 811 367 61 80 82833 323 495 27 65 611 48 796
884 92068 114 66 78 714 967 89
100901 405 55 521 92 649 809 650 78 101039 90
69 233 592 592 706 (30000) 942 78 10278 158 206
443 87 85 507 53 927 72 896 87 94 903 42 83 10328 232
446 82 713 992 104308 31 92 460 6 89 09 728 823 909 90
105900 369 451 781 851 106113 24 83 127 407 14 96
614 706 10 801 107001 109 258 78 963 439 583 968 812
16 108655 248 394 448 618 763 83 109123 24 46
369 416 980
110243 281 480 537 646 798 833 906 90 111004
71 134 95 217 88 347 59 60 486 582 692 700 808 27 61
68 92 982 112170 34 218 40 026 70 738 111003 89
135 72 92 278 320 469 530 731 865 85 90 930 114045
288 454 608 723 802 118220 343 731 96 75 116657
469 529 90 697 895 97 117180 270 398 657 757 907

118163 218 81 350 (5001 64 435 61 630 881 110230

349 454 717 51 86 919 94
120224 424 688 711 18 847 975 121035 70 137
284 406 50 857 819 (5001) 20 70 122015 63 380 401
743 811 966 123068 172 225 371 439 58 878 628 75
888 124096 433 32 579 (3001) 39 41 739 827 80 83 989
125156 350 824 62 920 126023 40 62 82 102 37 277
899 627 (3001) 34 80 127074 129 44 200 311 432 529
69 786 90 386 925 81 128212 25 58 67 311 98 426 592
935 75 129161 254 (5001) 371 435 71 88 345 32 630
705 38 810 940
130046 139 82 262 82 551 812 904 9 131065 174
414 756 910 19 82 132144 299 71 74 341 744 800
133026 288 329 42 54 325 893 134003 19 39 193 271
37 716 878 135009 61 490 66 707 878 900 139079 94
121 208 434 565 649 721 813 91 922 30 62 137077 243
95 363 70 96 935 138027 74 122 35 243 50 549 603
139054 167 312 442 61 757
140075 261 458 621 80 851 98 952 63 141189
223 396 444 511 70 (1000) 619 28 30 801 2 300 21
138 294 371 454 603 143156 93 522 34 607 35 838
144123 217 379 435 75 503 701 41 975 99 145338
404 575 697 719 69 892 146012 338 85 468 382 31
76 820 147077 289 233 492 543 950 15000 1 145070
116 288 522 604 50 777 97 906 149032 38 178 89 342
415 506 12 25 80 762
150379 310 462 632 34 813 151006 161 397 412
95 671 713 890 924 41 94 152079 235 336 66 514 21
89 612 17 28 98 728 870 971 153015 154 77 455 554
715 49 73 823 44 47 96 154022 91 129 498 79 529
73 614 87 778 912 81 155034 168 348 498 84 712 25
80 882 463 64 156177 289 306 392 432 615 79 167005
26 86 123 92 243 535 57 520 31 39 92 798 890 963 67
158445 182 285 80 498 908 741 900 159073 208 45
349 739 888 89 813
16037 738 846 914 81 161177 231 597 759
69 162068 65 88 186 387 401 542 624 95 163170
417 698 (3001) 721 822 83 456 77 94 164049 145 72
219 379 466 501 734 81 961 165167 572 442 826 46
166151 85 94 298 374 561 165167 572 442 826 46
167009 87 168 61 453 780 168100 66 273 324 463
A-N 798 897 169062 48 199 97 333 42 478 541 612
15 711 872
170191 280 670 171016 60 130 36 378 468 713
802 92 172094 465 994 173113 274 316 434 62 105
601 876 174098 368 95 606 26 26 763 176111 61
351 439 64 88 512 83 613 29 891 915 176326 481 620
891 177116 332 920 306 74 178102 267 308
415 550 805 879 179097 104 205 573 937 74
180011 61 114 69 325 421 583 891 92 910 87
181056 199 77 210 349 50 412 182159 239 307 80 442
88 576 633 944 183153 490 516 696 777 825 82 926
184157 64 (5001) 455 284 589 700 885 82 88 94
185144 329 99 422 98 577 38 643 746 869 37 936 42
186124 290 88 302 456 514 638 42 780 873 187019
70 883 837 907 15 48 188993 131 71 86 219 454 639
700 883 937 98 189002 174 428 67 78 648 83
190023 36 133 310 478 0 038 47 80 635 891 951
56 191262 89 387 450 591 65 82 694 797 823 87 89
913 28 49 192029 380 494 644 64 706 34 88 912
193070 290 307 796 92 904 49 73 96 194015 84 (3001)
189 90 61 223 334 455 696 730 195047 111 383 400
513 54 723 64 82 899 96 99041 96 111 59 300 672
835 69 69 197014 238 42 310 405 19 524 74 632 47
821 983 198290 478 834 612 730 69 199028 49 191
388 401 39 738 864 966
200011 61 191 (3001) 665 10 12 713 24 201100
201 311 99 477 543 678 820 202007 161 68 98
594 645 (1000) 63 760 73 81 821 951 203005 60 278
459 779 204014 283 578 82 766 915 203363 363
709 807 22 983 206029 113 87 209 433 617 72 207189
233 233 236 83 73 896 74 82 761 881 902 208126
86 222 302 48 444 66 814 678 783 835 902 209157
252 73 300 59 479 585 613 715 894 903 14
210229 592 718 509 941 211023 107 15 26 318
78 552 697 98 867 212193 300 308 434 615 785 70
213040 28 187 212 433 677 907 68 2140601 300 22
1900 302 016 77 79 783 875 216279 474 520 80 815
78 216292 84 508 14 99 727 823 942 73 217045
326 628 816 991 218013 16 115 24 392 673 749 95
845 92 918 219062 107 89 846 841 64 811 49
220464 398 699 731 885 916 221100 363 532
56 672 732 222033 81 188 202 319 25 79 486 533 686
704 47 50 522 223017 47 226 346 48 439 573 665 23 739
87 817 72 904 51 224090 154 393 445 602 49 08
Am 12. März 1903.
1. gu 45 000 Stk., 1. gu 130 000 Stk., 2. gu 10 000 Stk., 4. gu 6000
Stk., 9. gu 3000 Stk., 11. gu 1000 Stk., 42. gu 300 Stk.

1. Ziehung 3. Klasse 208. Kgl. Preuss. Lotterie.

Mittung vom 12. März 1903, nachmittags.
Für die Gewinne über 172 500 M. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Cine Gewinne.)
Stadtrat verleiht.
39 62 211 28 61 900 1170 283 438 531 30 54 098 801
25 042 2009 62 194 283 438 531 30 54 098 801
561 684 898 83 4080 721 826 902 5075 108 278 311 503
747 835 77 83 910 6030 31 205 380 433 925 42 669 83
227 879 7030 59 23 888 294 324 432 68 75 92 523 963
703 826 54 91 8007 31 72 135 278 353 594 602 40 908
945 93 9028 43 213 30 520 47 486 705 18 39 892 94 942
10015 211 311 430 560 668 923 11072 141 317 733
804 81 86 12042 124 204 348 924 13000 13 98 177 229
304 584 601 517 924 14220 30 517 731 870 16146 292
361 70 831 59 890 04 73 10018 180 203 321 435 891 93
957 60 17169 71 75 208 61 96 358 582 69 692 923 30 51
18118 49 306 44 51 534 90 614 62 15001 737 39 78 893
913 10077 380 429 592 730 68 88 942
20225 437 728 85 88 21885 162 341 730 22220
49 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 219 44 78 377 405
043 67 (1000) 702 903 81 98 27096 177 213 403 785 801
28029 410 62 62 88 716 913 19 29003 26 204 79 323 89
718 28 38 829 961 69
30068 201 326 40 74 488 540 83 729 891 93 962 92
90 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 219 44 78 377 405
043 67 (1000) 702 903 81 98 27096 177 213 403 785 801
28029 410 62 62 88 716 913 19 29003 26 204 79 323 89
718 28 38 829 961 69
30068 201 326 40 74 488 540 83 729 891 93 962 92
90 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 219 44 78 377 405
043 67 (1000) 702 903 81 98 27096 177 213 403 785 801
28029 410 62 62 88 716 913 19 29003 26 204 79 323 89
718 28 38 829 961 69
30068 201 326 40 74 488 540 83 729 891 93 962 92
90 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 219 44 78 377 405
043 67 (1000) 702 903 81 98 27096 177 213 403 785 801
28029 410 62 62 88 716 913 19 29003 26 204 79 323 89
718 28 38 829 961 69
30068 201 326 40 74 488 540 83 729 891 93 962 92
90 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 219 44 78 377 405
043 67 (1000) 702 903 81 98 27096 177 213 403 785 801
28029 410 62 62 88 716 913 19 29003 26 204 79 323 89
718 28 38 829 961 69
30068 201 326 40 74 488 540 83 729 891 93 962 92
90 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 219 44 78 377 405
043 67 (1000) 702 903 81 98 27096 177 213 403 785 801
28029 410 62 62 88 716 913 19 29003 26 204 79 323 89
718 28 38 829 961 69
30068 201 326 40 74 488 540 83 729 891 93 962 92
90 312 43 389 746 882 97 23155 288 318 30 615 617 18
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
90 811 908 72 24066 183 85 887 592 36 92 645 723 854
918 75 25213 325 483 24934 57 2